



SPD

JAHRBUCH 2016 – 2017

Arbeitsbericht 05/2016 – 03/2018
SPD-Landesorganisation Bremen

JAHRBUCH 2016 – 2017

SPD-Landesorganisation Bremen

Obernstraße 39 – 43 ■ 28195 Bremen ■ Fon: 04 21/3 50 18-0 ■ Fax: 04 21/3 50 18-37
E-Mail: info-land-bremen@spd.de ■ Internet: www.spd-land-bremen.de ■ Facebook: [spd-land-bremen](https://www.facebook.com/spd-land-bremen)
Bankverbindung: Berliner Sparkasse ■ IBAN: DE56 1005 0000 0190 4287 67 ■ BIC: BELADEV3333

Jahrbuch 2016 – 2017

Redaktion: Roland Pahl (V.i.S.d.P.)

Foto Seite 29: © www.fotolia.com
Grafiken, Statistiken: SPD Bremen
© SPD-Landesorganisation Bremen

Redaktionsschluss: 31. März 2018

INHALT

Gedenken	Seite 7
Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes	Seite 9
Mitglieder des Landesvorstandes	Seite 24
Organisationsbericht	Seite 25
Finanzbericht	Seite 29
Bericht des Präsidenten des Senats	Seite 37
Bericht der SPD-Bürgerschaftsfraktion	Seite 51
Berichte der Arbeitsgemeinschaften und Foren	Seite 69

ANHANG

Wahlergebnisse	Seite 97
Statistiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 101

GEDENKEN

Die Landesorganisation hat in den Jahren 2016 und 2017 149 Mitglieder durch Tod verloren. Stellvertretend für alle unsere verstorbenen Genossinnen und Genossen stehen:

Heinrich Blecher
Heinz Buschmann
Wilma Klaje-Betz
Martha Stitz
Dieter Adam
Wolfgang Apel
Petra Bordeaux-Grabau
Oswald Brinkmann
Christel Engelbart
Brigitte Hahn-Walczak
Hans Koschnick
Birgit Lemme
Hans-Peter Mester
Marion Ruhle
Gudrun Winkelmann
Karsten Behrenwald
Inge Beneken
Heiko Eggers
Hennig Goes
Käthe Groth Hildegard
Panzau

Wir sind ihnen und allen unseren verstorbenen Genossinnen und Genossen für ihre treue Unterstützung unserer Partei zu großem Dank verpflichtet. Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

BERICHT ZUR ARBEIT DES LANDESVORSTANDES 2016 – 2017

Der Berichtszeitraum dieses Jahrbuches umfasst die Jahre 2016 und 2017, die Amtsperiode des Landesvorstandes endet im April 2018. Das war eine politisch bewegte – und bewegende – Zeit.

Eine spannende Zeit!

Ein neuer Vorstand wurde gewählt, in der Auseinandersetzung um die Frage des Landesvorsitzes setzte sich in der Basis-Abstimmung Sascha Karolin Aulepp gegen Mustafa Güngör durch, mehr als 55 Prozent unserer Mitglieder beteiligten sich an der Abstimmung. Dies zeigt das große Interesse der Mitglieder, direkt an solchen Entscheidungen mitzuwirken.

Bremen erhält ab 2020 im Zuge der Neuordnung der Bund-Länder-Finzen jährlich 487 Millionen Euro zusätzlich. Damit ist endlich Licht am Ende des Tunnels unseres Landes zu sehen. Die in Aussicht stehenden Spielräume wollen wir auch für dringende Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und eine weitere Stärkung unserer Bildungseinrichtungen nutzen.



Sascha Karolin Aulepp
Vorsitzende der SPD-Landesorganisation Bremen

Die Koalition mit den Grünen ist stabil. Wir haben miteinander klare Schwerpunkte – und die setzen wir auch um. Neben den großen Herausforderungen, der Schaffung zusätzlicher Kita- und Schulplätze, steht die Bereitstellung von zusätzlichem Wohnraum ganz oben auf der Agenda. Die Auseinandersetzungen um Randthemen wie Cannabis-Legalisierung, Feiertage und Denkmäler nahm in der öffentlichen Wahrnehmung einen zu großen



Anlieferung der ausgefüllten Stimmzettel durch die Deutsche Post zur Auszählung des Mitgliedervotums zur Besetzung des Bremer SPD-Landesvorsitzes am 16. April 2016.

Raum ein. Im Hinblick auf die Wahl 2019 wollen wir uns jetzt darauf konzentrieren, gemeinsame Inhalte auch gemeinsam umzusetzen.

Wir haben mit großem Engagement einen Bundestagswahlkampf geführt, dessen Ergebnis gleichwohl mehr als enttäuschend war. Zwar haben wir beide Wahlkreise gewonnen, gleichzeitig aber das historisch schlechteste Ergebnis der Bremer SPD eingefahren. Es wird in Zukunft unsere Aufgabe sein, das Vertrauen der Wählerinnen und Wähler in die SPD, aber auch das Vertrauen der Mitglieder in ihre Partei wieder aufzubauen.

Unsere Partei wird sich der Aufgabe der Erneuerung stellen und sich offen gegenüber neuen politischen Ansätzen und Vorstellungen zeigen müssen, ohne dabei die Wurzeln der Sozialdemokratie zu vergessen. Transparenz und Offenheit sind angesagt – und eine grundlegende Erneuerung.

Jahresauftaktveranstaltungen

Den Jahresauftakt 2016 beging die SPD im KWADRAT. Am 15. Januar 2016 begrüßte Dieter Reinken als Landesvorsitzender das Neue Jahr und rund

250 Genossinnen und Genossen sowie Freundinnen und Freunde der Bremer Sozialdemokratie. Carsten Sieling hielt als Bürgermeister und Präsident des Senats eine engagierte Rede für Integration und gegen Rechtspopulismus. Geboten wurde wie immer ein bunter Mix aus politischen Reden, Gesprächen und Kultur, diesmal mit dem Emanuel Jahreis Trio.

Anfang 2017 – ebenfalls im KWADRAT – stand der Jahresauftakt ganz im Zeichen des Bundestagswahlkampfes. Nach der Begrüßungsrede der Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp und eingebettet in das kulturelle Programm von BRASSAPPEAL stellten sich unsere Bundestagswahlkreiskandidatin Sarah Ryglewski und unser Bundestagswahlkreiskandidat Uwe Schmidt in einer launigen Talkrunde den Fragen der Moderatorin Sabine Uzuner.

Mit dem Jahresauftakt 2018 betrat die SPD Bremen im vollbesetzten Saal der Unionbrauerei in Walle Neuland – ein voller Erfolg! Gleich doppelt spannend und vielleicht auch deshalb besonders gut besucht war die Veranstaltung, weil der Gastredner Ralf Stegner direkt aus den Sondierungsgesprächen in Berlin kam und brandheiß und über-

Arbeitskreis Wirtschaft und Finanzen (WiFi)

Gesellschaftspolitische Reformen und eine an sozialer Gerechtigkeit ausgerichtete Politik bedürfen eines entsprechenden wirtschafts- und finanzpolitischen Fundaments. In der SPD muss deshalb das Dilemma überwunden werden, dass Forderungen nach mehr sozialer Gerechtigkeit oftmals in einem Widerspruch zu den wirtschaftlichen Notwendigkeiten zu stehen scheinen. An der Überwindung dieses vordergründigen Widerspruchs zu arbeiten und Impulse für eine alternative Wirtschafts- und Finanzpolitik auf Bundesebene zu geben, ist deshalb die Kernaufgabe des Landesarbeitskreises Wirtschaft und Finanzen. In 2016 und 2017 hat sich der Arbeitskreis, der von Arno Gottschalk geleitet wird, hauptsächlich mit der Frage der Notwendigkeit von mehr öffentlichen Investitionen und den dazu diskutierten Modellen von „öffentlich-privaten Partnerschaften“ befasst. Ziel war die Erarbeitung eines entsprechenden Antrages für das Bundestagswahlprogramm. Bedingt durch die Verschiebungen in der Erstellung des Wahlprogramms durch die Kandidatur von Martin Schulz war dieser Beitrag letztlich nicht zu adressieren.

Der Arbeitskreis hat daneben in 2017 die Eckwerte des Bremer Haushaltes für 2018/19 behandelt und in 2018 die Personalentwicklung im öffentlichen Dienst diskutiert. Im Zusammenhang mit einer Anhörung im Haushalts- und Finanzausschuss wurde das Thema Wiedereinführung der Vermögenssteuer aufgerufen. Der Arbeitskreis beabsichtigt, sich künftig stärker und systematischer mit steuerpolitischen Fragen zu befassen.



Der frisch gewählte Landesvorstand auf dem Landesparteitag am 30. April 2016 im Bremer BLG-Forum, in der Mitte die neue Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp.

haupt nicht müde ganz aktuell berichtete. Auch die Kultur kam nicht zu kurz: „Emanuel Jareis und Freunde“ spielten die Musik, und Poetry Slammer Sven Kamin brachte die Genossinnen und Genossen zum Lachen und zum Nachdenken.

Landesparteitage

Nachdem Dieter Reinken erklärt hatte, im Frühjahr 2016 nicht erneut für das Amt des Landesvorsitzenden kandidieren zu wollen, wurde nach einem breit und offen geführten Diskussions- und Dialogprozess eine Mitgliederbefragung durchgeführt, in der sich die Mitglieder der SPD im Land Bremen mit großer Mehrheit dafür ausgesprochen haben, Sascha Karolin Aulepp als neue Landesvorsitzende auf dem Landesparteitag im April 2016 zu nominieren. Die Jugendrichterin und Bürgerschaftsabgeordnete setzte sich deutlich gegen Mustafa Güngör, ihrem Gegenkandidaten, durch.

Zum Abschluss der alle zwei Jahre stattfindenden Organisationswahlen auf allen Gliederungsebenen der Partei im Land Bremen fand am 30. April 2016 der ordentliche Landesparteitag mit der Neuwahl aller Landesvorstandsmitglieder im BLG-Forum statt. Mit Sascha Karolin Aulepp als Landesvorsitzende steht nach über 20 Jahren wieder eine Frau an der Spitze der SPD Bremen. Die

Delegierten wählten damit zum dritten Mal im Laufe der Geschichte der Bremer SPD eine Frau an die Spitze der Partei. Die stellvertretenden Vorsitzenden Sarah Ryglewski und Elias Tsartilidis wurden in ihren Ämtern bestätigt. Den geschäftsführenden Landesvorstand komplettieren Gisela Schwellach, die als Schatzmeisterin eine neue Rolle übernahm, und der zum Schriftführer gewählte Karl Bronke.

Zu Beginn des Parteitags gedachte der Landesvorsitzende Dieter Reinken einem großen Sozialdemokraten, der wenige Tage zuvor verstorben war: Hans Koschnick. Hans Koschnick war ein fest zu seinen Prinzipien stehender Sozialdemokrat mit Leib und Seele, der bei seinen Genossinnen und Genossen, bei den Bremerinnen und Bremern und weit über die Landesgrenzen hinaus für sein Engagement, seinen Einsatz für Versöhnung und Verständigung und sein Eintreten für die soziale Demokratie hoch geschätzt und geliebt wurde. Er wird uns immer in Erinnerung bleiben.

Der Landesparteitag am 25. März 2017 stand ganz im Licht der bevorstehenden Bundestagswahl. Mit dem Beschluss des Leitantrages des Landesvorstands zur Rente als gewichtigen Beitrag zum Bundestagswahlprogramm schloss der Landesparteitag eine breite Diskussion mit unseren

Bildungsarbeit

Nein, der Bildungsbeauftragte hat nichts mit Schulen oder mit Bildungspolitik zu tun. Er soll sich um Bildungsangebote für SPD-Mitglieder kümmern.

Dazu hat der Landesvorstand drei Bildungsreihen durchgeführt: die Reihe „Klar für Verantwortung!“ mit dem Ziel, Kenntnisse für die politische Praxis zu vermitteln (z. B. „Wie funktioniert die Bremer SPD?“ oder „Wie kann Vorstandsarbeit Spaß machen?“), die Reihe „Bremer Positionen“ zu den wichtigsten politischen Positionen unserer Partei (z. B. „Demokratischer Sozialismus, Wirtschaft und Staat“) und schließlich die Reihe „Roter Salon“, wo kritisch und kontrovers diskutiert wurde, z. B. über das Thema „Bedingungsloses Grundeinkommen“. Wir haben dabei auch auf Veranstaltungen der Friedrich-Ebert-Stiftung hingewiesen und mit der Sozialdemokratischen Gemeinschaft für Kommunalpolitik (SGK) zusammengearbeitet. Insgesamt haben 20 Veranstaltungen stattgefunden. Unterlagen dazu finden sich auf der Internetseite der Bremer SPD im Mitgliederbereich. Die Reihe wurde von Karl Bronke gemeinsam mit Beenhart Oldigs koordiniert und vom Parteibüro vorbereitet sowie organisatorisch begleitet. Das Angebot soll auf Basis einer Nutzer*innenbefragung ab 2018 weiterentwickelt werden.



FOTO: SPD LAND BREMEN

Bündnispartnern, allen voran den Gewerkschaften und den Sozialverbänden erfolgreich ab. Das engagierte Grußwort von Annette Düring, der Vorsitzenden des Deutschen Gewerkschaftsbundes Region Bremen-Weser-Elbe zeigte die enge Verbundenheit zwischen Gewerkschaften und Sozialdemokratie.

Ebenfalls beschlossen wurde die Verkleinerung der Landesparteitage, um regelmäßig wieder in Bürgerhäusern tagen zu können. Auf Vorschlag des Landesvorstands werden Landesvorstandsmitglieder zukünftig kein geborenes Stimmrecht mehr auf Landesparteitagen haben.

Auf dem Landesparteitag am 2. Mai 2017 wurde das umfangreiche Antragspaket aus den Gliederungen engagiert und zielorientiert diskutiert und Weichenstellungen für die sozialdemokratische Politik im Land Bremen, im Bund und in Europa beschlossen.

Vorstandssitzungen

Nach seiner Konstituierung tagte der neu gewählte Landesvorstand auf seiner Ein-Tages-Klausur

am 22. Mai 2016 in Bremen und beschloss, sich auf die Schwerpunktthemen zu konzentrieren, die essentiell sind für den sozialen Zusammenhalt, nämlich Bildung, Arbeit, Wohnen und innere Sicherheit. Ebenfalls wurde hier der Grundstein gelegt für die Arbeit an unserem Rentenkonzept, das schließlich nach der Beschlussfassung auf dem Landesparteitag im März 2017 Eingang ins Bundeswahlprogramm gefunden hat. Die Landesvorstandssitzungen fanden regelmäßig in enger Taktung statt, häufig mit Gästen, die oft den Blick erweiterten und so zu einer weiterführenden Diskussion beitrugen.

Inhaltliche Schwerpunkte, die sich in Beschlüssen niedergeschlagen haben, waren:

Am 24. Juni 2016 wurde der Beschluss „CETA nicht ratifizieren oder substantiell verbessern“ als Antrag an den Parteikonvent, auf dem um die Positionierung der SPD zum Freihandelsabkommen CETA gerungen wurde, gefasst.

Ebenfalls am 24. Juni 2016 wurde der umfassende Beschluss „Chancengerechtigkeit und Armutsprävention“ gefasst, mit dem das Ziel der SPD im

Land Bremen, sozialen Zusammenhalt zu organisieren, und die wesentlichen Handlungsfelder wie Kinderbetreuung und Bildung, sozialer Arbeitsmarkt, Ausbildung, soziale Stadtteilerförderung, Stadtentwicklung und Wohnungsbau sowie Integrationspolitik noch einmal bekräftigt wurden.

Am 9. Dezember 2016 fasste der Landesvorstand einen umfassenden Beschluss zum Verhältnis von Staat und Religionsgemeinschaften.

Um möglichst frühzeitig Sozialdemokratische Schwerpunkte für den Doppelhaushalt 2018/2019 als Anforderungen an das Haushaltsaufstellungsverfahren zu setzen, wurde am 30. Januar 2017 ein entsprechender Beschluss zu den zentralen Handlungsfeldern Stärkung und Entlastung der Bildungseinrichtungen insbesondere in besonderen Problemlagen, sozialer Arbeitsmarkt und Schaffung von Arbeitsplätzen, bezahlbares Wohnen und Innere Sicherheit gefasst.

Eine Offensive für Wohnungsbau wurde am 7. April 2017 beschlossen.

Mit dem Beschluss vom 19. Mai 2017 bekannte sich der Landesvorstand zur wichtigen Arbeit der Begegnungsstätten und zu ihrer Weiterentwicklung.

Bildungspolitik hat als sozialdemokratisches Herzblutthema den Landesvorstand fortlaufend beschäftigt. So mit dem Beschluss „Qualitätsoffensive für mehr Lehrerinnen und Lehrer“ vom 19. Mai 2017 und dem Beschluss vom 1. September 2017, mit dem der Ausbau des Ganztagschul-

angebotes in Bremen nochmals bekräftigt wurde, ebenso wie, dass sich die Mittelausstattung an den jeweiligen Problemlagen orientieren muss.

In der ebenso spannenden wie herausfordernden Situation auf Bundesebene nach der Bundestagswahl und dem Scheitern der Sondierungsverhandlungen der Unionsparteien mit FDP und Grünen positionierte sich der Landesvorstand im Vorfeld des ordentlichen Bundesparteitags (7. – 9. Dezember 2017) mit dem Beschluss „Gespräche nur auf der Basis unserer Inhalte!“ vom 24. November 2017.

Ebenfalls am 24. November 2017 wurde ein Änderungsantrag zum Leitantrag des Bundesparteitages „Die #SPDerneuern: Unser Weg nach vorn“ beschlossen, um deutlich zu machen, dass der sozialdemokratische Kompass immer die gerechte Teilhabe aller an gesellschaftlichem Wohlstand sein muss, dass die SPD für Verteilungsgerechtigkeit steht, dass wir einen starken Sozialstaat brauchen, der gewährleistet, dass diejenigen, die mit ihrer Arbeitskraft maßgeblich zur Erwirtschaftung von Wachstum und Wohlstand beitragen, wieder einen gerechten Anteil daran erhalten. Und der diejenigen unterstützt und sich um die kümmert, die vor besonderen Herausforderungen stehen, die sie nicht aus eigener Kraft meistern können. Dieser Kampf für gerechte Verteilung, für soziale Gerechtigkeit, der Kampf für einen starken funktionierenden Sozialstaat muss auch die Richtschnur für unser praktisches Handeln in der Regierungsverantwortung sein, da, wo wir Politik umsetzen, wo wir Gesellschaft gestalten.

SPD-Gewerkschaftsrat/Land Bremen

Der Gewerkschaftsrat der SPD-Land-Bremen unter Leitung der DGB-Vorsitzenden Annette Düring und der stellvertretenden Landesvorsitzenden Sarah Ryglewski, die SPD-Bürgerschaftsfraktion und das Arbeitsressort sind beteiligt, hat in den vergangenen zwei Jahren regelmäßig, insgesamt fünf Mal getagt. Neben aktuellen arbeitsmarktpolitischen und gewerkschaftlichen Themen im Land Bremen und im Bund wie der Ausbildungsgarantie, der Jugendberufsagentur, öffentlich geförderte Beschäftigung und der Reform der betrieblichen Altersvorsorge, waren die Halbzeitbilanz der Landesregierung im Bereich Arbeit, das Rentenkonzept der Bremer SPD und das Regierungsprogramm zur Bundestagswahl und die Begleitung der Koalitionsverhandlungen wichtige Schwerpunkte.

Am 12. Januar 2018 erklärte der Landesvorstand seine Solidarität mit den Beschäftigten in der Metallindustrie im aktuellen Tarifkampf der IG Metall und machte deutlich, dass die SPD an der Seite der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Gewerkschaften steht.

Die wichtigen inhaltlichen Beschlüsse des Landesvorstandes sind – wie die Parteitagsbeschlüsse – auf der Website der Partei unter www.spd-landbremen.de/Beschluesse einsehbar und dort allen zugänglich.

Veranstaltung zu CETA mit Joachim Schuster

Im Juni 2016, im Vorfeld des ganz dem Freihandelsabkommen gewidmeten Parteikonvents in Wolfsburg, veranstaltete der Landesvorstand eine parteiöffentliche Diskussionsveranstaltung zu CETA

mit unserem Europaabgeordneten Joachim Schuster im Helene-Kaisen-Bürgerhaus in Gröpelingen. Die Diskussionsbeiträge flossen in den sodann vom Landesvorstand beschlossenen Antrag an den Parteikonvent ein.

Kampagne zum Haushalt 2016/2017: Sozialdemokratische Politik in Zahlen gegossen

Nachdem der rot-grüne Senat und die Bremische Bürgerschaft im Juni 2016 den Doppelhaushalt 2016/2017 mit klarer sozialdemokratischer Handschrift beschlossen hatten, fand nach dem Sommerferien in Bremen und Bremerhaven mit breiter Beteiligung der Mitglieder und mit vielen Infoständen und Flyerverteilkaktionen die Kampagne des Landesvorstandes „Wir investieren in Bremen und Bremerhaven“ statt.



MEHR GELD FÜR ARBEIT, SCHULEN & POLIZEI



**WIR INVESTIEREN . . .
... IN BREMEN!**

KLARE SCHWERPUNKTE

WIR BLEIBEN AUF KURS – TROTZ KNAPPER KASSEN

Ja, unser Land ist verschuldet. Trotzdem ist das nicht das Ende von Politik.

Wir setzen klare sozialdemokratische Schwerpunkte auch im Haushalt: Für unsere Kinder, für mehr Arbeit und für die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger.

Uns ist dabei klar: Wir können nicht alles finanzieren, was wünschenswert ist. Beim Wünschen die Zwänge ausblenden und links liegen lassen hilft nicht – aber auch ein Kaputtsparen unseres Zwei-Städte-Staates, wie andere es fordern, ist mit uns nicht zu machen.

Wir müssen uns selbst anstrengen, damit uns geholfen wird. Und das haben wir getan: Seit 2010 haben wir die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben von 1,2 Milliarden auf heute weniger als die Hälfte abgebaut. Keine Frage: Wir sind auf dem Konsolidierungskurs dort angekommen, wo es weh tut.

Die Verhandlungen mit dem Bund und den anderen Ländern gehen auf die Zielgerade. Alle Bundesländer haben zugestanden, dass Bremen besser gestellt werden muss. Jetzt ist die Bundesregierung gefordert. **Trotzdem: Wir müssen und werden die Schwerpunkte setzen, die unsere Zukunftsfähigkeit sichern.** Denn trotz der finanziellen Lage machen wir das, wofür wir angetreten sind: Politik für unser Bundesland und die Menschen, die hier leben. Wir setzen klare Schwerpunkte:

Bildung. Arbeit. Sicherheit.

Veranstaltungen für Neumitglieder

In den vergangenen zwei Jahren durfte sich die SPD über einen stetigen, ja in neuerer Zeit sogar über einen sprunghaften Anstieg der Mitgliederzahlen freuen. Es waren so viele, dass phasenweise sogar die traditionsreichen roten Parteibücher nachgedruckt werden mussten. Zum Jahresende 2017 hatte die Bremer SPD 4.248 Mitglieder, seit Beginn des Berichtszeitraumes Ende 2015 bis zum Stichtag 31. Dezember 2017 sind 465 Menschen neu in die SPD im Land Bremen eingetreten.

Die neuen Genossinnen und Genossen jeden Alters und aus allen Bereichen des Landesverbandes zeigten sich sehr interessiert und engagiert, eintretend für soziale Gerechtigkeit und den Werten der Sozialdemokratie verpflichtet.

Um den neuen Genossinnen und Genossen den Einstieg in die Parteiarbeit zu erleichtern und als Gelegenheit des gegenseitigen Kennenlernens, fanden in Bremen mehrere Neumitgliederveranstaltungen unter dem Motto „Strukturiert für eine bessere Welt kämpfen – wie funktioniert die Bremer SPD?“ statt. Dort erfuhren die „Neuen“ alles über Struktur und Aufbau der SPD und darüber, wo und wie sie sich am besten einbringen können. Außerdem war es eine Gelegenheit, mit der Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp über unsere inhaltlichen Schwerpunkte zu diskutieren.

Halbzeitkampagne der SPD

Zur Halbzeit der Legislaturperiode im Sommer 2017 fand ebenfalls mit breiter Beteiligung der Genossinnen und Genossen vor Ort die zweite große Kampagne der SPD im Land Bremen statt unter dem Motto „Mit ganzer Kraft für Bremen – Halbzeit der Legislaturperiode“.

Halbzeit der Legislatur – Zeit für eine Zwischenbilanz, und auch für offene, kritische Auseinandersetzung. Auf der Parteikonferenz am 24. April 2017 diskutieren viele Genossinnen und Genossen mit der Landesvorsitzenden Sascha Karolin Aulepp und unserem Bürgermeister und Präsidenten des Senats Carsten Sieling.

Für die engagierten Mitglieder, die an zahlreichen Infoständen in Bremen, Bremen-Nord und Bremerhaven Flyer verteilten, wurden als Argumentationshilfe Hintergrundinformationen erstellt, die für alle Mitglieder im Mitgliederbereich auf der Homepage der Landesorganisation einsehbar sind.

Ebenfalls im Rahmen dieser Kampagne tourte unser Bürgermeister und Präsident des Senats Carsten Sieling mit fünf Town-Hall-Veranstaltungen durch die Stadtteile, stellte sich den Fragen der zahlreich erschienenen Bürgerinnen und Bürger und kam mit allen ins Gespräch.

Der „Rote Salon“

Über den Tag hinaus – auch für weiterführende Themen brauchen wir als Partei eine Austauschmöglichkeit. Daher hat der Landesvorstand auf Vorschlag von Karl Bronke die Reihe „Der Rote Salon“ eingeführt. Drei Themen haben wir bislang diskutiert: Die Lage der Labour Party unter Jeremy Corbyn – Das Bedingungslose Grundeinkommen – Der Neoliberalismus am Ende? Es gab prominente Referenten und spannende Debatten. Die Reihe soll fortgesetzt werden. Vorschläge sind herzlich willkommen!



MIT GANZER KRAFT FÜR BREMEN

UNSERE AUFGABEN



Wir wollen Bremen und Bremerhaven noch attraktiver machen. Deswegen stellen wir im Haushalt für die kommenden beiden Jahre insgesamt 130 Millionen Euro zusätzliche Mittel bereit für unsere Schwerpunkte: Für Bildung und Kinderbetreuung. Für sichere und saubere Städte. Aber auch für eine weitere Verbesserung der Bürgerdienstleistungen – gemeinsam mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der Verwaltung.

KITAPLÄTZE UND SCHULE



FOTO: COLOURBOX

Bildung ist für uns seit Jahren ein deutlicher – auch finanzieller – Schwerpunkt. Allein im Doppelhaushalt 2016 und 2017 haben wir 176 zusätzliche Vollzeitstellen an den Bremer Schulen geschaffen. In Bremen werden mehr Grundschulen zu Ganztagschulen: zehn weitere soll es in den kommenden Jahren geben, drei von ihnen gehen schon in diesem Sommer an den Start. Im Bildungsbereich gab es aber auch zusätzliche, unvorhersehbare Herausforderungen. Viele Geflüchtete haben in Bremen Schutz gesucht. Knapp 4.700 Kinder mussten zusätzlich in den Schulen aufgenommen werden. Dass uns dies gelungen ist, ist ein großer Erfolg – auch wenn wir an einigen Stellen improvisieren und Wartezeiten in Kauf genommen werden mussten. Leider ist es nicht immer gelungen, Kindern den gewünschten Schulplatz oder Kindergartenplatz anzubieten. Daran arbeiten wir. Bildung und Kinderbetreuung bleiben für uns besonders im Fokus. Für 2018 und 2019 soll es 72 Millionen Euro zusätzlich für Kitas und 18 Millionen Euro zusätzlich für die Schulen geben. Wir arbeiten mit hohem Einsatz an einem bedarfsgerechten Kita-Ausbau. Und wir werden die Schulen noch besser ausstatten – gerade dort, wo es in Bremen und Bremerhaven besondere Problemlagen gibt.

BEZAHLBARES WOHNEN



FOTO: SPD BREMEN

Bremen wächst. Und Bremen soll weiterwachsen. Deswegen stärken wir den Wohnungsbau – in allen Segmenten. Die Gewoba und die Stäwog spielen dabei eine wichtige Rolle. Die Wohnraumförderprogramme des Senats sind ein voller Erfolg.

Neubau oder Modernisierung von 1.300 Wohnungen wurden so bislang gefördert. Inzwischen läuft die dritte Auflage des Programms, bei der noch einmal 650 bis 700 Wohnungen gefördert werden können. Die im „Bündnis für Wohnen“ beschlossene 25-Prozent-Quote für den sozialen Wohnungsbau wird umgesetzt und bei vielen Projekten sogar überschritten. Aber noch immer fehlt ausreichend bezahlbarer Wohnraum. Wir wollen die Zahl der Baufertigstellungen noch einmal deutlich steigern. Wir müssen dabei Wohnraum für alle schaffen: Für Studierende und Auszubildende ebenso wie für Geringverdiener und mittlere Einkommen. Familien, die in die eigenen vier Wände ziehen wollen, müssen wir attraktiven Wohnraum anbieten.

MEHR SICHERHEIT



FOTO: SPD BREMEN

Wir investieren in Sicherheit. Wir haben die Stellen bei der Bremer Polizei deutlich erhöht – um 130 auf 2.600. Zudem haben wir 5,5 Millionen Euro in eine bessere Ausrüstung und neue Fahrzeuge für Polizei und Feuerwehr investiert. Und das ist nicht alles. Auch für die Maßnahmen, mit denen wir in Bremen und Bremerhaven die Sicherheit verbessern und auf die Bedrohung durch den internationalen Terrorismus reagieren werden, werden wir das nötige Geld bereitstellen. Wir investieren aber nicht nur, wir überprüfen auch die Strukturen. Klar ist für uns: Das Personal muss effektiv eingesetzt werden, um Kriminalität gezielt zu bekämpfen und Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger zu gewährleisten. Klar ist für uns aber auch: Die Kontaktpolizisten als wichtige Ansprechpartner vor Ort bleiben erhalten.

GUTE ARBEIT



FOTO: SPD BREMEN

Wir wollen mehr Menschen in Arbeit bringen. Deshalb haben wir ein Programm aufgelegt, das insgesamt 500 Menschen, die seit Langem auf der Suche nach einem Job sind, eine sozialversicherungspflichtige Beschäftigung bietet. Dafür investieren wir gemeinsam mit dem Bund 14 Millionen Euro. Diese öffentlich geförderten Jobs sollen aber nicht nur den Menschen eine Chance bieten, sie sollen auch den Stadtteilen nützen. Zum Beispiel zur Verbesserung der Sauberkeit unserer beiden Städte. Wir wollen dieses Programm weiterführen und ausbauen. Unser Ziel bleibt außerdem, allen jungen Menschen nach der Schule eine Perspektive zu bieten. Mit der Ausbildungsgarantie haben wir die ersten Schritte gemacht und werden den eingeschlagenen Weg fortsetzen – damit alle, die einen Ausbildungsplatz suchen, einen bekommen.

NEUE PERSPEKTIVEN



Die Einigung auf eine Neuregelung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ist ein großer Erfolg für Bremen. Nach intensiven Verhandlungen ist Bremens Selbstständigkeit damit langfristig abgesichert. Das Land wird ab 2020 mit 487 Millionen Euro im Jahr profitieren – das ist deutlich mehr als bisher. Damit hat Bremen eine echte und dauerhafte Perspektive. Wir wollen bereits in den kommenden beiden Jahren mit der Planung dafür beginnen, das Geld gezielt einzusetzen. Wir müssen und wollen einen Teil dazu nutzen, unsere Schulden abzubauen. Wir müssen und wollen aber auch in die Wirtschafts- und Finanzkraft Bremens investieren. Das heißt auch, Arbeitsplätze zu schaffen. Und es heißt, Bremen und Bremerhaven als gute Lebens-, Arbeits- und Wohnorte zu erhalten und aufzuwerten. Das erhöht die Attraktivität für Neubürgerinnen und Neubürger. Es nützt aber auch all jenen, die bereits jetzt in Bremen und Bremerhaven leben.

DAFÜR TRETEN WIR EIN

- 1.** Bildung und Kinderbetreuung sind und bleiben unsere Schwerpunkte! Wir investieren in den Ausbau der Kindertagesbetreuung und in die Schulen – und dort, wo es Problemlagen gibt, muss noch mehr gemacht werden.
- 2.** Wir verbessern den Service für die Bürgerinnen und Bürger! Dafür statten wir die bürgernahen Dienstleistungen mit mehr Personal aus.
- 3.** Bremen und Bremerhaven wachsen. Und so soll es weitergehen. Deswegen investieren wir in eine langfristige Stärkung des Wohnungsbaus in allen Segmenten – für Familien, für Studierende, für Geringverdiener, für alle!
- 4.** Wir investieren in Arbeit! Wir haben hunderte Langzeitarbeitslose wieder in Beschäftigung gebracht. Das Landesarbeitsmarktprogramm werden wir fortsetzen.
- 5.** Wir investieren in Sicherheit! Wir haben die Zahl der Stellen bei der Polizei erhöht. Und wir sorgen dafür, dass die Beamtinnen und Beamten gezielt eingesetzt werden, um Kriminalität effektiv zu bekämpfen.

16. Mai 2017

Bürgermeister Carsten Sieling in Bremen Nord
Gustav-Heinemann-Bürgerhaus

30. Mai 2017

Bürgermeister Carsten Sieling in der Vahr
Bürgerzentrum Neue Vahr

9. Juni 2017

Bürgermeister Carsten Sieling im Bremer Westen
Theater im Volkshaus

19. Juni 2017

Bürgermeister Carsten Sieling in Bremerhaven
Die Theo

20. Juni 2017

Bürgermeister Carsten Sieling in Obervieland
Bürgerhaus Gemeinschaftszentrum Obervieland

**Bürgermeister
Carsten Sieling**

„Lassen Sie uns
ins Gespräch
kommen.“



www.spd-land-bremen.de



Arbeitskreis Rekommunalisierung

Der Betrieb der Leitungsnetze für Strom, Wasser und Abwasser und die Abfallentsorgung werden von uns als öffentliche Aufgabe der Daseinsvorsorge angesehen. Nach der Privatisierungswelle der neunziger Jahre geht es jetzt in vielen Städten und Gemeinden um eine Rekommunalisierung. Der Landesvorstand hatte dazu bereits im April 2014 einen Grundsatzbeschluss gefasst. Der hierzu eingesetzte Arbeitskreis „Rekommunalisierung“, der von Wolfgang Grotheer in Abstimmung mit Arno Gottschalk geleitet wird, hat sich unter Beteiligung interessierter Mitglieder, von Vertretungen der Betriebsräte und der Gewerkschaften und von hinzugezogenen externen Fachleuten sowie des Senats durchgehend mit diesem Thema befasst, um Einfluss auf den Entscheidungsprozess zu nehmen. Das jetzt vorliegende Ergebnis entspricht Zielen der SPD, soweit es um zuverlässige Dienstleistung, Gebührenstabilität und gleiche Arbeitsbedingungen für die Beschäftigten geht. Gestaltungsbedarf besteht noch bei der Frage der arbeitsmarktpolitischen Handlungsmöglichkeiten. Auf der Agenda steht auch die Frage der Zukunft des bremischen Abwassernetzes. Zwar laufen die geschlossenen Verträge erst in einigen Jahren aus. Die Diskussion um die Abfallwirtschaft zeigt aber, dass die Politik nicht früh genug anfangen kann, sich mit diesen Fragen zu beschäftigen.

Interessierte Genossinnen und Genossen können sich im Parteibüro in den Verteiler aufnehmen lassen.

10 Jahre Rot Grün – gemeinsame Sitzung der Landesvorstände der Koalitionsparteien

Im Sommer 2017 jährte sich der Abschluss der ersten rot-grünen Koalition im Land Bremen zum zehnten Mal. Anlass, dies in einer gemeinsamen Sitzung der Landesvorstände von SPD und Bündnis 90/Die Grünen zu feiern und zu diskutieren.

Ebenfalls mit dabei waren unser Bürgermeister und Präsident des Senats Carsten Sieling und Bürgermeisterin Karoline Linnert, die beide den Anfang der rot-grünen Koalition – wenn auch in unterschiedlichen Rollen – mitgestaltet haben. Zehn Jahre mit einem Koalitionspartner verbringen, das geht nicht ohne Streit ab, aber solange ein Streit durch Gespräche bereinigt werden kann und nicht zum Zerwürfnis führt, dient er der Auffrischung

Arbeitskreis Soziales

Sozialpolitik ist die Kernkompetenz der SPD. Aber man muss auch etwas dafür tun, damit das so bleibt. Der Landesvorstand hat daher einen Landesarbeitskreis Soziales eingerichtet, der von Karl Bronke geleitet wird. Zunächst hatte eine Projektgruppe Rente ein Bremer Rentenkonzept erarbeitet und mit den Gewerkschaften und weiteren Bremer Partnern wie Arbeitnehmerkammer und Paritätischem diskutiert, es wurde dann vom Landesparteitag als Antrag an den Bundesparteitag beschlossen (siehe unter: http://spd-land-bremen.de/Binaries/Binary_2631/A-01-Die-Rentemuss-auch-...pdf). Der Landesarbeitskreis hat dann fünfmal getagt und sich u. a. mit den Themen Begegnungsstätten, Arbeitsmarktpolitik, Flüchtlinge und Pflege befasst und dazu Vor-Ort-Besuche im Stiftungsdorf Gröpelingen, in der Landesaufnahmestelle für Flüchtlinge in Vegesack und in der Jugendberufsagentur durchgeführt. Die Protokolle der Sitzungen und wichtige Dokumente sind im Mitgliederbereich unserer Webseite zu finden (<http://spd-land-bremen.de/AK-Soziales.page>). Wer eingeladen werden möchte, kann sich im Parteibüro in den Verteiler aufnehmen lassen.



Aufstellung der Bremer SPD-Landesliste zur Bundestagswahl 2017 am 10. Dezember 2016 im Konsul-Hackfeld-Haus in Bremen, v. l. n. re.: David Ittekkot (6), Kadriye Pille (5), Florian Boehlke (4), Sarah Ryglewski (1, Direktkandidatin im Wahlkreis 54), Uwe Schmidt (2, Direktkandidat im Wahlkreis 55), Ute Reimers-Bruns (3).

der Beziehung, nicht der Beendigung. So sahen es auch die rot-grünen Koalitionspartner in Bremen. Betont wurde bei dem Treffen der Vorsitzenden zum Zehn-Jährigen das Gemeinsame, nicht das Trennende. Rot-Grün war 2007 ein deutlicher Politikwechsel nach 12 Jahren Großer Koalition. Nach zehn Jahren können wir selbstbewusst sagen: Wir haben viel erreicht. Und das hat das Gesicht unseres Bundeslandes verändert.

Veranstaltung zur Kindergrundsicherung

Gut besucht war auch die Veranstaltung „Armutsrisiko Kind? – Wege zu einer Kindergrundsicherung“ am 1. Februar 2018. Weil immer mehr Kinder von Armut betroffen sind, weil dies nicht nur die Kinder und ihre Familien belastet, sondern auch zu Ausgrenzung führt, hat die Landesvorsitzende Sascha Karolin Aulepp verschiedene Modelle einer dauerhaften finanziellen und materiellen Absicherung für Kinder mit dem Präsidenten des Deutschen Kinderschutzbundes Heinz Hilgers, der Wissenschaftlerin Dr. Irene Becker und Anne Knauf vom Kinder- und Familienzentrum Tenever und natürlich mit dem interessierten Publikum diskutiert.

Teilnahme an der Demonstration und der Kundgebung zum 1. Mai

An den traditionellen Märschen und Kundgebungen zum 1. Mai beteiligte sich die SPD natürlich auch in den Jahren 2016 und 2017. Nicht nur die Demonstrationen waren gut besucht, sondern auch die Infostände der SPD auf dem Domshof in Bremen, dem Sedanplatz in Bremen-Nord und auf dem Platz vor der großen Kirche in Bremerhaven. Viele Interessierte fanden hier Antworten auf ihre Fragen, dank der engagierten und keinen Einsatz scheuenden Genossinnen und Genossen.

Bundestagswahl 2017

Der Berichtszeitraum stand ganz im Zeichen der Bundestagswahl 2017. Bereits 2016 wurde mit den Vorbereitungen der Aufstellung unserer Kandidatinnen und Kandidaten begonnen.

Nachdem Uwe Beckmeyer erklärt hatte, nicht mehr antreten zu wollen, wurde in Bremerhaven Uwe Schmidt als Bewerber für den Bundestag nominiert. In Bremen trat Sarah Ryglewski an, die, nachdem Carsten Sieling aus dem Bundestag als

Bürgermeister nach Bremen gewechselt hatte, bereits Erfahrungen auf Bundesebene sammeln konnte. Beide wurden auf den jeweiligen Wahlkreiskonferenzen im November 2016 als Direktkandidaten gewählt. Am 10. Dezember 2016 wählte die Landesdelegiertenkonferenz die Kandidatinnen und Kandidaten für die Bremer Landesliste. Nach Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt folgten auf der quotieren Liste Ute Reimers-Bruns aus dem Ortsverein Farge-Rekum, der Burglesumer Ortsamtsleiter Florian Boehlke, Kadryie Pile aus dem Ortsverein Findorff und der Juso-Landesvorsitzende David Ittekot.

Unsere Arbeit am Bundestagswahlprogramm mündete im Rentenkonzept der Bremer SPD, das auf dem Landesparteitag im März 2017 als Antrag an den Bundesparteitag beschlossen wurde.

Es folgte ein engagierter Bundestagswahlkampf. Wir haben mit aller Kraft gekämpft, in den Ortsvereinen und Arbeitsgemeinschaften, an den Infoständen und auf zahlreichen Veranstaltungen. Gut besucht war die Auftaktveranstaltung zur Wahlkampftour von Martin Schulz am 21. August 2017 auf dem Bremer Marktplatz, bei bestem Bremer Wetter. Ebenfalls gut besucht waren die

Veranstaltungen mit dem stellvertretenden Parteivorsitzenden Olaf Scholz in Bremerhaven am 14. September auf dem Platz der großen Kirche und in Bremen-Nord am 19. September im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus. Dennoch war das Ergebnis enttäuschend, nicht nur in Bremen, sondern bundesweit. Zwar konnten unsere Kandidatin und unser Kandidat Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt jeweils das Direktmandat gewinnen, aber insgesamt war es ein Ergebnis, das uns für die Zukunft eine Lehre sein sollte.

Die Wahlbeteiligung im Land Bremen lag bei 70,8 Prozent, an Erststimmen konnten wir 31,8 Prozent holen, das bedeutete einen Verlust von 7,9 Prozent gegenüber der Bundestagswahl 2013. An Zweitstimmen haben wir 26,8 Stimmen für uns gewinnen können, was einen Verlust von 8,6 Prozent bedeutet.

Wir werden hart daran arbeiten müssen, bei den Wählerinnen und Wählern das Vertrauen zurückzugewinnen, das wir offensichtlich verloren haben. Wir treten ein für soziale Gerechtigkeit, für die Rechte der Menschen, die oft genug am Rande unserer Gesellschaft stehen. Wir stehen nicht für neoliberale Ideen, sondern für Soziale Gerechtigkeit.

Die „Historische Kommission“

Zum Selbstbewusstsein einer Partei wie der SPD gehört auch ein Bild über die eigene Geschichte.

Um dieses Geschichtsbewusstsein zu stärken, hat der Landesvorstand auf Vorschlag von Karl Bronke eine „Historische Kommission“ eingerichtet, wie es sie auch auf Bundesebene und in einigen anderen Landesverbänden gibt. Die Kommission hat sich am 24. August 2017 konstituiert. Sie besteht aus zehn Historiker*innen und Geschichtsinteressierten. Vorsitzender ist Senator a. D. Herbert Brückner. Die Kommission gibt seit dem Oktober 2017 monatlich ein „Historisches Kalenderblatt“ heraus, das im Newsletter veröffentlicht wird und auf der Internetseite der Bremer SPD zu finden ist. Die Kommission hat u. a. eine Führung durch die aktuelle Sonderausstellung des Focke-Museums für die Partei organisiert. Für das Jahr 2018 sind zum 100-jährigen Jubiläum der Revolution in Bremen Veranstaltungen geplant.

Historisches Kalenderblatt der SPD Bremen
Am 19. Dezember 1979 starb Wilhelm Kaisen

3 SPD

Von 1945 bis 1965 war Wilhelm Kaisen Bürgermeister und Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen gewesen. Anlässlich des Staatsaktes für den Verstorbenen sagte Bürgermeister Hans Koschnick: »Sein Name steht ganz oben in der Liste jener unverwechselbaren Charaktere und Temperamente, die das Bild der jungen deutschen Demokratie in den fünfziger und den frühen sechziger Jahren so entscheidend geprägt haben. Wilhelm Kaisen wird als der große, über den Parteien stehende, dem Gemeinwohl verpflichtete Staatsmann in die Geschichte eingehen.«

Wilhelm Kaisen wurde am 22. Mai 1887 in Hamburg geboren. 1905 trat er der Sozialdemokratischen Partei bei, die ihn 1913 zur Parteischule nach Berlin sandte wo er u. a. Franz Mehring und Rosa Luxemburg hörte. Hier lernte er Helene Schweida aus Bremen kennen, die als einzige Frau ebenfalls an dem Kursus teilnahm. 1916 haben sie geheiratet, sie blieb immer eine politisch aktive Frau an seiner Seite. – Nach dem 1. Weltkrieg zog er von Hamburg nach Bremen, wurde 1920 als Abgeordneter der Mehrheitssozialisten in die Bremische Bürgerschaft gewählt und übernahm 1923 als verantwortlicher Redakteur die

Das zweite Kalenderblatt (Ausschnitt)



FOTOS: SPD LAND BREMEN

Martin Schulz startete seine Kundgebungstour im Bundestagswahlkampf am 21. August 2017 auf dem Bremer Marktplatz (Foto oben). Mit dabei waren auch der Niedersächsische Ministerpräsident Stephan Weil, die Ministerpräsidentin Mecklenburg-Vorpommerns und stellvertretende Parteivorsitzende Manuela Schwesig sowie Bürgermeister Carsten Sieling, Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen. Noch in der Rolle des Ersten Bürgermeisters Hamburgs kam der stellvertretende Parteivorsitzende Olaf Scholz gleich zweimal zur Wahlkampfunterstützung ins Land Bremen: Am 14. September 2017 fand eine Kundgebung mit ihm auf dem Platz vor der großen Kirche in Bremerhaven (Foto unten links) und am 19. September eine Town-Hall-Dialogveranstaltung in Bremen-Nord im Gustav-Heinemann-Bürgerhaus statt (Foto unten rechts).

keit. Wir müssen an der Seite der Gewerkschaften stehen, an der Seite der Geflüchteten, an der Seite der Geringverdienenden, der alleinerziehenden Mütter und der Rentnerinnen und Rentner. Und damit sind nur Beispiele genannt.

Wir treten ebenso ein für Transparenz, Weltoffenheit und Toleranz, für Frieden, Freiheit und Ge-

rechtigkeit. Aber diese hehren Ideale müssen auch nach außen hin deutlich werden, das dürfen keine leeren Luftblasen sein, das muss in unseren politischen Forderungen und in unserem Handeln deutlich werden. Wir müssen wieder zeigen, dass wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten sind.

Arbeitskreis Inneres/Innenpolitik/Polizei

Die Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit ist für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein zentrales Thema, das in den vergangenen Jahren sowohl in der öffentlichen Debatte als auch in der parteiinternen Meinungsbildung wieder an erheblicher Bedeutung gewonnen hat. Der Landesvorstand hat daher einen Landesarbeitskreis Inneres/Innenpolitik/Polizei eingerichtet, der von Wolfgang Grotheer geleitet wird. Der innenpolitische Sprecher der SPD Bürgerschaftsfraktion, Sükrü Senkal ist in die Arbeit einbezogen. Der Arbeitskreis hat mehrmals getagt. Er hat sich zunächst mit der Umstrukturierung des Stadtamtes und anschließend mit der Neuorganisation der regionalen Polizeiarbeit befasst. Auch das sogenannte Sicherheitspapier des Senators für Inneres und des Senators für Justiz und Verfassung war Gegenstand einer Sitzung des Arbeitskreises. Der Arbeitskreis hat sich dann mit einem vom Landesparteitag an ihn überwiesenen Antrag zu diesem Thema auseinandergesetzt und hierzu eine Stellungnahme abgegeben. Die gesetzlichen Grundlagen und Aufgaben des Landesamtes für Verfassungsschutz waren Gegenstand einer weiteren Sitzung des Arbeitskreises. Derzeit haben sich 44 interessierte Mitglieder für diesen Arbeitskreis angemeldet. Die Einladungen erfolgen per E-Mail. Wer eingeladen werden möchte, kann sich in den Verteiler aufnehmen lassen. Ein Anruf im Parteibüro oder eine E-Mail genügt.

Selbstverständlich gab es nach der Wahl eine „Wahlnachlese“, auf der deutlich wurde, dass wir künftig unsere Themen deutlicher platzieren müssen, notfalls auch aus der Opposition heraus. „Wir müssen uns neu aufstellen“ war das Schlagwort. Nachdem die Sondierungsgespräche zwischen CDU, FDP und Grünen im Oktober 2017 scheiterten, hat sich die SPD in einem verantwortungsvollen und transparenten Prozess damit auseinandergesetzt, in welcher Weise wir die Verantwortung für unsere Demokratie, für die Menschen in Deutschland und auch für unsere Partei am besten wahrnehmen können. Nachdem der Parteivorstand den Auftrag des Bundesparteitages im Dezember 2017, ergebnisoffene Gespräche mit CDU und CSU zu führen, in Sondierungsgesprächen umgesetzt hatte, entschied der Bundesparteitag im Januar 2018 auf der Grundlage der Sondierungsergebnisse mit knapper Mehrheit, auf dieser Basis und unter zusätzlichen Voraussetzungen Koalitionsgespräche mit den Unionsparteien zu führen. Nach stringenten Verhandlungen vom 26. Januar bis zum 14. Februar legte der Parteivorstand noch im Februar 2018 den Mitgliedern einen Koalitionsvertragsentwurf zur Abstimmung vor. Zur Vorbereitung des Mitgliedervotums über die Frage, ob die SPD auf dieser Basis in eine erneute Große Koalition auf Bundesebene eintreten soll, fanden auch in Bremen und Bremerhaven

Veranstaltungen statt, auf denen sachlich, inhaltlich fundiert, solidarisch und offen argumentiert und diskutiert wurde. Bis zum 2. März hatten die Mitglieder Zeit, sich für oder gegen die Koalition zu entscheiden.

Jetzt haben die Mitglieder entschieden. Die Beteiligung von fast 80 Prozent ist überwältigend, die Entscheidung mit zwei Dritteln für den Eintritt in eine Koalition ist deutlich. Diese demokratisch getroffene Entscheidung ist die Grundlage unserer gemeinsamen weiteren Arbeit. Nun kommt es darauf an, gemeinsam darauf zu achten, dass die positiven Punkte, die die SPD im Koalitionsvertrag durchgesetzt hat, auch ohne Abstriche umgesetzt werden. Damit die konkreten Verbesserungen schnell bei denen ankommen, für die wir da sein und für die wir Politik machen wollen.

Blick nach vorn

Hinter uns liegen zwei Jahre intensiver Arbeit. Die SPD in Bremen hat sich in vielen Themen und auf allen Ebenen – in unseren beiden Städten, im Bundesland Bremen, und auf Bundesebene, aktiv eingebracht und hat Akzente gesetzt.

Nach den Ergebnissen der Bundestagswahl 2017 und dem kläglichen Scheitern der „Schwampel“



JETZT GEMEINSAM ZUKUNFT MACHEN

FÜR BREMEN UND BREMERHAVEN



Herzliche Einladung! Diskussion. Austausch. Ideensammlung.

hat die SPD zwei ebenso schwere wie wichtige Aufgaben übernommen: das Leben der Menschen in unserem Land durch Regierungspolitik besser zu machen und die Partei neu aufzustellen und wieder inhaltlich klar als linke Volkspartei zu profilieren. Wir müssen weiter daran arbeiten, dass unsere Partei mit klarem, eigenem Profil als solche besser erkennbar wird. Wir müssen zeigen, dass wir die Partei sind für die, die unsere Unterstützung brauchen, die Partei der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an der Seite der Gewerkschaften, die Partei des sozialen Zusammenhalts. Diese Erneuerung der SPD setzt auch notwendigerweise die Rückbesinnung auf unsere alten Werte, auf unsere Wurzeln voraus. Wir wollen und werden von Bremen aus weiter aktiv daran mitarbeiten, unsere Bundesparteispitze ebenso

wie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung dabei zu unterstützen und zu fordern.

Unsere nächste herausragende Aufgabe ist die Bürgerschaftswahl 2019. Wir können die Umfrageergebnisse weit übertreffen – wenn wir es entschlossen, engagiert und profiliert angehen! Unsere Programmdiskussion wird ein Angebot zum Dialog sein. Gestützt auf unsere aktiven Ortsvereine, Arbeitsgemeinschaften und Foren, Unterbezirke – auf alle unsere Mitglieder, die vielen neu eingetretenen ebenso wie diejenigen, die schon lange dabei sind – wird die SPD im Land Bremen auch in den kommenden Jahren für gute Politik in den Kommunen, im Land und im Bund sorgen.

MITGLIEDER DES LANDESVORSTANDES

gewählt auf dem Landesparteitag am 30. April 2016

Vorsitzender:

Sascha Karolin Aulepp, MdBB

Stellvertretende Vorsitzende:

Sarah Ryglewski, MdBB

Elias Tsartilidis, MdBB

Schatzmeisterin:

Gisela Schwellach

Schriftführer:

Karl Bronke

Beisitzerin und Beisitzer:

Meike Baasen

Susanne Benöhr-Laqueur (bis 31. Januar 2018)

Elfriede Dieke

Arno Gottschalk, MdBB

Wolfgang Grotheer

Rainer Hamann, MdBB

Petra Krümpfer

Elena Reichwald

Ute Reimers-Bruns

Anja Schiemann

Andrej Seifert

Dennis Van der Kamp

Geschäftsführer:

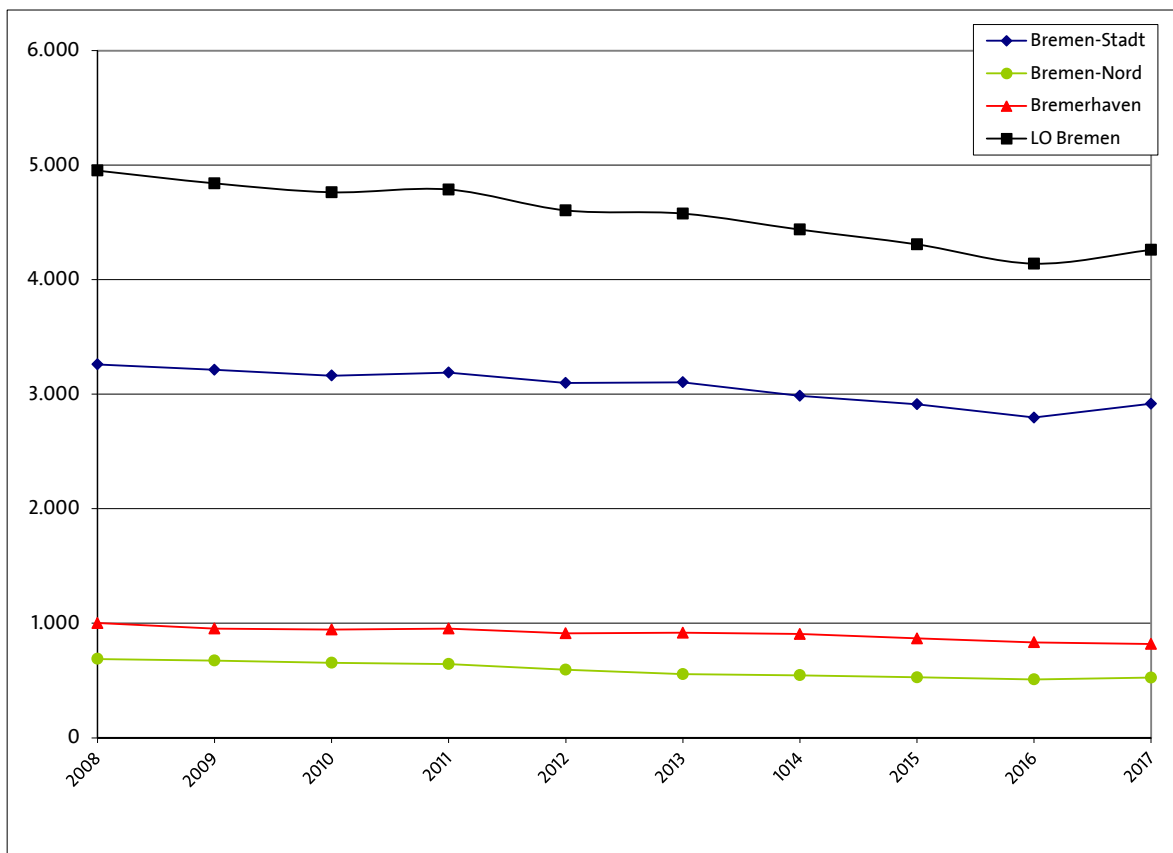
Roland Pahl

ORGANISATIONSBERICHT 2016 – 2017

Mitgliederentwicklung

2008 – 2017 (jeweils 31.12.)

Jahr	Bremen-Stadt	Bremen-Nord	Bremerhaven	LO Bremen	Deutschland
2008	3.261	689	1.002	4.952	520.969
2009	3.213	674	954	4.841	512.520
2010	3.162	655	945	4.763	502.062
2011	3.189	644	954	4.787	489.638
2012	3.099	594	912	4.605	477.037
2013	3.104	556	917	4.577	473.662
2014	2.985	546	906	4.437	459.902
2015	2.912	528	868	4.308	442.814
2016	2.796	510	834	4.140	433.639
2017	2.916	525	819	4.260	443.152



ORGANISATIONSBERICHT 2016 – 2017

Die Landesorganisation Bremen gliederte sich am Stichtag 31. Dezember 2017 in die drei Unterbezirke Bremen-Stadt, Bremen-Nord und Bremerhaven sowie in 44 Ortsvereine – Unterbezirk Bremen-Stadt: 29 Ortsvereine; Unterbezirk Bremen-Nord: 8 Ortsvereine; Unterbezirk Bremerhaven: 7 Ortsvereine. Im Rahmen der Organisationswahlen im Jahr 2018 fusionierten die Nordbremer Ortsvereine Vegesack und Hammersbeck zum neuen Ortsverein Aumund-Vegesack. Damit beträgt die aktuelle Zahl der Ortsvereine 43. Am 31. Dezember 2017 hatten die 44 Ortsvereine im Land Bremen durchschnittlich 96,5 Mitglieder, am 31. Dezember 2015 betrug die durchschnittliche Mitgliederzahl der Ortsvereine noch 98.

Die Zahl der SPD-Mitglieder im Land Bremen hat sich im Berichtszeitraum von 4.308 am 31. Dezember 2015, über 4.140 am 31. Dezember 2016, auf 4.248 Genossinnen und Genossen zum Jahresende 2017 entwickelt. Damit hat sich die Zahl der Mitglieder im Jahr 2016 um 168 (minus 3,9 Prozent gegenüber dem Vorjahr) reduziert ist und im Jahr 2017 um 108 (plus 2,61 Prozent gegenüber dem Vorjahr) wieder gestiegen.

Der Anteil der Frauen an der Mitgliedschaft hat sich in den letzten zehn Jahren (2008–2017) kaum verändert: 31.12.2008: 34,03; 31.12.2015: 33,91 Prozent; 31.12.2016: 34,11 Prozent; 31.12.2017: 34,32 Prozent.

In den letzten 10 Jahren (2008–2017) konnte die SPD im Land Bremen im Durchschnitt jährlich 194 Eintritte in die Partei verzeichnen. Im Jahr 2016 waren es 128 und im Jahr 2017 war die große Zahl von 337 Eintritten zu verzeichnen, mit besonderen Spitzen im Februar bei der Nominierung von Martin Schulz zum Spitzenkandidaten für die Bundestagswahl 2017 und im September unmittelbar nach der Bundestagswahl.

Die Parteiaustritte betragen im Durchschnitt der letzten 10 Jahre (2008–2017) jährlich 218,5. Im Jahr 2016 waren 209 und im Jahr 2017 waren 190 Austritte zu verzeichnen.

Das Durchschnittsalter der Mitgliedschaft lag am 31. Dezember 2017 bei 60 Jahren und blieb damit gegenüber 2015 unverändert. Auch die durchschnittliche Dauer der Mitgliedschaft ist im gleichen Zeitraum unverändert geblieben und liegt bei 26 Jahren.

In den letzten zehn Jahren (2008–2017) sind im Durchschnitt jährlich 82,5 Genossinnen und Genossen verstorben. Im Jahr 2016 waren 76 und im Jahr 2017 73 Todesfälle zu verzeichnen.

In der Landesorganisation waren am 31. Dezember 2017 lediglich 17 Gastmitglieder organisiert. Die Gastmitgliedschaft konnte bundesweit nicht die gewünschte Attraktivität erreichen.

Die Mitgliederzahlen der Unterbezirke betragen am 31. Dezember 2017: Unterbezirk Bremen-Stadt: 2.916 (2015: 2.912), Unterbezirk Bremen-Nord: 525 (2015: 528), Unterbezirk Bremerhaven: 819 (2015: 868). Die durchschnittliche Mitgliederzahl je Ortsverein lag am 31. Dezember 2017 im Unterbezirk Bremen-Stadt mit 29 Ortsvereinen bei 100 (kleinster Ortsverein ist Seehausen-Hasenbüren mit 11 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Peterswerder/Steintor mit 247 Mitgliedern), im Unterbezirk Bremerhaven mit 7 Ortsvereinen bei 116,5 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist Schiffdorfer Damm – Surheide mit 69 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Geestemünde mit 166 Mitgliedern) und im Unterbezirk Bremen-Nord mit 8 Ortsvereinen bei 66 Mitgliedern (kleinster Ortsverein ist hier Burgdamm mit 33 Mitgliedern, größter Ortsverein ist Burglesum mit 141 Mitgliedern). In den Unterbezirken betrug der Frauenanteil am 31. Dezember 2017: Bremen-Stadt: 35,05 Prozent; Bremen-Nord: 33,52 Prozent; Bremerhaven: 31,86 Prozent.

Statistiken zur Mitgliederentwicklung sind im Anhang dieses Jahrbuches dokumentiert.

Wir verfügen aktuell an E-Mailadressen von rund 69 Prozent der Mitglieder, eine Steigerung gegenüber Anfang 2016 von 14 Prozentpunkten.

Im Berichtszeitraum hat die Arbeitsgemeinschaft SPDqueer ihre Arbeit auf der Landesebene aufgenommen. Die Gründungsmitgliederversammlungen fand am 12. Mai 2016 – zu diesem Zeitpunkt noch unter dem Namen „Arbeitsgemeinschaft der Lesben und Schwulen in der SPD (Schwusos)“ – statt. Weitere strukturelle Veränderungen gab es bei den Arbeitsgemeinschaften und Foren auf der Landesebene im Berichtszeitraum nicht. Damit arbeiten jetzt 14 Arbeitsgemeinschaften und Foren auf der Landesebene.

Nach intensiver Diskussion und breiter Beteiligung der Partei wurde auf dem Landesparteitag am 25. März 2017 eine neue Zusammensetzung der Landesparteitage beschlossen: Nun 140 in den Ortsvereinen gewählte Delegierte, statt zuvor 200; die Arbeitsgemeinschaften stellen nun 26 Delegierte (ASF, AfA, Jusos und AG 60plus je vier Delegierte, alle anderen Arbeitsgemeinschaften und Foren je eine bzw. einen Delegierten), statt zuvor 33. Die Mitglieder des Landesvorstandes haben in Zukunft kein geborenes Stimmrecht mehr auf den Landesparteitagen, sie nehmen mit beratender Stimme teil. Trotz dieser Reduzierung der absoluten Zahl der stimmberechtigten Delegierten auf den Landesparteitagen, sind im Verhältnis die Basisgliederungen und auch die Arbeitsgemeinschaften/Foren in ihrer Vertretung gestärkt worden. Diese neue Zusammensetzung wird mit den Organisationswahlen 2018 umgesetzt und erzielt erstmalig auf dem am 21. April 2018 stattfindenden Landesparteitag ihre Wirkung.

Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Landespartei musste die Landesorganisation inklusive der Abordnungen in die Unterbezirke über das ganze Jahr 2016 den Personalbestand auf nur vier Stellen (VZE) reduzieren. Diese erhebliche Personalreduzierung hat ganz wesentlich zur finanzi-

ellen Konsolidierung der Landespartei in den Jahren 2016 und 2017 beigetragen. Die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Zeit hat jedoch auch deutlich gezeigt, dass eine solch geringe Personalausstattung für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht auf Dauer verantwortet werden kann, schon gar nicht in Jahren mit Wahlkämpfen. Im ersten Halbjahr 2017 wurden deshalb mit Blick auf die Bundestagswahl, aber auch schon mit Blick auf die voraussichtlich im Mai 2019 im Land Bremen stattfindenden Wahlen die Unterbezirke mit hauptamtlichen Campaignerinnen/Campaigner für Projekte und Wahlkämpfe und auch das Landesbüro wieder personell verstärkt. Die Ausstattung der Bremer Unterbezirke 1,75 VZE, ab April 2018 mit 2 VZE bei einer Kostenbeteiligung der Unterbezirke und des Unterbezirks Bremerhaven mit 0,75 VZE ist bis zur Bürgerschaftswahl im Jahr 2019 garantiert. Im Landesbüro waren am 31. Dezember 2017 sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vier VZE), davon drei studentische Kräfte (1,5 VZE) beschäftigt.

Die Partei hat sich vorgenommen, sich zu erneuern, #spderneuern ist das Stichwort oder der Hashtag, was darunter konkret zu verstehen sein wird, ist zunächst noch relativ nebulös und bedarf noch der Verständigung. Erneuerung: inhaltlich, personell, organisatorisch, aber es geht auch um den Erhalt von Bewährtem. Wir brauchen ohne Zweifel die Diskussion hierzu, auch zur Schärfung des eigenen Profils. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um uns auf die Wahlen im Mai 2019 zu fokussieren und gemeinsam und geschlossen mit all unseren Kräften für ein gutes Ergebnis für unsere Partei zu kämpfen.

Roland Pahl
Landesgeschäftsführer

DIE FINANZEN DER PARTEI

FINANZBERICHT 2016 – 2017

SPD-LANDESORGANISATION BREMEN



Die letzten zwei Jahre haben den Finanzen der Bremer Partei gutgetan

Der vorherige Finanzbericht für die Jahre 2014/2015 stand unter der Überschrift „Herausforderung: Finanzbasis für die politische Arbeit und den Bürgerschaftswahlkampf 2019 sichern“. Den Finanzbericht für die Jahre 2016 und 2017 einleitend kann festgestellt werden, dies ist gelungen.

Der Landesvorstand hat die bereits vom letzten Landesvorstand Ende 2015/Anfang 2016 gefassten Beschlüsse zur Finanzkonsolidierung konsequent umgesetzt und sich einen strikten Sparkurs und eine konsequente Ausgabendisziplin, gepaart mit einer ständigen Qualitäts- und Wirkungsanalyse, auferlegt.

Dies ist aber nicht zu Lasten der politischen Aktivitäten und Präsenz gegangen, ganz im Gegenteil. Wie nie zuvor hat der Landesvorstand Aktivitäten und Kampagnen auch zwischen den Wahlkämpfen sowie eine große Zahl an Veranstaltungen,

u. a. drei Veranstaltungsreihen zur politischen Bildungsarbeit organisiert und finanziert:

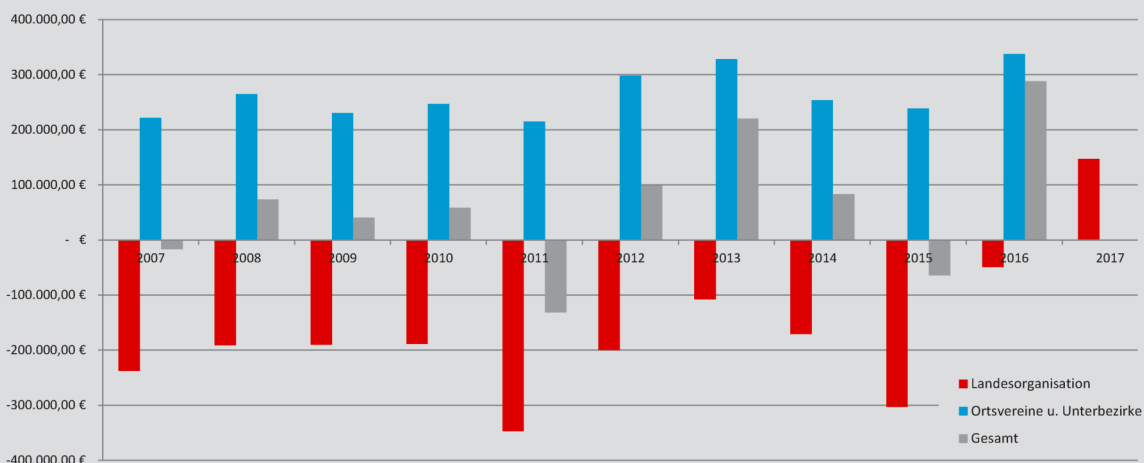
- 2016 im Spätsommer die Kampagne zu den Haushaltsschwerpunkten mit einer Flyer-Verteilung,
- 2017 im 2. Quartal die Halbzeitkampagne mit fünf Town-Hall-Veranstaltungen mit dem Präsidenten des Senats, Bürgermeister Carsten Sieling, in allen drei Unterbezirken und wieder einer Flyer-Verteilung;
- drei Landesparteitage,
- zwei Jahresauftaktveranstaltungen und
- mehrere Landesparteikonferenzen
- und nicht zuletzt den Bundestagswahlkampf mit je einer großen Veranstaltung in jedem unserer drei Unterbezirke sowie
- dem zentralen SPD-Wahltreff.

Mehr hierzu ist im politischen Bericht zur Arbeit des Landesvorstandes zu finden.

Reinvermögen 2007 – 2017, Landesorganisation und Gliederungen

	2007	2008	2009	2010	2011	2012
Landesorganisation	- 237.912,08 €	- 191.002,64 €	- 190.059,57 €	- 188.540,21 €	- 346.797,59 €	- 199.679,34 €
Ortsvereine u. Unterbezirke	221.641,36 €	264.733,44 €	230.669,69 €	246.919,21 €	215.312,83 €	298.211,57 €
Gesamt	- 16.270,72 €	73.730,80 €	40.610,12 €	58.379,00 €	- 131.484,76 €	98.532,23 €

	2013	2014	2015	2016	2017
Landesorganisation	- 107.742,77 €	- 170.256,69 €	- 302.880,85 €	- 49.472,22 €	147.016,04 €
Ortsvereine u. Unterbezirke	328.071,86 €	253.306,62 €	238.822,26 €	337.516,82 €	
Gesamt	- 220.329,09 €	83.049,93 €	- 64.058,59 €	288.044,60 €	



Bundesweit ist es die Ebene der Länder und Bezirke, die über das geringste Vermögen verfügt: Sechs von 22 Ländern/Bezirken haben das Jahr 2016 mit einem negativen Reinvermögen abgeschlossen. Der Anteil des Parteivorstandes am Gesamtvermögen der Partei betrug zum Stichtag 31.12.2016 (inkl. Haus- und Grundvermögen) 49,8 Prozent, die Länder und Bezirke kommen gemeinsam auf lediglich 14,5 Prozent und die Unterbezirke und Ortsvereine zusammen auf immerhin 35,7 Prozent.

Erstmals seit zehn Jahren, vgl. Tabelle oben, weist die Landesorganisation zum 31. Dezember 2017 ein positives Bilanzergebnis auf. Am Jahresende 2015 betrug das negative Reinvermögen der Landesorganisation 302.880,85 Euro. Das Jahr 2016 wurde schon mit einer deutlich geringeren negativen Bilanz in Höhe von 49.472,22 Euro und das Jahr 2017 wurde schließlich mit 147.016,04 Euro in den schwarzen Zahlen (vorläufige Bilanz mit Stand 2. März 2018) abgeschlossen.

Die Jahresabschlüsse 2015 und 2016 sowie der vorläufige Jahresabschluss 2017 mit Stand vom 2. März 2018 sind in diesem Jahrbuch dokumentiert.

Die Kosten für den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017 betragen auf der Landesebene 58.643,05 Euro, dabei lag der Schwerpunkt der Ausgaben bei den zentralen Veranstaltungen. Hinzu kommen die an die Unterbezirke insbesondere für die Unterstützung der Straßenplakatierung

geleisteten Zuschüsse in Höhe von 25.000 Euro (Unterbezirk Bremen-Stadt: 15.000 Euro, Unterbezirk Bremerhaven: 5.000 Euro und Unterbezirk Bremen-Nord: 5.000 Euro), die Wahlkämpfe unserer Direktkandidatin Sarah Ryglewski (Wahlkreis 54 Bremen I) und unseres Direktkandidaten Uwe Schmidt (Wahlkreis 55, Bremen II – Bremerhaven) wurden seitens der Landesorganisation mit Zuschüssen von je 5.000 Euro unterstützt. Die Personalkosten für die hauptamtlichen Campaigner*innen betragen im Wahlkampfjahr 2017 41.300,60 Euro.

Das Bundestagswahlergebnis ist eine schwere politische Niederlage für unsere Partei gewesen, die sich unmittelbar auch negativ auf die Finanzen der Partei auswirkt. Der Verlust von absoluten Stimmen bei der letzten Bürgerschaftswahl und dann auch wieder bei der Bundestagswahl 2017 führt, immer für die Dauer der ganzen Legislaturperiode, zum Minus bei den Einnahmen aus öffentlichen Mitteln.

Die Einnahmen aus Mitgliedsbeiträgen haben sich von 457.809 Euro im Jahr 2015, über 454.585 Euro im Jahr 2016, auf 464.264 Euro im Jahr 2017 entwickelt. Der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag in der Bremer Landesorganisation betrug 2006: 9,72 Euro, 2011: 12,01 Euro, 2015: 13,83 Euro, 2016: 14,20 Euro. Im Jahr 2017 sackte er zum Stichtag 31.12. auf 13,86 Euro ab, was mit den vielen neuen Mitgliedern im Zusammenhang steht.

Durchschnittliche Mitgliedsbeiträge – Ländervergleich 2006, 2011, 2015 und 2016

	2006	2011	2015	2016
1	MV: 12,07 Euro	MV: 13,52 Euro	MV: 13,84 Euro	MV: 14,40 Euro
2	BB: 11,78 Euro	BB: 12,77 Euro	HB: 13,83 Euro	HB: 14,20 Euro
3	BE: 11,76 Euro	BE: 12,67 Euro	ST: 13,78 Euro	BB: 13,89 Euro
4	HH: 11,42 Euro	HH: 12,35 Euro	BB: 13,67 Euro	BE: 13,85 Euro
5	ST: 10,24 Euro	HB: 12,01 Euro	BE: 13,27 Euro	ST: 13,69 Euro
6	HB: 9,72 Euro	ST: 11,11 Euro	HH: 13,12 Euro	HH: 13,20 Euro
7	SN: 9,33 Euro	TH: 9,89 Euro	SN: 10,97 Euro	SN: 11,56 Euro

In den Unterbezirken betrug der durchschnittliche Mitgliedsbeitrag am 31.12.2017: Bremen-Stadt: 14,61 Euro; Bremen-Nord: 11,78 Euro und Bremerhaven: 12,49 Euro.

Im Ranking der Landesverbände beim durchschnittlichen Mitgliedsbeitrag hat sich die Bremer Landesorganisation von der 6. Position im Jahr 2006 über den Platz 5 im Jahr 2011 auf die 2. Position in den Jahren 2015 und 2016 geschoben.

Die Stabilisierung der Mitgliederentwicklung sichert den Bestand als lebendige Mitgliederpartei und trägt auch zur erforderlichen Finanzkraft für einen kraftvollen Bürgerschaftswahlkampf im Jahr 2019 bei.

Am 31.12.2015 betrug das Beschäftigungsvolumen noch sechs Vollzeitstellen (6 VZE). Aufgrund der schwierigen finanziellen Lage der Landespartei musste die Landesorganisation inklusive der Abordnungen in die Unterbezirke über das ganze Jahr 2016 den Personalbestand auf nur vier Stellen (VZE) reduzieren – zum Vergleich: Hansestadt Hamburg 15 VZE, Bezirk Nordniedersachsen 7,25 VZE, Mecklenburg-Vorpommern 9,75 VZE, Saarland 9 VZE. Diese erhebliche Personalreduzierung im Jahr 2016 hat ganz wesentlich zur finanziellen Konsolidierung der Landespartei in den Jahren 2016 und 2017 beigetragen.

Die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in dieser Zeit hat jedoch auch deutlich gezeigt, dass eine solch geringe Personalausstattung für die Bewältigung der vielfältigen Aufgaben nicht auf Dauer verantwortet werden kann, schon gar nicht in Jahren mit Wahlkämpfen.

Im ersten Halbjahr 2017 wurden deshalb mit Blick auf die Bundestagswahl, aber auch schon mit Blick auf die voraussichtlich im Mai 2019 im Land Bremen stattfindenden Wahlen die Unterbezirke mit hauptamtlichen Campaignerinnen/Campaigner für Projekte und Wahlkämpfe und auch das Landesbüro wieder personell verstärkt.

Die Ausstattung der Bremer Unterbezirke jetzt mit 2 VZE bei einer Kostenbeteiligung der Unterbezirke und des Unterbezirks Bremerhaven mit 0,75 VZE ist bis zur Bürgerschaftswahl 2019 garantiert. Im Landesbüro waren am 31. Dezember 2017 insgesamt sieben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter (vier VZE), davon drei studentische Kräfte (1,5 VZE) beschäftigt.

Für den Bürgerschaftswahlkampf hat der Landesvorstand bereits die ersten erforderlichen organisatorischen und finanziellen Rahmenbedingungen geschaffen: das Budget wurde festgelegt, eine Entscheidung für eine langfristige strategische Beratung getroffen und die Agentur ausgewählt, eine Wahlkampfleitung und eine erweiterte Wahlkampfleitung unter Beteiligung der Unterbezirke eingesetzt, die auch die Verknüpfung mit dem Europawahlkampf absichert.

Wir sind also gut vorbereitet für die nächsten zwei Jahre und einen erfolgreichen Wahlkampf.

Gisela Schwellach

Landesschatzmeisterin

Roland Pahl

Landesgeschäftsführer/
Landeskassierer

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2015

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2015

Einnahmen	
Mitgliedsbeiträge	457.809,01 €
Sonderbeiträge	236.400,00 €
Sonderbeiträge, dlfld. für Unterbezirke	12.420,00 €
Spenden von nat. Personen	15.766,17 €
Spenden von jur. Personen	10.050,00 €
Staatliche Mittel	151.688,95 €
Strukturfonds	76.000,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	19.204,07 €
Zuschüsse von Gliederungen	12.597,75 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	123.747,45 €
Sonstige Einnahmen	- €
Gesamteinnahmen 2015	1.115.683,40 €

Vermögensübersicht 2015

Geschäftsstellenausstattung	3.877,00 €
Geldbestände	1.668,34 €
Forderungen an Gliederungen	2.006,02 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	2.734,76 €
Besitzposten am 31.12.2015	10.286,12 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Ausgaben	
Personalkosten	356.467,91 €
Verwaltungskosten	135.094,79 €
Politische Arbeit	136.724,74 €
Wahlkampf/Bürgerschaftswahl 2015	549.016,77 €
Personalkosten Wahlkämpfe	51.646,12 €
Vermögensverwaltung	- €
Zinsen	3.637,23 €
Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	1.000,00 €
Zuschüsse an Gliederungen	2.300,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/dlfld. Sonderbeiträge	12.420,00 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben 2015	1.248.307,56 €
Überschuss/Defizit (-) 2015	- 132.624,16 €

Rückstellungen	2.681,00 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	89.193,83 €
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	203.497,56 €
Verbindlichkeiten	17.794,58 €
Schuldposten am 31.12.2015	313.166,97 €
Reinvermögen am 31.12.2015	- 302.880,85 €

Rechenschaftsbericht für das Jahr 2016

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2016

Einnahmen	
Mitgliedsbeiträge	454.585,42 €
Sonderbeiträge	200.010,00 €
Sonderbeiträge, dlfed. für Unterbezirke	25.560,00 €
Spenden von nat. Personen	8.553,90 €
Spenden von jur. Personen	- €
Staatliche Mittel	161.144,50 €
Strukturfonds	45.000,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	- €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	20.655,25 €
Zuschüsse von Gliederungen	27.699,25 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	- €
Sonstige Einnahmen	144,13 €
Gesamteinnahmen 2016	943.352,45 €

Vermögensübersicht 2016

Geschäftsstellenausstattung	1.888,00 €
Geldbestände	255.699,75 €
Forderungen an Gliederungen	2.384,72 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	323,32 €
Besitzposten am 31.12.2016	260.295,79 €

Stand: nach Wirtschaftsprüfung

Ausgaben	
Personalkosten	293.836,41 €
Rückstellung: Personalmaßnahmen	80.000,00 €
Verwaltungskosten	147.615,51 €
Rückstellung: Verwaltung Personalmaßnahme	5.000,00 €
Politische Arbeit	135.422,34 €
Wahlkämpfe	- €
Personalkosten Wahlkämpfe	- €
Vermögensverwaltung	- €
Zinsen	859,56 €
Zuschüsse an Gliederungen	1.650,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	- €
Zuschüsse an Gliederungen/dlfed. Sonderbeiträge	25.560,00 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben 2016	689.943,82 €
Überschuss/Defizit (-) 2016	253.408,63 €

Rückstellungen	89.734,26 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- €
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	567,60 €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	203.004,09 €
Verbindlichkeiten	16.462,06 €
Schuldposten am 31.12.2016	309.768,01 €
Reinvermögen am 31.12.2016	- 49.472,22 €

Vorläufiger Rechenschaftsbericht für das Jahr 2017

Einnahmen- und Ausgaben-Rechnung 2017

Einnahmen	
Mitgliedsbeiträge	464.263,74 €
Sonderbeiträge	195.973,20 €
Sonderbeiträge, dlfld. für Unterbezirke	24.840,00 €
Spenden von nat. Personen	4.168,00 €
Spenden von nat. Personen/Wahlkampf	8.553,90 €
Spenden von jur. Personen/Wahlkampf	200,00 €
Staatliche Mittel	175.080,46 €
Strukturfonds	45.000,00 €
Einnahmen aus sonstigem Vermögen	10,72 €
Einnahmen aus Veranstaltungen, Vertrieb von Druckschriften und Veröffentlichungen, Vermietungen und sonstiger mit Einnahmen verbundener Tätigkeit	19.112,99 €
Zuschüsse von Gliederungen	18.487,60 €
Zuschüsse von Gliederungen/Wahlkampf	12.000,00 €
Sonstige Einnahmen	0,01 €
Gesamteinnahmen 2017	<u>967.690,62 €</u>

Vermögensübersicht 2017

Geschäftsstellenausstattung	472,00 €
Geldbestände	266.545,09 €
Forderungen an Gliederungen	4.772,14 €
Forderungen aus staatlicher Teilfinanzierung	- €
Sonstige Vermögensbestände	1.429,11 €
Besitzposten am 31.12.2017	<u>273.218,34 €</u>

Ausgaben	
Personalkosten	313.656,42 €
Rückstellung: Personalmaßnahmen	- €
Verwaltungskosten	140.726,18 €
Rückstellung: Verwaltung Personalmaßnahme	- €
Politische Arbeit	155.790,62 €
Wahlkampf/Bundestagswahl	58.643,05 €
Personalkosten Wahlkampf/Campaigning	41.300,60 €
Vermögensverwaltung	- €
Zinsen	- €
Zuschüsse an Gliederungen	1.380,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/Wahlkämpfe	35.000,00 €
Zuschüsse an Gliederungen/dlfld. Sonderbeiträge	24.840,00 €
Sonstige Ausgaben	- €
Gesamtausgaben 2017	<u>771.336,87 €</u>
Überschuss/Defizit (-) 2017	<u>196.353,75 €</u>

Rückstellungen	- 7.063,51 €
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- €
Rückzahlungsverpflichtungen aus der staatlichen Teilfinanzierung	- €
Verbindlichkeiten gegenüber Gliederungen	- 101.845,50 €
Verbindlichkeiten	- 17.293,29 €
Schuldposten am 31.12.2017	<u>- 126.202,30 €</u>
Reinvermögen am 31.12.2017	<u>147.016,04 €</u>

BERICHT DES PRÄSIDENTEN DES SENATS 2016 – 2017

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

die rot-grüne Koalition hat in den vergangenen beiden Jahren eine Menge für unser Bundesland und unsere beiden Städte erreicht. Von ganz herausgehobener Bedeutung war ganz sicher der erfolgreiche Abschluss der Verhandlungen über die Bund-Länder-Finanzbeziehungen. Nach jahrelangen Bemühungen ist es Ende 2016 auf der Ministerpräsidentenkonferenz gemeinsam mit der Bundesregierung in Berlin gelungen, eine Verständigung über eine Neuordnung zu erreichen. Für Bremen heißt das: Die Selbstständigkeit unseres Bundeslandes ist weiterhin gesichert und die Verständigung mit dem Bund eröffnet uns eine gute finanzpolitische Perspektive für die Zukunft!

Selbstständigkeit und finanzielle Handlungsfähigkeit Bremens und Bremerhavens gesichert

Durch die Einigung wird Bremen ab 2020 fast 500 Millionen Euro jährlich zusätzlich für den Haushalt erhalten. Die setzen sich im Wesentlichen aus zwei Komponenten zusammen: Erstens erhält Bremen innerhalb des Ausgleichssystems zwi-



FOTO: PRESSESTELLE DES SENATS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Bürgermeister Carsten Sieling
Präsident des Senats der Freien Hansestadt Bremen

schen Bund und Ländern ab 2020 strukturelle Mehreinnahmen in Höhe von 87 Millionen Euro. Diese entwickeln sich dynamisch und werden schon sehr bald auf mehr als 100 Millionen Euro pro Jahr steigen. Zweitens bekommt Bremen – wie auch das Saarland – ab 2020 Sanierungshilfen von jährlich 400 Millionen Euro als Belastungsausgleich.

Während die bisherigen Konsolidierungshilfen in Höhe von 300 Millionen Euro als reine Zinshilfen gewährt wurden und 2020 ersatzlos wegfallen, werden die künftigen Hilfen frei für den Haushalt

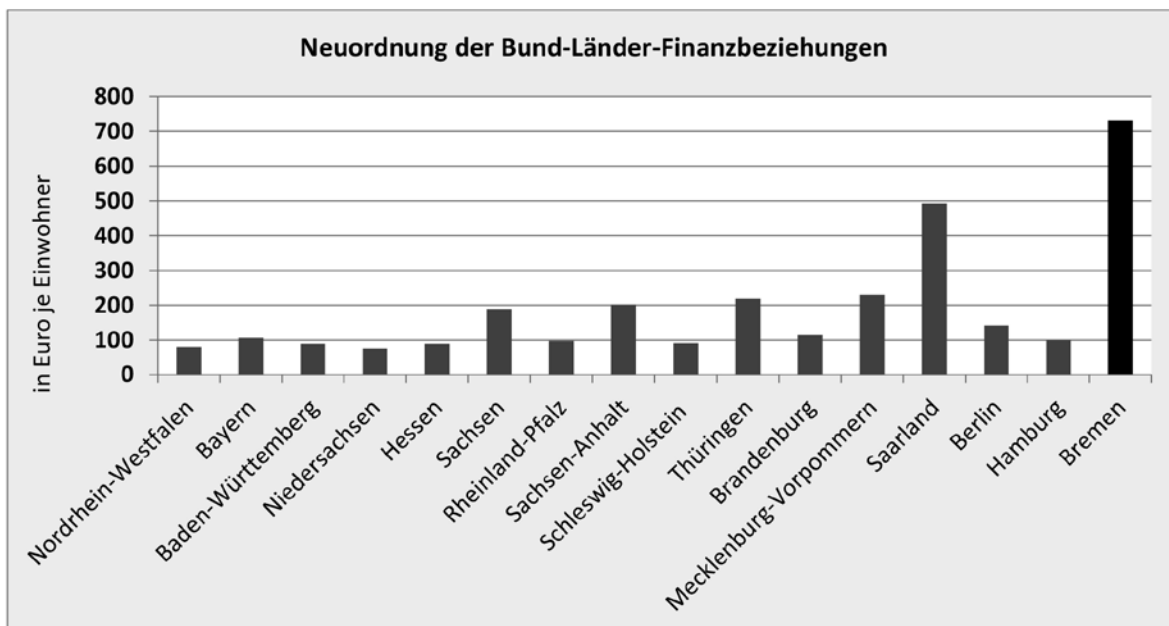




FOTO: SPRESSEREFERAT, DIE SENATORIN FÜR WISSENSCHAFT, GESUNDHEIT UND VERBRAUCHERSCHUTZ DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Wissenschaftssenatorin Eva Quante-Brandt begrüßt 62 neue Professorinnen und Professoren für die Hochschulen des Landes Bremen im Kaminsaal des Rathauses

zur Verfügung stehen und – wie die gesamte Neuordnung – unbefristet und erst nach 2030 mit Wirkung auf 2035 überhaupt kündbar sein. Dieser Belastungsausgleich ist auch im Grundgesetz abgesichert. Im Gegenzug haben sich Bremen und das Saarland verpflichtet, ab 2020 jedes Jahr mindestens 50 Millionen Euro zu tilgen. Darüber hinaus werden über einen Zeitraum von jeweils fünf Jahren in frei wählbaren Jahrestanchen 150 Millionen Euro in den Schuldenabbau fließen.

Die Sanierungshilfen dienen dem Ausgleich besonderer Belastungen bei der Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse sowie der Durchführung von Maßnahmen zur Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft. Denn um die Verschuldung des Landes aus eigener Kraft abzubauen zu können, müssen wir vor allem unsere Finanzkraft stärken und die Steuereinnahmen steigern. Wir müssen quasi „Kräfte tanken“ für den nachhaltigen Schuldenabbau. Gefragt ist deshalb eine vorausschauende Politik, die Wachstumsimpulse freisetzt. Durch die Neuordnung der Finanzbeziehungen wird Bremen ab 2020 neue Spielräume zur Konsolidierung seiner Haushalte, für Bevölkerungswachstum, für eine positive wirtschaftliche Entwicklung und für Investitionen in die soziale und Bildungsinfrastruktur gewinnen. Damit können wir unseren Weg, Bremen und Bremerhaven als wachsende Städte weiter voran zu bringen, fortsetzen, beschleunigen und ausbauen.

Bremens Zukunft gemeinsam gestalten

Mir ist in diesem Zusammenhang wichtig, dass wir nicht erst 2020 damit beginnen, uns Gedanken darüber zu machen, wie wir die neu gewonnenen Gestaltungsspielräume bestmöglich für Bremen und Bremerhaven und die Menschen in unseren beiden Städten nutzen. Deshalb hat der Senat im vergangenen Jahr auf meinen Vorschlag hin eine Zukunftskommission Bremen 2035 eingerichtet. Ihr gehören neben dem Senat und dem Oberbürgermeister Bremerhavens auch viele Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Organisationen Bremens sowie einige ausgewiesene externe Fachleute an. Die zentrale Herausforderung besteht darin, eine in unseren beiden Städten breit getragene Vorstellung davon zu entwickeln, wie Bremen und Bremerhaven im Jahre 2035 „aussehen“ wollen und wie dies am besten erreicht werden kann.

Dabei müssen wir an den Stärken unseres Bundeslandes ansetzen und zugleich konsequent weiter an den großen Herausforderungen, vor denen wir in wichtigen Bereichen stehen, arbeiten. Denn wenn wir ehrlich sind, bietet unser Zwei-Städte-Staat Extreme in viele Richtungen: Wir sind eines der wachstumsstärksten Bundesländer, einer der größten Industrie- und Logistikstandorte Deutschlands und unsere Häfen tragen wesentlich zum wirtschaftlichen Erfolg der Bundesrepublik ins-

gesamt bei. Wir sind ein Hochtechnologiestandort, mit einem der modernsten und größten Automobilwerke Deutschlands, führend in der Luft- und Raumfahrt, hoch innovativer Schiffsbau, Offshore und ein hervorragender Wissenschafts- und Forschungsstandort.

Auf der anderen Seite zeigt der Armuts- und Reichtumsbericht des Senats mit erschreckender Deutlichkeit auch das Ausmaß der sozialen Spaltung in unseren beiden Städten. Und obwohl die sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätze seit vielen Jahren zunehmen, leiden Bremerhaven und auch die Stadt Bremen nach wie vor unter einer zu hohen strukturellen Arbeitslosigkeit und einem sehr hohen Anteil an Langzeitarbeitslosen. Vom Beschäftigungszuwachs der letzten Jahre profitierten zudem Männer deutlich stärker als Frauen. Die Armutsquote in unseren beiden Städten ist deutlich zu hoch. Die Ergebnisse in Schule und Bildung sind alles andere als zufriedenstellend. Schließlich bleibt die Integration der in den vergangenen Jahren nach Bremen und Bremerhaven geflüchteten Menschen eine große Herausforderung in vielen Lebensbereichen.

Auf den Punkt gebracht heißt das: Bremen und Bremerhaven haben große Chancen und Potentiale, aber auch gewaltige Herausforderungen und Problemlagen! Wir kommen aus mehreren Jahrzehnten harter Konsolidierungspolitik. Wir konnten nicht immer – und schon gar nicht immer in ausreichendem Maße – seitens des Landes und der beiden Städte das tun, was eigentlich notwendig gewesen wäre. Insofern müssen wir nüchtern in vielen Bereichen einen deutlichen Aufhol- und Nachholbedarf konstatieren.

Konsolidierungskurs auf letzter Etappe erfolgreich beenden

An diesen Herausforderungen setzt die Politik des Senats der vergangenen beiden Jahre an, hier haben wir klare Schwerpunkte in der Haushaltspolitik gesetzt. Und entgegen aller Mutmaßungen und Schwarzmalereien haben wir auch in den vergangenen beiden Jahren die Konsolidierungsvereinbarung mit dem Bund und den anderen Ländern eingehalten. Wie in den Jahren zuvor haben wir deshalb auch 2016 – und wir werden dies auch 2017 schaffen – jeweils 300 Millionen Euro



Staffelübergabe an Bremen zum Abschluss des IAC in Adelaide 2017 (von links): Prof. Marc Avila, Geschäftsführender Direktor ZARM, Prof. Christiane Schmullius, Vorsitzende des Programmkomitees des IAC 2018, Martin Günthner, Senator für Wirtschaft, Arbeit und Häfen, Jean-Ives Le Gall, Präsident der IAF International Astronautical Federation, Michael Davis, Vorsitzender der Space Industry Association Australia.

FOTO: SPRESSESTELLE DES SENATS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Zinsbeihilfen erhalten. Und dies unter zusätzlich erschwerten Rahmenbedingungen. Denn vor allem die mit der Zuwanderung verbundenen Aufgaben haben uns gerade 2015–17 finanzpolitisch vor enorme Herausforderungen gestellt. Zusammen mit den zuwanderungsbedingten Kosten lag der Haushaltsanschlag gut 160 Millionen Euro über der zulässigen Neuverschuldungsobergrenze. Dem Senat ist es gemeinsam im weiteren Haushaltsvollzug aber gelungen, durch zusätzliche Sparmaßnahmen und eine sehr strikte Haushaltssteuerung auch den Finanzrahmen 2016 und 17 konsolidierungskonform einzuhalten. Zugleich haben wir durch weitere Umschichtungen die gesetzten politischen Schwerpunkte in den Haushalten finanziell abgesichert und zum Teil deutlich aufstocken können.

Klarer Schwerpunkt auf gute Bildung und Kindertagesbetreuung in wachsenden Städten

Das betrifft vor allem den Bereich der Kindertagesbetreuung und den Bildungsbereich. Wir haben deshalb sowohl den massiven Ausbau der Krippen- und Kitalandschaft sowie des Ganztagsangebotes in den Grundschulen, die Stärkung von Oberschulen und die Schaffung einer durchgängigen Sprachförderung umsetzen können. Zur Verdeutlichung: Die Ausgaben für den Bildungs-

haushalt wurden in den vergangenen vier Jahren von 574,9 Millionen Euro auf 643,8 Millionen Euro in 2017 stetig erhöht und auch im Bereich der Kindertagesbetreuung sind die Ausgaben in den vergangenen Jahren kontinuierlich gestiegen: Von 159,9 Millionen Euro in 2013 auf 239,9 Millionen Euro in 2017.

Auch den Ausbau der Ganztagsangebote haben wir wie beschlossen vorangetrieben. Von den 76 stadtbremischen Grundschulen sind bisher 40 Ganztagschulen geworden. Davon sind 24 Schulen gebundene, 16 weitere offene Ganztagschulen. Zuletzt konnte zum Schuljahr 2017/18 an der Schule an der Alfred-Faust-Straße ein offenes Angebot neu eingerichtet werden, die Schule an der Landskronastraße startete aus der Halbtagschule kommend in den gebundenen Ganztag und die Schule Alt-Aumund machte zum Schuljahr 2017/2018 den Schritt vom offenen zum gebundenen Ganztag. Im Schuljahr 2018/2019 folgen die neue Helene-Kaisen-Schule, die Schule am Pürschweg und die Schule an der Brinckmann-Straße. Fünf weitere Schulen sind in den kommenden Jahren zur Umwandlung in den offenen Ganztag vorgesehen. Ziel ist es, dass bis 2025 alle Grundschulen der Stadt Bremen ein Ganztagsangebot haben. In Bremerhaven haben von insgesamt 17 Grundschulen mittlerweile acht ein Ganztagsangebot.

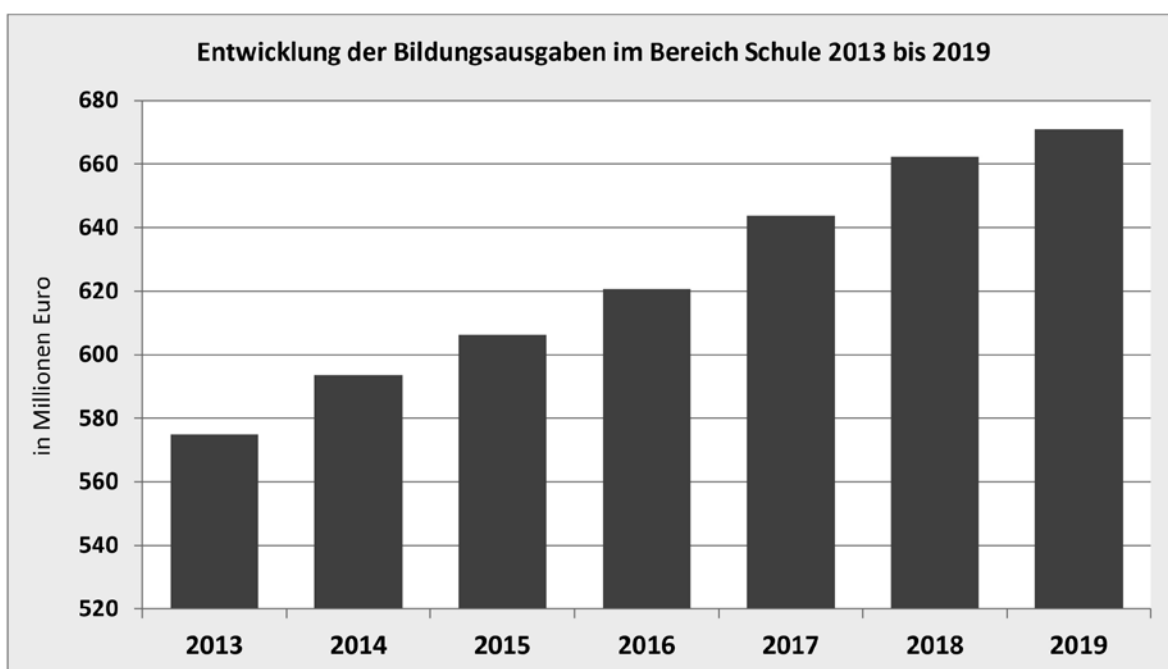




FOTO: PRESSEFERAT, DIE SENATORIN FÜR KINDER UND BILDUNG DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Senatorin Dr. Claudia Bogedan freut sich gemeinsam mit Schülerinnen und Schülern der Grundschule am Pastorenweg über die BiB-Card.

Auch das Personal haben wir deutlich aufgestockt. 186 Lehrerinnen und Lehrer wurden für das Schuljahr 2016/17 neu eingestellt, darunter 24 Sonderpädagoginnen und Sonderpädagogen. Für das Schuljahr 2017/18 haben wir weitere 269 neue Lehrkräfte eingestellt. Für 2018/19 wird die Beschäftigtenzielzahl weiter auf rund 5.600 erhöht. Die Zahl der Referendariatsplätze für Bremen und Bremerhaven wurde von 450 auf 600 in 2018 aufgestockt und 2017 haben 200 neue Referendarinnen und Referendare im Landesinstitut für Schule ihre Ausbildung begonnen. 80 sozialpädagogische Fach- und Betreuungskräfte wurden in den Ganztags-Oberschulen unbefristet eingestellt.

In der Stadtgemeinde Bremen wurden seit 2016 5.147 geflüchtete und neu zugewanderte Kinder und Jugendliche ohne Deutschkenntnisse in die öffentlichen Schulen integriert. Für ihre Beschulung wurden mehr als 200 Lehrkräfte in 177 Vorkursen eingestellt, finanziert über die Sofortprogramme des Senats. Auch die Integrationsleistung der allgemeinbildenden und beruflichen Schulen in Bremerhaven ist enorm. Rund 2.200 geflüchtete und neu zugewanderte junge Menschen wurden 2015 bis 2017 in den Schulen aufgenommen.

Unterstützung für Schulen in schwierigen Lagen

Zur Unterstützung von Schulen in schwieriger Lage wurde zudem ein Maßnahmenpaket auf den Weg gebracht, für das im Doppelhaushalt 2018/19 insgesamt zirka 5,9 Millionen Euro veranschlagt sind. 13 Grundschulen und vier Oberschulen bekommen zusätzliche Ressourcen für Entlastungsstunden, zwei weitere (also insgesamt 15) zusätzliche Mathematik-Förderung und Stabilisierungsklassen. Darüber hinaus wurde zur Steigerung der Leistung der Bremer Schülerinnen und Schüler eine Unterstützung der Schulen bei der Qualitätsentwicklung und Weiterentwicklung von Fördermaßnahmen durch die Gründung des Instituts für Qualitätsentwicklung in Bremen beschlossen.

Größtes Ausbauprogramm in der Geschichte Bremens

Einen ebenso massiven Ausbau hat die Kindertagesbetreuung in Bremen erfahren, denn die Zahl der Geburten ist in den letzten Jahren deutlich angestiegen, Geflüchtete haben ein Zuhause gefunden, Bremen wächst. Damit sind auch die



FOTO: PRESSESTELLE DES SENATS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Innensenator Ulrich Mäurer und Branddirektor Karl-Heinz Knorr stellen den neuen Brandschutzbedarfsplan der Stadtgemeinde Bremen vor.

Herausforderungen für den Ausbau der Kindertagesbetreuung enorm gewachsen. Der Senat hat auch hier entsprechend gehandelt und das größte Ausbauprogramm in der Geschichte Bremens gestartet: Bis zum Ende des Kindergartenjahres 2016/17 wurden insgesamt 60 Gruppen, davon 38 Gruppen für Null- bis Dreijährige und 22 Gruppen für Drei- bis Sechsjährige zusätzlich geschaffen. Dies entspricht einem Kontingent von etwa 820 (statt ursprünglich geplanten 569) Plätzen. Über 20 Millionen Euro sind in den Ausbau in den letzten beiden Jahren investiert worden.

Im letzten Kindergartenjahr sind rund 75 neue Gruppen an 27 Standorten in Mobilbauten in einem Sofortprogramm entstanden. Die Kita-Ausbauplanung für Neubauten wurde aktualisiert und wird weiter stetig angepasst. Zwischen 2016 und 2020 müssen rund 402 neue Gruppen eröffnet werden, um die für jeden Stadtteil beschlossenen Versorgungsquoten von mindestens 50 Prozent der Unter-Dreijährigen und 98 Prozent der Über-Dreijährigen zu erreichen. Dies entspricht rechnerisch 67 neuen sechsgruppigen Kindertageseinrichtungen. Der Senat hat für 291 neu zu schaffende Gruppen bereits 2017 entsprechende Beschlüsse gefasst, um diese Plätze bis zum Jahr 2020 auch finanziell abzusichern.

Verstärkungsmittel für Einrichtungen mit besonderen Herausforderungen

Für Kitas in Stadtteilen mit hohem Förderbedarf hat der Senat 2018 2,3 Millionen zur Verfügung gestellt. Ziel ist es, dass auch in schwierigen sozialen Lagen die individuelle Förderung von Kindern mit erhöhtem Unterstützungsbedarf möglich bleibt und gegebenenfalls weiterentwickelt wird. Mit den Finanzmitteln werden in diesem und im kommenden Jahr Personalkosten für eine halbe Stelle Sozialpädagogin/Sozialpädagogen plus 10.000 Euro Sachkosten (beispielsweise für Teamfortbildungen, Veranstaltungen für Eltern und ihre Kinder, Info-Material) pro Kita gefördert.

Mit der steigenden Kinderzahl steigt natürlich auch der Bedarf an qualifizierten Betreuerinnen und Betreuern. Um diesen Bedarf zu decken, hat der Senat eine Vielzahl von Maßnahmen ergriffen: die Kapazitäten in Fachschulen und die Zahl der AnerkennungspraktikantInnen ist erhöht worden und die verschiedenen berufsbegleitenden Ausbildungen werden ausgebaut. Hinzu kommt die verstärkte Gewinnung von Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteigern. Durch den Ausbau der Kindertagesbetreuung und den Zuwachs von Kindern mit Migrationshintergrund in Kitas und in

Schulen ist zudem die Sprachförderung deutlich ausgebaut worden.

Bremens und Bremerhavens Wirtschaft in guter Verfassung

Bremen und Bremerhaven wachsen. Und das gilt auch für die Wirtschaft unseres Bundeslandes. Wie bereits in den Jahren zuvor, ist die wirtschaftliche Entwicklung auch 2016 und 2017 weiter überaus positiv gewesen. Was das Wirtschaftswachstum 2016 anbelangt, ist das Land Bremen die Nummer 1 im Norden. Und auch 2017 konnten wir im bundesdeutschen Vergleich wieder einmal eine Spitzenposition einnehmen.

Besonders erfolgreich ist dabei die bremische Industrie, aber auch der Dienstleistungsbereich hat sich gut entwickelt. Der Tourismus hat in den vergangenen Jahren immer neue Rekorde aufgestellt. Mehr als zwei Millionen Übernachtungen wurden alleine in der Stadt Bremen gezählt. In Bremerhaven waren es noch einmal knapp 400.000 Hotelübernachtungen. Diese positive Wirtschaftsentwicklung macht sich auch in der Stadtentwicklung bemerkbar.

Wachstumskräfte gestärkt, Perspektiven geschaffen

Die für die Luft- und Raumfahrt so wichtige Airport-Stadt ist inzwischen gut belegt und auch die

Überseestadt wächst rasant. In diesem, für unsere Stadt so wichtigen Entwicklungsareal, konnte im letzten Jahr für das Kelloggs Grundstück im südlichen Europahafen eine Verständigung mit dem Unternehmen über die weitere Perspektive erreicht werden. Eine entsprechende Absichtserklärung (Letter of Intent) wurde im Rathaus unterzeichnet. Bremen und Kellogg's verfolgen damit gemeinsam das Ziel, eine abgestimmte und zukunftsfähige Entwicklung des Areals zu ermöglichen.

Der Senat hat auch 2016 und 2017 weiter in Innovation und Strukturwandel investiert. Ein Schwerpunkt bremischer Innovationspolitik entwickelt sich dabei gut sichtbar in der Airport-Stadt. Hier entsteht in enger Abstimmung mit Airbus das ECOMAT, ein Projekt, das für die Zukunft des Luft- und Raumfahrtstandortes Bremen von größter Bedeutung ist. Bremen und Bremerhaven haben darüber hinaus weiter in die maritime Zukunft investiert. Für die Hafenerhaltung und die Finanzierung der großen Bauprojekte steht jährlich eine Summe von mehr als 100 Millionen Euro bereit. Zugleich wird an der Verbesserung der Hinterlandanbindung gearbeitet. Am Imsumer Deich entsteht eine riesige Anlage, mit der das Handling der großen Transporte entscheidend verbessert wird. Und auch an einer besseren Straßenanbindung wird mit Hochdruck gebaut. In der Cherbourgerstraße entsteht der neue Hafentunnel, der den Containerhafen kreuzungsfrei an das



FOTO: PRESSESTELLE DES SENATS DER FREIEN HANSESTADT BREMEN

Bürgermeister Carsten Sieling eröffnet die 20. Nacht der Jugend am 9. November 2017 mit Ehrengast Dan Goren und Moderatorin Irina Drabkina (Jüdische Gemeinde Bremen)

Autobahnnetz anschließen wird und Anfang 2020 fertiggestellt werden soll.

Wichtige Weichen für die Innenstadtentwicklung gestellt

Ende vergangenen Jahres sind wir auch bei einem weiteren zentralen Vorhaben der Innenstadtentwicklung ein gutes Stück vorangekommen. Der Senat hat wie angekündigt zum Jahresende 2017 die seitens der Freien Hansestadt Bremen notwendigen Klärungen für den Verkauf des Parkhauses Mitte herbeigeführt. Damit sind die Voraussetzungen für eine zügige Entwicklung auch dieses wichtigen Teils der Bremer Innenstadt geschaffen worden. Und auch andere wichtige Projekte, die unsere Innenstadt attraktiver machen, befinden sich in der Umsetzung: In der Martinstraße entsteht mit dem neuen Firmengebäude von Kühne und Nagel ein attraktives Bürogebäude, das Gebäude der Bremer Landesbank ist fertiggestellt, das neue City Gate am Bahnhof wächst von Tag zu Tag und am Domshof hat hochwertiger Einzelhandel in einem traditionsreichen ehemaligen Bankgebäude ein neues Zuhause gefunden.

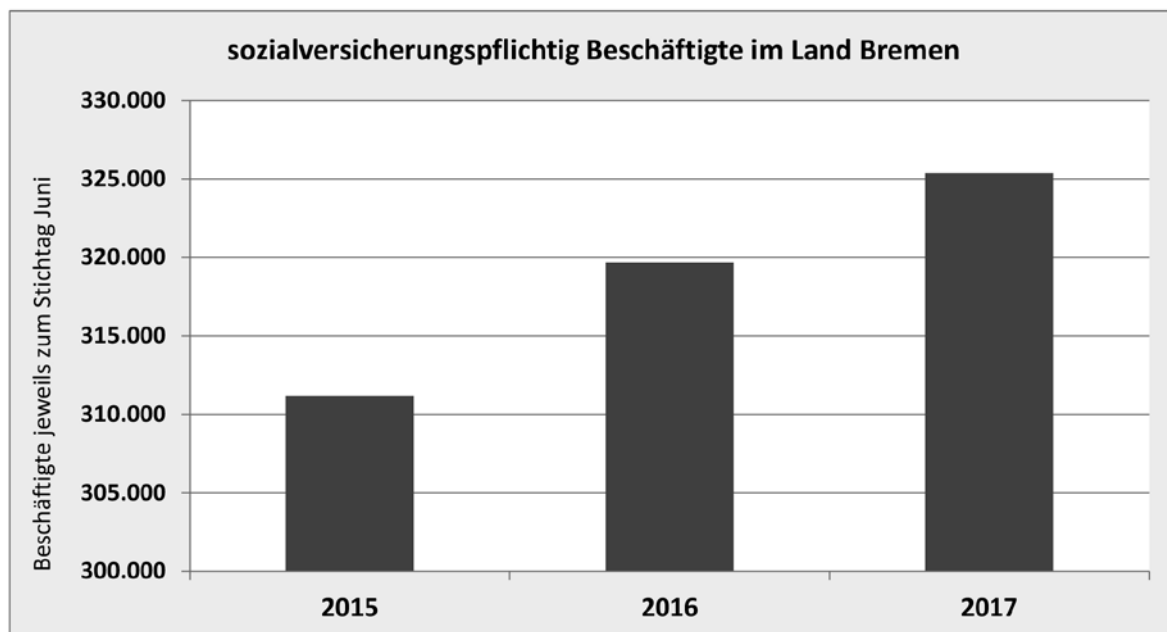
Mehr gute Arbeit für Bremen und Bremerhaven

Noch nie zuvor gab es im Land so viele sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze wie heute.

Trotz der positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt ist aber insbesondere die Langzeitarbeitslosigkeit im Land Bremen nach wie vor zu hoch. Um dem entgegenzuwirken, ist es von zentraler Bedeutung, der Arbeitslosigkeit den Nachwuchs zu nehmen. Deshalb hat der Senat die Jugendberufsagentur (JBA) ins Leben gerufen. Dort sind die Kompetenzen der Arbeitsagentur, der Jobcenter Bremen und Bremerhaven und der verschiedenen Senatsressorts gebündelt worden. Flankiert wird dies von der Ausbildungsgarantie. In diesem Rahmen hat der Senat 2016/2017 über 400 Ausbildungsplätze finanziert, um Jugendlichen eine Chance zu bieten, die im dualen Ausbildungssystem sonst keinen Platz gefunden hätten. Und auch der öffentliche Dienst leistet einen wichtigen Beitrag. 2016/2017 konnten Bremen und Bremerhaven rund 1.000 jungen Menschen einen Ausbildungsplatz zur Verfügung stellen.

Durch Arbeitsmarktförderung echte Chancen bieten

Einen weiteren neuen Schwerpunkt in der Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit hat der Senat mit LAZLO gesetzt. LAZLO steht für ein neues Programm, das 500 Langzeitarbeitslosen einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz bietet. Hierfür werden jährlich fünf Millionen Euro aus dem Landeshaushalt zur Verfügung gestellt. Ergänzt um ähnliche Programme des Bundes können so Projekte in der Stadtteilarbeit personell



abgesichert werden und zugleich neue Perspektiven für den Wiedereinstieg in das Erwerbsleben geschaffen werden.

Mit dem Doppelhaushalt 2018/19 hat der Senat seine Anstrengungen im Bereich Arbeitsmarktförderung darüber hinaus noch einmal verstärkt und weitere sieben Millionen Euro zur Schaffung zusätzlicher Stellen für langzeitarbeitslose Menschen in Bremen und Bremerhaven bei Beschäftigungsträgern, Eigenbetrieben und privaten Unternehmen, vor allem mit dem Fokus Stadtsauberkeit, bereitgestellt.

Neuer Schub beim Wohnungsbau

Eine wichtige Grundvoraussetzung für unsere wachsenden Städte ist die Bereitstellung von ausreichendem und vor allem bezahlbarem Wohnraum für alle Bevölkerungsgruppen. Die Bau- und Wohnungspolitik des Senats ist deshalb darauf ausgerichtet, sehr gezielt mehr bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum zu schaffen. So soll der soziale Zusammenhalt gestärkt und der drohenden Spaltung in arme und reiche Stadtteile entgegengewirkt werden. Zur Umsetzung der 25-prozentigen Sozialwohnungsquote wurden bislang drei Wohnraumförderprogramme mit einem Volumen von insgesamt rund 120 Millionen Euro vom Senat aufgelegt, hieraus wurden insgesamt 1.875 Wohnungen zur Förderung angemeldet (1.742 in der Stadt Bremen, 133 in Bremerhaven). Darüber hinaus liegen weitere Vornotierungen für knapp 1.000 weitere Sozialwohnungen vor. Außerdem wurde der Direktverkauf von städtischen Wohnbauflächen erleichtert.

In Bremen ist in den letzten beiden Jahren viel gebaut worden. Von 2013 bis 2016 wurden mit seit 2015 deutlicher steigender Tendenz mehr als 7.000 Wohneinheiten genehmigt. Bis 2020 sollen weitere 7.000 hinzukommen, um dem großen Zuzug nach Bremen gerecht zu werden. Großprojekte wie Überseestadt, Mühlenviertel und Gartenstadt Werdersee kommen gut voran und auch in Bremen-Nord, bspw auf dem ehemaligen Tauwerk-Gelände entstehen wieder neue Wohnungen. Bald ist der Startschuss für die Entwicklung des Hulsbergviertels zu erwarten und die Entwicklung des Rennbahnquartiers soll Potential für das nächste Jahrzehnt bieten.

In Bremen-Nord ist es zudem mit der Kooperationsvereinbarung zur Grohner Dühne gelungen, gemeinsam mit dem Immobilienunternehmen Grand City Property einen Grundstein für eine positive Entwicklung zu legen. Die diversen Maßnahmen wie die Einrichtung einer Service- und Begegnungszone, ein Vermietungsbüro plus eine Sozialarbeiterstelle mit Fremdsprachenkompetenz, die mietfreien Räume für das SOS Kinderdorf sowie das fortgeführte Sicherheitskonzept fangen an zu greifen. Insgesamt werden mit dem Konzept bis zu 3,5 Millionen Euro investiert.

Müllabfuhr und Straßenreinigung werden wieder städtisch

Mit der Gründung der Anstalt des öffentlichen Rechts „Bremer Stadtreinigung“ und deren jeweils 49,9 prozentigen Beteiligungen an zwei privatrechtliche, tarifgebundene Gesellschaften ist der Prozess der Rekommunalisierung für Abfallentsorgung und Straßenreinigung mit den Vergabeentscheidungen in 2017 abgeschlossen. Dies war ein zentrales politisches Ziel, denn es ist wichtig, dass Bremen sich wieder selbst in diesem Bereich engagiert. Die Bremer Stadtreinigung wird ihren Betrieb Mitte des Jahres aufnehmen.

Eine wachsende Stadt braucht natürlich einen gut funktionierenden ÖPNV. Mehr als 200 Millionen Euro werden in den Kauf 77 neuer Straßenbahnen investiert. Die Stadt Bremen und BSAG sind auch für die nächsten mehr als 20 Jahre verlässliche Partner, damit die Bremerinnen und Bremer und auch die Menschen aus dem Umland der Region hier mobil sein können.

Frischer Wind im Bereich Digitalisierung und Bürgerservice

Eines der bestimmenden Themen des Jahres 2016 war ganz sicher die sich im Sommer 2016 zuspitzende Situation rund um die Bürgerdienstleistungen und das Stadtamt in Bremen, die viele Menschen zurecht verärgert hat. Nach unmittelbar ergriffenen Sofortmaßnahmen hat der Senat im Herbst schließlich die Auflösung des Stadtamtes in der bisherigen Form und die Neuaufstellung des Bürgerservices beschlossen. Damit haben wir eine seit Jahren immer wieder Probleme bereitende „Baustelle“ beseitigt. Die langen Schlangen vor

dem Ausländer- oder dem Standesamt gehören nun der Vergangenheit an. Seit April 2017 werden Ordnungsangelegenheiten, der Umgang mit Ordnungswidrigkeiten und die Verkehrsüberwachung im neuen Ordnungsamt bearbeitet. Der neue städtische Ordnungsdienst im Ordnungsamt befindet sich derzeit im Aufbau und soll im Sommer einsatzbereit sein. Die Beschäftigten kümmern sich dann u.a. um illegal entsorgten Müll, suchen die Verursacher und schreiten ein bei Beschwerden über Lärm.

Die bisherigen BürgerServiceCenter sowie die Bereiche der Meldeangelegenheiten, der Fahrerlaubnisangelegenheiten sowie der Kfz-Zulassung arbeiten seit März 2017 als neues Team zusammen. Der Ausbau der Online-Dienstleistungen ist konsequent weiter betrieben worden, damit die Kundinnen und Kunden dieser Bereiche schneller bedient werden. Auch die Wartezeiten bei der Kfz-Zulassung konnten deutlich verkürzt werden, weil viele Kfz-Händler nun ihre Zulassungen nur noch online beantragen. Die so frei gewordenen Ressourcen konnten vor allem für die Anliegen der privaten Kundinnen und Kunden genutzt werden. Durch diese Maßnahmen gehören auch hier lange Schlangen der Vergangenheit an. Jeder Antrag soll noch am gleichen Tag bearbeitet werden.

Insgesamt gehört die Modernisierung und Weiterentwicklung der Verwaltung zu einem zentralen Vorhaben des Senats. Mit dem eigens hierfür gegründeten Beirat für „Innovative Verwaltungsentwicklung“ sowie der Bereitstellung von zusätzlich 20 Millionen Euro pro Jahr zur Finanzierung von insgesamt 58 Einzelprojekten, sorgen wir endlich für die dringend notwendigen Verbesserungen im Bereich Digitalisierung und Bürgerservice.

Bürgernahe und leistungsfähige Polizeiarbeit

Ein Ziel der im vergangenen Jahr auf den Weg gebrachten Polizeireform ist es gewesen, wieder mehr Polizisten „auf die Straße“ zu bringen und eine höhere Präsenz vor Ort zu zeigen. Die Beschäftigungszielzahl bei der Polizei wurde auf 2.600 angehoben. Um das möglichst schnell zu erreichen und die Polizeivollzugsdienste bei Objektschutzaufgaben zu entlasten sowie bei der Sachbearbeitung in der Kriminalpolizei zu unter-

stützen, wurde die Einstellung von Quereinsteigern im Nichtvollzug ermöglicht. Hinzu kam die „Online-Wache“, über die die Bürgerinnen und Bürger künftig ihre Anzeigen bei Sachbeschädigungen oder Fahrraddiebstählen machen können. Das Pilotprojekt „BodyCam“, das im November 2016 für zwölf Monate gestartet wurde, soll nun dauerhaft eingeführt werden. Es hat sich als probates Mittel zur Erhöhung des Sicherheitsgefühls in der Bevölkerung bewährt. In den Jahren 2016 und 2017 wurden zudem Überstunden bei der Polizei in Höhe im Umfang von jeweils ca. 500.000 Euro ausgezahlt.

In der Haushaltsaufstellung für die Jahre 2018/2019 hat der Senat zudem Verstärkungsmittel für die Handlungsfelder Sichere und Saubere Stadt zur Verfügung gestellt. Mit insgesamt 36 Projekten und je 15 Millionen Euro soll die Sicherheit erhöht und die Sauberkeit in der Stadt deutlich verbessert werden. Denn die Aufenthaltsqualität in unseren Städten hängt auch maßgeblich von der Sauberkeit ab. Zusammen mit dem Programm „Perspektive Arbeit Saubere Stadt“ (PASS), das Langzeitarbeitslosen Perspektiven bieten soll, verstärkt der Senat daher auch in diesem Feld seine arbeitsmarktpolitischen Anstrengungen.

Kommunale Kliniken in der Trägerlandschaft abgesichert

Im Mittelpunkt der Gesundheitspolitik des Senats steht nach wie vor die Zukunftssicherung der vier kommunalen Krankenhäuser und der Gesundheit Nord (GeNo). Die GeNo ist mit rund 7.000 Beschäftigten einer der größten Arbeitgeber in Bremen. Die Fertigstellung und die Inbetriebnahme des Teilersatzneubaus (TEN) am Klinikum Mitte mit dem Kompetenzzentrum für Frühgeborene wird dazu beitragen, dass die GeNo weiterhin ein attraktiver Gesundheitsdienstleister bleibt. Am Bau des Eltern-Kind-Zentrums beteiligt sich der Senat mit 14 Millionen Euro. Mit der 2016 beschlossenen Aufstockung des Gebäudes wird eine ganzheitliche Versorgung von werdenden Müttern und Frühgeborenen sichergestellt. Anfang 2018 haben wir beschlossen, für die Kapitalaufstockung, Modernisierung und Gestaltung zukunftsfähiger Strukturen der GeNo insgesamt 185 Millionen Euro bereitzustellen. Damit soll der kommunale Klinikverbund dauerhaft finanziell



Gemeinsam erfolgreich bei den Verhandlungen zu den Bund-Länder-Finanzbeziehungen, Annegret Kramp-Karrenbauer, damalige Ministerpräsidentin des Saarlandes und Bürgermeister Carsten Sieling.

von einem Teil der Baukosten des Teilersatzneubaus entlastet werden.

Ebenfalls weiter vorangetrieben hat der Senat die Psychiatriereform. Sie bietet Menschen in seelischen Krisen und Menschen, die psychisch erkrankt sind, eine bessere Versorgung. Ein wichtiger Bestandteil der Reform sind die 15 Modellprojekte, die in Bremen und Bremerhaven derzeit mit vielen Trägern laufen.

Weiterentwicklung der Ausbildung

Seit Juli 2017 ist das Pflegeberufereformgesetz in Kraft. Die neuen Ausbildungen in der Alten-, Kranken- und Kinderkrankenpflege werden 2020 beginnen. Diese Reform kam auf Initiative Bremens zustande.

Zudem wird die Ausbildungsfinanzierung neu geordnet und die Einführung einer ergänzenden akademischen Ausbildung ist geplant. Zwischen den gesetzlichen Krankenkassen im Land Bremen, der gesetzlichen Rentenversicherung, der gesetzlichen Unfallversicherung sowie dem Land Bremen wurde im Dezember 2016 eine Landesrahmenvereinbarung Prävention unterzeichnet, der auch die Bundesagentur für Arbeit beigetreten ist. Ziel ist es, Prävention und Gesundheitsförderung

stärker auszubauen und die Zusammenarbeit zu intensivieren. Besonders die Gesundheitsversorgung von Kindern und Jugendlichen wird vorangetrieben – beispielsweise durch Präventionsfachkräfte an Schulen. Mit dem Einstieg in die Schulgeldfreiheit schaffen wir schließlich mehr Gerechtigkeit in der beruflichen Bildung.

Ausgezeichnete Wissenschaft in Bremen und Bremerhaven

Bremen und Bremerhaven sind ausgezeichnete und hoch anerkannte Wissenschaftsstandorte. Dafür stehen die Universität Bremen, unsere Hochschulen in Bremen und Bremerhaven sowie die Jacobs University in Bremen-Nord und die mehr als 20 international renommierten Forschungsinstitute in unseren beiden Städten allein mit drei Helmholtz-Einrichtungen, vier Leibniz-Zentren, drei Fraunhofer-Instituten, zwei Einrichtungen des Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, dem Max-Planck-Institut für Marina Mikrobiologie und dem Deutschen Forschungszentrum für Künstliche Intelligenz.

Ende September letzten Jahres hat die Deutsche Forschungsgesellschaft (DFG) allerdings mitgeteilt, dass nur der Bremer Antrag für das Forschungscluster Meeresforschung in die nächste Runde der Exzellenzförderung aufgenommen



FOTO: AIRPORT BREMEN

Seit November 2017 trägt der Bremer Flughafen den Namen „Bremen Airport Hans Koschnick“.

wird und so auch weiter auf eine Förderung ab 2019 hinarbeiten kann. Ab 2019 wird die Universität Bremen deshalb nicht mehr wie bisher als Exzellenzuniversität gefördert werden. Der Senat wird die Universität auch künftig in ihren Anstrengungen um eine weiterhin ausgezeichnete Entwicklung ihrer Lehre und Forschung finanziell unterstützen, um im Exzellenzwettbewerb 2025 wieder mit zu machen.

Hochschulen öffnen sich für Geflüchtete

Eine vorbildliche und sehr beeindruckende Leistung haben unsere Hochschulen in den vergangenen Jahren im Zusammenhang mit der Integration der vielen zu uns geflüchteten Menschen gezeigt. Zum Sommersemester 2016 konnten sich die ersten Geflüchteten, die hier bei uns studieren möchten, für ein Vorbereitungsstudium einschreiben, weitere folgten zum Wintersemester 2016/2017. Dieses Konzept in Verbindung mit einer Aufnahmeprüfung an den Bremischen Hochschulen ist wegweisend für die deutsche Hochschullandschaft gewesen. Der Senat hat darüber hinaus gemeinsam mit den vier staatlichen Hochschulen im April 2016 das Hochschul-Beratungsbüro HERE etabliert. Dort können sich Geflüchtete umfassend über die verschiedenen

Studienangebote informieren und Förderangebote organisieren.

Wichtige Investitionen abgesichert

Auch baulich ist es auf dem Campusgelände vorgegangen. Die Biologie an der Universität bekommt ein neues Gebäude. Für 44,5 Millionen Euro entsteht ein Neubau, der die molekular- und meeresbiologische Forschung auf hohem Niveau halten und weiterentwickeln wird. Und für weitere 18 Millionen Euro entsteht ein neues Gebäude für das Instituts für bildgestützte Medizin MEVIS. Eine gute Nachricht für alle wohnungssuchenden Studierenden gab es ebenfalls 2017. Der Neubau des Wohnheims des Studentenwerks mit rund 400 Plätzen an der Emmy-Noether-Straße auf dem Campusgelände der Universität ist auf einem guten Weg.

In Bremerhaven ist das „Deutsche Schifffahrtsmuseum“ neu aufgestellt. Es zählt zu den acht renommierten Forschungsmuseen der Leibniz-Gemeinschaft in Deutschland. Bund und Land investieren in die Zukunft des Museums, Bremen beteiligt sich mit insgesamt 42 Millionen Euro. Für Freude hat zudem die Entscheidung zur Ansiedlung der Thünen-Institute für Seefischerei und

Fischereiökologie in Bremerhaven gesorgt. Sie unterstreicht noch einmal sehr deutlich die wichtige Rolle der Seestadt im Bereich Fischerei und Nahrungsmittelindustrie und stärkt Bremerhaven als Wissenschaftsstandort. Das Deutsche Zentrum für Luft- und Raumfahrt – Institut für maritime Sicherheit ist ebenfalls in Bremerhaven neu etabliert worden.

Bremer Brückenbauer für den Frieden

Neben den vielen guten Nachrichten in den letzten beiden Jahren, hat den Senat vor allem eine Nachricht sehr betroffen gemacht und mit tiefer Trauer erfüllt. Am 21. April 2016 ist Bremens langjähriger Bürgermeister Hans Koschnick verstorben. Der Senat hat am 4. Mai mit einem Staatsakt im Bremer Dom von diesem großen, in Bremen und Bremerhaven über die Maßen beliebten und national wie international hoch angesehenen Bremer und Sozialdemokraten Abschied genommen. Um an ihn und seine politischen Leistungen für unser Bundesland angemessen zu erinnern, trägt der Bremer Flughafen seit Mitte 2017 den Namen „Bremen Airport Hans Koschnick“. Mit Hans Koschnick ist darüber hinaus aber nicht nur die Ansiedlung des größten privaten Arbeitgebers, dem Mercedes Werk in Sebaldsbrück verbunden, sondern natürlich vor allem auch die Gründung der Bremer Universität. Der Senat hat aus diesem Grunde im Frühjahr 2017 eine Hans Koschnick-Gastprofessur für „Globale Verständigung und Gerechtigkeit“ an der Universität Bremen ins Leben gerufen, die erstmalig im Wintersemester 2018 besetzt wird.

Liebe Genossinnen und Genossen,

in meinem letzten Bericht habe ich vor zwei Jahren an dieser Stelle die zahlreichen vor uns liegenden Herausforderungen angesprochen. Heute können wir sagen: Bei vielen Dingen sind wir einen Riesenschritt weiter gekommen und können auf wichtige politische Erfolge blicken. Allen voran gilt das für die Konsolidierung der Bremer Finanzen und die finanzpolitische Absicherung unserer Selbstständigkeit als Bundesland. Daran waren viele Menschen in Bremen und Bremerhaven, viele Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten aus Senat, Fraktion und Partei, aber

auch viele Kolleginnen und Kollegen aus den Reihen unseres Koalitionspartners beteiligt. Auf diese gemeinsame Leistung können wir als SPD und auch als rot-grüne Koalition stolz sein.

Bremen und Bremerhaven befinden sich nun auf der Zielgeraden der Haushaltskonsolidierung und dass wir es schaffen werden – gerade auch vor dem Hintergrund der großen Herausforderungen, die sich mit der Zuwanderung für unsere Städte verbinden – 2020 einen Haushalt ohne Neuverschuldung vorzulegen, das hätte uns noch bis vor kurzem niemand zugetraut.

Der jahrzehntelange Sparkurs ist aber nicht spurlos an unseren beiden Städten vorbeigegangen und der Senat hat – wie beschrieben – bereits in den vergangenen zwei Jahren sehr konsequent damit begonnen, die Probleme anzugehen und dort, wo es möglich war, gegenzusteuern. Das werden wir auch in den nächsten Monaten fortsetzen, insbesondere im Bildungsbereich, der Kindertagesbetreuung oder auch bei den Investitionen in die wirtschaftliche und soziale Infrastruktur unseres Bundeslandes.

Die neue Vereinbarung zwischen Bund und Ländern bildet das entscheidende Fundament für eine gute Zukunft unseres Bundeslandes. Und sie bietet uns die so wichtigen neuen Gestaltungsspielräume, um das Leben für die Menschen in unseren beiden Städten weiter zu verbessern und den sozialen Zusammenhalt zu stärken. Wir stehen damit am Beginn einer Zeitenwende und ich wünsche mir, dass wir als Sozialdemokraten, die wir seit vielen Jahrzehnten Verantwortung in Bremen und Bremerhaven tragen, selbstbewusst und zuversichtlich nach vorne schauen. Denn wir vereinen in unseren beiden Städten, in Wirtschaft, Wissenschaft und Gesellschaft, alle Kompetenzen und Ressourcen, die für die Gestaltung einer guten Zukunft wichtig sind. Und wir können auf die Menschen bauen, die hier leben. Auf ihre Offenheit für das Neue, ihre Energie, ihre Schaffenskraft und ihren ausgeprägten Gemeinsinn. In diesem Sinne lasst uns gemeinsam weiter für eine gute Zukunft Bremens und Bremerhavens arbeiten.

Bürgermeister Carsten Sieling

Präsident des Senats

BERICHT DER SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION 2016 – 2017

Liebe Genossinnen, liebe Genossen,

„Jeder erwartet vom Staat Sparsamkeit im Allgemeinen und Freigiebigkeit im Besonderen“, hat der ehemalige britische Premier Anthony Eden einst festgestellt. Daran ist sicherlich viel Wahres. Aber letztlich geht es eben auch nur um einen scheinbaren Widerspruch. Um „Freigiebigkeit im Besonderen“ – also in unserem Fall, die Finanzierung politischer Konzepte, die wir richtig finden, sicherzustellen – braucht es eben auf der anderen Seite auch Sparsamkeit. 2010 – also vor mittlerweile acht Jahren – haben wir Sozialdemokraten deshalb

in unserem Bundesland die Schuldenbremse gezogen: Damals lag die Lücke zwischen Einnahmen und Ausgaben bei fast einem Viertel des Gesamthaushaltes: 1,2 Milliarden Euro mussten jährlich über neue, zusätzliche Kredite finanziert werden.

1,2 Milliarden Euro! Ein unfassbarer Betrag – der nicht nur eine existenzielle Gefahr für unsere Staatsfinanzen, sondern für unser gesamtes Gemeinwesen und letztlich für die Zukunft unseres Bundeslandes darstellte.

Heute – acht Jahre und acht erfolgreiche Konsolidierungsschritte später – sieht die Lage anders aus: Ab 2020 wird Bremen keine neuen Schulden mehr aufnehmen! Darauf können wir, trotz aller Härten, die uns der Sparkurs der letzten Jahre abverlangt hat und noch bis 2020 abverlangen wird, stolz sein – sowohl in der Fraktion als auch im Senat und in unserer Partei. Der für mich bedeutendste Erfolg der vergangenen zwei Jahre ist daher die Neuordnung des Bund-Länder Finanzausgleichs: Wir alle haben jahrelang um eine faire Lösung für unser Bundesland gerungen – und letztlich hat Carsten für einen echten Erfolg gesorgt. Ich bin stolz darauf, was er und was Bremen in den Verhandlungen mit Bund und Ländern herausgeholt hat.

Damit wird die „Konsolidierung“ des Bremer Haushaltes endlich greifbar – und dabei geht es



Björn Tschöpe, Vorsitzender der SPD-Fraktion
in der Bremischen Bürgerschaft

FOTO: SPD LAND BREMEN

um weit mehr als diesen sperrigen Begriff aus dem Politiker-Wörterbuch. Es geht darum, dass diesem Bundesland, unseren beiden Städten Bremen und Bremerhaven, endlich wieder klare Perspektiven eröffnet werden. Ab 2020 werden wir insgesamt 487 Millionen Euro jährlich über den Bund-Länder-Finanzausgleich erhalten. Das verschafft uns Luft – aber letztlich geht es um etwas viel Entscheidenderes:

Bremen hat endlich wieder Zukunft – und diese Zukunft wird durch einen weiteren positiven Umstand geprägt: Bremen wächst!

Allein in den vergangenen 15 Jahren haben wir in unserem Bundesland 25.000 neue Nachbarn begrüßen können – bis 2030 sollen laut Statistischem Landesamt noch einmal 20.000 Menschen dazu kommen.

Diese positive Einwohnerentwicklung ist für uns ein klarer Auftrag: Wir müssen Wohnraum schaffen, wir müssen durch eine kluge Gewerbeflächenpolitik die Rahmenbedingungen für neue Arbeitsplätze schaffen, und wir müssen in die Infrastruktur unserer Städte investieren. Krippen, Kitas, Schulen, ÖPNV, Straßen, Feuer- und Polizeiwachen: All dies muss angesichts unserer wachsenden Städte angepasst, neu gebaut, erweitert und stadtteilscharf geplant werden.

In Sachen Wohnungsbau konnten wir in den vergangenen zwei Jahren bereits viel erreichen: Wir haben Flächen reaktiviert. Wir haben den Wiedereinstieg in den sozialen Wohnungsbau gemeinsam gestemmt. Wir sind mittlerweile bei rund 2.000 Baugenehmigungen im Jahr, und wir wollen diese Zahl auf 2.500 steigern – obwohl wir uns ursprünglich „nur“ 1.400 vorgenommen hatten. Und wir haben erreicht, dass unser kommunales Wohnungsbauunternehmen wieder neuen, bezahlbaren Wohnraum schafft. Auch in den Haushaltsberatungen für die Jahre 2018 und 2019 hat die SPD-Fraktion einen klaren Fokus auf das Thema Wohnen gelegt: Die Wohnraumförderung wird noch einmal um 40 Millionen Euro aufgestockt, vier neue Studierendenwohnheime und ein Wohnheim für Azubis sollen entstehen – und den regulären Mietmarkt entlasten. Zudem haben wir ein Programm zur Eigenheimförderung aufgelegt, das junge Familien unterstützt und gleichzeitig einen Beitrag gegen die Spaltung unserer Stadtteile leisten wird, und wir nutzen mit dem von der SPD-Fraktion auf den Weg gebrachten Bremer Wohnraumschutzgesetz in Zukunft ein weiteres Instrument, um leerstehende Wohnungen wieder dem Markt zuzuführen sowie der Zweckentfremdung von Wohnraum einen Riegel vorzuschieben.

Am Ende stellt sich aber die Frage: Reichen diese Anstrengungen? Und da kommen wir – auch das gehört zur Wahrheit auf andere Antworten als unser Koalitionspartner.

Wir sind – anders als die Grünen – der festen Überzeugung, dass die bisherige Fokussierung allein auf die Innenentwicklung angesichts des zunehmenden Mangels an Wohnraum und Gewerbeflächen eben nicht mehr ausreicht. Natürlich bleiben das Schließen von Baulücken und die Revitalisierung von Brachflächen wichtig. Aber um zu verhindern, dass beispielsweise Angestellte von Mercedes lieber aufs Land ziehen, weil sie hier schlicht keinen Platz für den Bau eines Eigenheims nach ihren Vorstellungen finden, müssen wir noch etwas drauf legen. Wenn man diese Menschen durch die Erschließung neuer Baugebiete in Brokchuchting oder am Rande der Osterholzer Feldmark halten kann, dann wäre das ein echter Gewinn. Nicht nur für den Staatssäckel, sondern auch ökologisch – denn wenn Menschen, die in

Bremen arbeiten, auch in Bremen wohnen, vermeiden wir Pendlerverkehre aus und ins Umland.

Für uns steht fest: Wohnen ist keine Ware wie jede andere. Aber auch für Wohnraum gilt: je knapper dieses Gut – desto höher die Preise. Damit diese Spirale sich nicht immer weiter nach oben dreht, brauchen wir eine Baupolitik, die sich von ideologischen Schranken frei macht und sich nicht von vornherein das Nachdenken verbietet. So hat die SPD-Fraktion beschlossen, auch leerstehende Flächen in Kleingartengebieten für den Wohnungsbau in den Blick zu nehmen. Dafür haben wir von unserem Koalitionspartner und manch anderem Schelte bekommen. Aber wir haben auch viel Zuspruch erhalten – übrigens auch von Kleingärtnern. Denn die Kleingärtenvereine, die unter den leerstehenden Gärten leiden, hätten dadurch Zukunftssicherheit, und auf der anderen Seite könnten wir Wohnbaufläche gewinnen. Über all das nachzudenken, muss in einer Stadt, die prognostiziert bis 2030 noch einmal um 20.000 Menschen wächst, möglich sein.

Dabei ist völlig klar, dass wir nicht einfach Wohnungen im Nirgendwo schaffen können: Nachhaltiger Wohnungsbau geht einher mit ausreichend Kitas, Schulen, Sicherheit, Kultur und Grün in der Nachbarschaft. Ja, hier haben wir teilweise Nachholbedarf. Darauf wurde mit parlamentarischer Unterstützung der SPD-Fraktion in den vergangenen zwei Jahren mit einem bislang beispiellosen Ausbauprogramm reagiert: Mehr als 2.000 neue Kita-Plätze sind in Rekordzeit entstanden. Uns allen ist aber klar, dass wir beim Neubau von Kitas und Schulen nicht nachlassen dürfen und deutlich schneller werden müssen. Genau das haben wir zuletzt erneut in einem Bürgerschaftsantrag mit organisatorischen und rechtlichen Vorschlägen untermauert. Und uns ist klar, dass wir deutlich mehr Geld in den Bereich Kinder und Bildung steuern müssen – genau deshalb haben wir im Schulterschluss mit dem Senat in den jüngsten Haushaltsberatungen ein klares Signal gesetzt: In diesem und dem nächsten Jahr werden mehr als 270 Millionen Euro zusätzlich für den Bildungsbereich bereitgestellt, hinzu kommen mehr als 100 Millionen Euro Investitionsmittel für den Neu- und Umbau von Kitas und Schulen. Wir haben zudem die Platzzahl für Lehramtsstudierende ein weiteres Mal erhöht. Eine wachsende Stadt

braucht diese Infrastruktur. Eine wachsende Stadt braucht zudem aber auch ausreichend Arbeit.

Denn an einer Sache hat sich nichts geändert: Arbeitsplätze sind die beste und erfolgreichste Armutsbekämpfung. Die Rahmenbedingung dafür zu schaffen, ist für uns eine Kernaufgabe. Als SPD-Fraktion haben wir uns deshalb unter anderem für eine neue Ausrichtung der Gewerbeflächenpolitik stark gemacht. Flächen für Unternehmen und Betriebe sind in unseren Städten begehrt. Sogar so begehrt, dass sie mittlerweile rar geworden sind. Wir haben parlamentarisch erst kürzlich den Weg für die schnelle Erschließung von gut 50 Hektar zusätzlicher Gewerbefläche frei gemacht, und im Doppelhaushalt 2018/2019 sind zudem 18 Millionen Euro für die dringend notwendige Gewerbeflächenentwicklung vorgesehen. Fakt ist: Unsere wachsende Stadt braucht auch wirtschaftliches Wachstum, damit neue Arbeitsplätze geschaffen und bestehende gesichert werden.

Björn Tschöpe

Im Folgenden einige Schlaglichter aus den verschiedenen Politikfeldern der Fraktionsarbeit:

Haushalts- und Finanzpolitik

Seit 2010 befindet sich Bremen erfolgreich auf dem Konsolidierungspfad – auch die vergangenen zwei Jahre waren davon finanzpolitisch maßgeblich geprägt. Darüber hinaus führte die unvorhersehbar hohe Zahl von Menschen, die in Bremen Schutz vor Krieg und Verfolgung gefunden haben, in den Haushaltsjahren 2016 und 2017 wegen der Kosten für ihre Aufnahme und Integration zu einer deutlichen zusätzlichen Belastung. Ursprünglich war sogar zu befürchten, dass Bremen dadurch die im Rahmen der Schuldenbremse vorgesehene Ausnahmeregelung für außergewöhnliche Notsituationen in Anspruch nehmen muss. Dank erheblicher Eigenanstrengungen, strikter Haushaltsdisziplin und günstiger Rahmenbedingungen (steigende Steuereinnahmen, niedrige Zinsen, höhere Beteiligung des Bundes) konnte dies letztlich vermieden werden.

Diese konsequenten rot-grünen Konsolidierungsbemühungen seit 2010 haben ihren Beitrag dazu geleistet, dass Bürgermeister Carsten Sieling 2016 den eingangs bereits beschriebenen Durchbruch in Sachen Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen erzielen konnte, der Bremen in die Lage versetzt, ab 2020 keine neue Kredite mehr aufzunehmen, in die Schuldentilgung einzusteigen und Maßnahmen zur Daseinsvorsorge sowie Stärkung der Wirtschafts- und Finanzkraft zu ergreifen.

Wirtschaft, Arbeit, Häfen, Gleichstellung

Wirtschaft: Zentrales Thema der SPD-Fraktion war und ist die Erschließung weiterer Gewerbeflächen, um so die Rahmenbedingungen für neue und den Erhalt bestehender Arbeitsplätze zu schaffen. Auf diese Weise wurden wichtige Projekte wie Hansalinie, BWK und GVZ weiter vorgebracht. Um den Bedarf an Gewerbeflächen künftig ausreichend befriedigen zu können, haben sich die SPD-Abgeordneten zudem für einen Paradigmenwechsel in der Gewerbeflächenpolitik eingesetzt: Neben der bisherigen nachfrageorientierte Flächenentwicklungspolitik setzt sich die SPD dafür ein, künftig wieder mehr Gewerbeflächen in Reserve vorzuhalten, um auch kurzfristig ansiedlungswilligen Unternehmen entsprechende Angebote machen zu können. Dabei müssen wir das Flächenrecycling ebenso angehen wie die Neuerschließung von Gewerbe-Arealen.

Wichtig war und ist der Fraktion auch ein gründerfreundliches Klima in unseren Städten: Dazu werden jetzt sämtliche Angebote und Aktivitäten rund um das Thema Existenzgründung an einem Ort – im START Haus – gebündelt. Und bei der Vergabe von öffentlichen Aufträgen hat die SPD-Fraktion für eine Vereinfachung sowie klare Standards gesorgt: Öffentliche Aufträge können bis zu einem bestimmten – nun höheren – Volumen freihändig oder mit einer beschränkten Ausschreibung vergeben werden. Diese Verfahren haben gleich zwei Vorteile: Zum einen kann so die regionale Wirtschaft unterstützt werden, da insbesondere viele kleinere Unternehmen oft den Aufwand eines Ausschreibungsverfahrens scheuen und erst gar kein Angebot abgeben. Zum anderen konnte der bürokratische Aufwand durch die



FOTO: SPD-BURGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

19. Februar 2017 | Die Abgeordneten sind zu Besuch bei den Fischtown Pinguins in der Eisarena in Bremerhaven.

Erhöhung der Obergrenzen für die freihändige Vergabe deutlich verringert werden.

Für Entlastung haben wir auch an anderer Stelle gesorgt: Um die zunehmenden Anfragen zur Genehmigung von Schwerlasttransporten zeitnah abzuwickeln, wurde die entsprechende Abteilung auch auf Initiative der SPD-Fraktion spürbar personell aufgestockt.

Ein weiterer zentraler Baustein der Arbeit der Fraktion war und ist die Aufwertung der Innenstadt: Mit dem Verkauf des Lloydhofs und den angekündigten Investitionen der Zech Group konnten grundlegende Weichen gestellt werden, um die Innenstadt langfristig zu attraktiver zu gestalten und neue Einzelhandelsflächen zu schaffen. Zudem wurde das Tourismuskonzept weiterentwickelt und im Herbst 2017 in der Deputation für Wirtschaft, Arbeit und Häfen beschlossen.

Arbeit: Kernziel der SPD-Fraktion ist es, langzeitarbeitslosen Menschen Perspektiven zu schaffen. Dazu wurden mit dem Programm „LAZLO“ 500 sozialversicherungspflichtige, öffentlich geförderte Arbeitsplätze geschaffen. Sieben Millionen

Euro Landesmittel standen dafür in den ersten beiden Jahren zur Verfügung. Und das Projekt zeigt Erfolg: Ein Großteil der Plätze konnte besetzt werden, sodass bis zu 500 vormals lange Zeit arbeitslose Menschen nunmehr einer sozialversicherungspflichtigen, sinnvollen Beschäftigung nachgehen, die insbesondere die Nachbarschaften in den Quartieren stärkt. Mittlerweile wurde das Programm verstetigt und soll in den kommenden Jahren noch mehr Menschen eine Chance bieten. Mit dem Programm „Perspektive Arbeit Saubere Stadt“ (PASS) sollen zudem 80 bis 300 weitere, sozialversicherungspflichtige Stellen für bislang lange Zeit arbeitslose Menschen geschaffen werden, um ihnen eine neue Perspektive zu bieten und für mehr Sauberkeit in den Stadtteilen zu sorgen.

Nach den ersten Erfahrungen bei der Ausbildungs-garantie, mit der wir Menschen unter 25 Jahren eine Ausbildung ermöglichen, haben wir diese weiterentwickelt. So wurde unter anderem die datenschutzrechtlichen Voraussetzungen geschaffen, den Verbleib junger Menschen nach der Schule zu klären, um sie direkt anzusprechen und ihnen bei Bedarf Unterstützung im Übergang von der

Schule in den Beruf anbieten zu können. Zudem wurde die Jugendberufsagentur nun auch räumlich zusammengeführt, um der Idee einer umfassenden Beratung „unter einem Dach“ auch baulich zu entsprechen. Eingeführt wird zudem auf Initiative der SPD-Fraktion ein Begrüßungsgeld für Azubis: Analog zu Studierenden sollen auch sie künftig ein Begrüßungsgeld von 150 Euro erhalten, wenn sie nach Bremen oder Bremerhaven ziehen und hier ihren Hauptwohnsitz anmelden.

Außerdem haben wir das Tariftreue- und Vergabegesetz geändert, sodass öffentliche Aufträge nur noch an Unternehmen vergeben werden dürfen, die gängige Tariflöhne zahlen, und wir haben unser Landesmindestlohngesetz angepasst, damit bei öffentlichen Aufträgen des Landes sichergestellt bleibt, dass auch die Gruppen, die bislang vom Bundesmindestlohn ausgenommen sind (beispielsweis Langzeitarbeitslose, die eine neue Beschäftigung aufnehmen) vom Mindestlohn profitieren. Parlamentarisch eingesetzt haben wir uns darüber hinaus für eine Beratungsstelle für mobile europäische ArbeitnehmerInnen in Bremen und Bremerhaven, die im April 2017 ihre Arbeit aufgenommen hat.

Neue Wege geht die SPD-Fraktion in der Arbeitsmarktpolitik. Parlamentarisch haben wir uns für die Einführung des sogenannten Passiv-Aktiv-Transfers stark gemacht. Die Idee dahinter: Künftig soll Arbeit, statt Arbeitslosigkeit finanziert werden. Konkret: Die passiven Leistungen, also die Grundsicherung für Hartz-IV-Empfänger und -Empfängerinnen sowie die Kosten der Unterkunft werden als Lohnkostenzuschuss verwendet, um einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz zu schaffen. Im Ergebnis sollen langzeitarbeitslose Menschen auf diese Weise – und auf freiwilliger Basis – die Chance erhalten, Arbeitsverhältnisse mit tariflicher oder ortsüblicher Entlohnung anzutreten.

Besonders in den Fokus genommen hat die Fraktion zudem die Alleinerziehenden: Alle arbeitsmarktpolitischen Beratungsangebote und Förderinstrumente werden im Hinblick auf die Wirksamkeit für Alleinerziehende überprüft. Parallel dazu sollen mögliche Hürden beim Einstieg in Qualifizierung oder Beschäftigung in den Blick genommen und die Erkenntnisse der Beratungsstellen systematisch ausgewertet werden, um die Zusammenarbeit mit dem Jobcenter zu verbessern.



11. Januar 2018 | Politik vor Ort: Steffi Dehne hat ihren Stand mit Materialien in Horn-Lehe aufgebaut.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

24. Januar 2018 | Björn Tschöpe während der Plenarwoche im Gespräch mit der Bürgerinitiative „Kein Windrad am Bultensee“.

Häfen: Eines der wesentlichen Ziele der SPD-Fraktion war in den vergangenen zwei Jahren der Bau des Offshore-Terminals in Bremerhaven (OTB), der zurzeit die Gerichte beschäftigt. Unsere Zielsetzung dabei ist es einerseits, neue Arbeitsplätze in der Seestadt zu schaffen und andererseits, die Windenergie-Branche vor Ort zu stützen. Neben dem OTB standen auch der generelle Ausbau der Windenergie, der Logistikwirtschaft sowie unserer Seehäfen im Fokus unserer Arbeit.

Zudem hat sich die SPD-Fraktion parlamentarisch für die dauerhafte Sicherstellung eines schnellen und unbürokratischen Genehmigungsverfahrens für Schwerlasttransporte sowie für den Ausbau der Hafen-Hinterland-Anbindung und den zügigen Ausbau der Wasserstraße für Großmotorgüterschiffe eingesetzt. Außerdem haben wir uns dafür stark gemacht, dass Hafendarbeit weiterhin unter hiesigen Tarifbestimmungen erfolgen muss und auch das Sichern und Entsichern von Schiffsladung von gut ausgebildeten Hafendarbeitern und weiterhin zu fairen Bedingungen erfolgen muss. Mit dem Antrag „Laschen ist Hafendarbeit“ haben wir gemeinsam mit den norddeutschen Nachbarländern hier klare Grenzen aufgesetzt und die Hafendarbeit sowie unsere hohen Arbeits- und Umweltschutzstandards langfristig gesichert.

Gleichstellung: Gleiche Arbeit – gleicher Lohn, das bleibt unser Ziel! Dabei ist die Bekämpfung struktureller Entgeltungleichheit für uns ein wesentliches Element. Parlamentarisch haben wir uns deshalb für die Einführung des sogenannten eg-Check-Verfahrens eingesetzt, um in bremischen Unternehmen Ungleichheiten bei der Entlohnung von Frauen und Männern aufzudecken und zu beseitigen. Mit dem Antrag „Bremer Vereinbarung geschlechtergerecht fortschreiben“ haben wir dafür gesorgt, dass Ausbildungssituation und -perspektiven gendersensibel analysiert sowie Ziele und Instrumente geschlechtergerecht und, wo nötig, geschlechterdifferenziert definiert werden. Ferner sind uns die sicherere Finanzierung von Frauenhäusern und der Ausbau von Schutzangeboten für Opfer von Gewalt wichtig. Auch die Forderung nach einer getrennten Unterbringungsmöglichkeit für allein geflüchtete Frauen und für Frauen, die Opfer sexueller Übergriffe waren, haben wir in der Bremischen Bürgerschaft beschlossen. Mit unserer Großen Anfrage „Wie wichtig ist die Gesundheitswirtschaft für Bremen und Bremerhaven?“ möchten wir zudem eine Branche genauer unter die Lupe nehmen, die einen besonders hohen Anteil an Frauenarbeitsplätzen aufweist.

Kinder und Bildung, Wissenschaft

Kinder und Bildung: Im Haushalt 2016/17 wurde erneut eine deutliche Stärkung des Bereichs Kinder und Bildung erreicht. Die Mittel für den Aus- und Neubau von Kitas wurden bereits damals um knapp 37 Millionen Euro erhöht – parallel wurden die konsumtiven Ausgaben für Personal und Betrieb um insgesamt fast 57 Millionen gesteigert. Der Ausbau der Krippen- und Kindergartenbetreuung in der Stadtgemeinde Bremen wurde – begleitet durch die SPD-Fraktion – noch einmal deutlich intensiviert: In einem bislang beispiellosen Programm wurden insbesondere auch in sozial benachteiligten Quartieren rund 2.000 neue Kindertagesplätze in Neubauten, Mobilbauten oder bereits bestehenden Einrichtungen geschaffen. Dieses großangelegte Bauprogramm wird fortgesetzt – und soll deutlich beschleunigt werden. Um dies zu erreichen, hat die SPD-Fraktion jüngst in einem entsprechenden Antrag klare Forderungen aufgestellt, um zu mehr Tempo beim Bau von Kindertagesstätten und Schulen zu kommen. So sollen unter anderem die Zusammenarbeit der verschiedenen Beteiligten verbessert, aber auch neue Wege gegangen werden – beispielsweise durch eine serielle Bauweise (Entwicklung eines Baukonzeptes, das je nach Bedarf vor Ort modular erweitert oder verkleinert werden kann) und durch eine mögliche Zusammenarbeit mit privaten Unternehmen.

Mit der neuen Beitragsordnung für Kindergärten und Horte hat Bremen den Einstieg in die Gebührenfreiheit geschafft: 56 Prozent der Familien in Bremen müssen dadurch schon heute keine Beiträge mehr bezahlen. Für besser verdienende Familien ab einem jährlichen Bruttoeinkommen von knapp 65.000 Euro wurden die Beiträge hingegen gestaffelt angehoben. Im Vorfeld hatte sich die SPD-Fraktion dafür stark gemacht, dass die Einkommensgrenze, ab der der Höchstbetrag zu zahlen ist, weiter nach oben gesetzt und die Geschwisterermäßigungen erhöht werden.

Im Bereich Bildung konnte die SPD-Fraktion in den Haushaltsberatungen 2016/2017 insgesamt zusätzliche 56 Vollzeitstellen zur Unterstützung der Inklusion in den Bremer Schulen durchsetzen, zudem wurden durch Änderungsanträge der SPD-Fraktion die Zahl der Referendariatsplätze für angehende Lehrerinnen und Lehrer von 450 auf zunächst 500 Plätze erhöht, und der Weiterbildungsstudiengang „Inklusive Pädagogik“ der eigentlich 2017 auslaufen sollte, konnte erhalten werden.

Im Doppelhaushalt 18/19 hat die Fraktion gemeinsam mit dem Senat ein weiteres, überdeutliches Zeichen gesetzt: Insgesamt 270 Millionen Euro mehr, werden in den Bereich Kinder und Bildung fließen. Hinzu kommen in dieser Zeit mehr als 100 Millionen Euro Investitionsmittel für den



18. Februar 2017 | Mit dem Frauen-Mentoringprogramm der Fraktion bieten die Abgeordneten Heike Sprehe, Valentina Tuchel, Petra Jäschke, Sybille Bösch, Antje Grotheer und Sasha Aulepp Einblicke in ihre politische Arbeit.



9. Januar 2018 | Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Antje Großer begrüßt Studierende des Internationalen Studiengangs Politikmanagement der Hochschule Bremen und spricht mit ihnen über die aktuelle Situation des jüdischen Lebens in unserem Bundesland.

Neu- und Umbau von Kitas und Schulen. Zudem hat sich die SPD-Fraktion erfolgreich für ein Bildungsverstärkungspaket für die vorschulische und schulische Bildung in Höhe von gut 9 Millionen Euro eingesetzt, die insbesondere für die Sprachförderung, für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf und ganz gezielt auch für die Unterstützung von Kindergärten und Schulen mit besonderer Belastung vorgesehen sind. Weitere 4 Millionen Euro konnten im Rahmen eines Pakts zur Verbesserung der Bildungsqualität bereitgestellt werden, um insbesondere Grundschulen in sozial benachteiligten Stadtteilen zu unterstützen. Auch die Plätze für Referendare – also angehende Lehrerinnen und Lehrer – wurden ein weiteres Mal um 100 auf nun 600 erhöht, um mehr Fachkräfte für die Bremer Schulen zu gewinnen.

39 von 74 Grundschulen in der Stadtgemeinde Bremen sind bereits in die Ganztagsbetreuung eingestiegen. Die SPD-Fraktion hat sich in den vergangenen zwei Jahren dafür eingesetzt, dass perspektivisch alle Grundschulen ein Ganztagsangebot machen können. Entsprechend der dazu von der SPD-Fraktion angestoßenen Ausbauplanung haben sich bereits zum Schuljahr 2017/18 zwei

offene in gebundene Ganztagsgrundschulen und eine Grundschule in eine offene Ganztagschule umgewandelt. Zum kommenden Schuljahr werden zwei weitere und ab 2020 vier weitere neue Ganztagsgrundschulen folgen und eine weitere bislang „offene“ soll zu einer gebundenen Ganztagschule umgewandelt werden. Die SPD-Fraktion hat sich in diesem Zusammenhang dafür eingesetzt, dass insbesondere Schulen in sozial benachteiligten Quartieren als erste von dem schrittweisen Ausbau des Ganztagsangebots profitieren.

Auf Initiative der SPD-Fraktion hat der Senat außerdem ein Personalentwicklungskonzept für Lehrkräfte erarbeitet, um auch auf diese Weise dem Mangel an Lehrerinnen und Lehrern etwas entgegen zu setzen. Auch hat sie parlamentarisch darauf hingewirkt, dass künftig – ähnlich wie bereits erfolgreich in Hamburg etabliert – ein Institut für Qualitätsentwicklung zur Verbesserung der Bildungsqualität in Bremen beitragen wird.

Wissenschaft: Durch die Verabschiedung des von der SPD-Fraktion mitgestalteten vierten Hochschulreformgesetzes wurden unter anderem die

Voraussetzungen geschaffen, um insbesondere die Karrierewege von Nachwuchswissenschaftlern transparenter, variabler und durchlässiger zu gestalten, was zu besseren Arbeitsbedingungen im Wissenschaftsbereich beiträgt. Hervorzuheben ist dabei etwa, dass Nachwuchswissenschaftler die Chance erhalten sollen, nach einer befristeten Bewährungszeit eine unbefristete Professur zu erhalten, was einerseits internationale Karrierewege erleichtert und andererseits die Wettbewerbsfähigkeit unserer Hochschulen erhöht.

Ein weiteres wichtiges Thema war die Schaffung studentischen Wohnraums, damit Studierende günstigen Wohnraum finden und Wohnungsmarkt in Bremen insgesamt entlastet wird. In den Beratungen für den aktuellen Doppelhaushalt wurden auf Initiative der SPD-Fraktion Planungsmittel für vier neue Studierendenwohnheime in Bremen und Bremerhaven freigegeben. Hinzu kommen noch einmal drei Millionen Euro, um kurzfristig weitere Wohnheimplätze im Bereich Ellener Hof in Osterholz zu schaffen.

Soziales, Jugend, Senioren und Integration

Soziales: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion engagierte sich für die finanzielle Absicherung der anerkannt wichtigen Arbeit der Bremer Frauenhäuser. Sie wurden bislang hauptsächlich über Tagessätze finanziert, die allerdings für Studentin-

nen, Schülerinnen, Auszubildende oder Frauen aus anderen Kommunen nicht von den Sozialhilfeträgern übernommen werden. Bremen hat für diese Fälle eine sogenannte „Sockelfinanzierung“ eingeführt, um die Einnahme-Lücken der Frauenhäuser zu schließen. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde dieser Betrag nun erhöht, um diese wichtige Arbeit weiterhin abzusichern.

Mit einer Parlamentsinitiative, die einen bundesweiten Rechtsanspruch auf Beratung für Opfer sexualisierter Gewalt einfordert, wollen wir außerdem sicherstellen, dass die entsprechenden Beratungs- und Unterstützungsstellen tatsächlich alle Betroffenen erreichen können. Auf Bundesebene haben wir uns außerdem dafür engagiert, dass das Rentenversicherungssystem zu Gunsten der BezieherInnen kleiner Renten verändert wird, um Altersarmut einzudämmen. Auch gegen die Benachteiligung von Menschen in der Altersgrundsicherung haben wir uns stark gemacht: Sie sollen in Bezug auf Hinzuverdienstmöglichkeiten und den Freibetrag, der als Vermögen behalten werden darf, nicht schlechter gestellt werden als Hartz-IV-Bezieher. Im Zuge der Reformen im Zusammenhang mit dem Bundesteilhabegesetz ist uns ein Teilerfolg gelungen: Der Barbehalt für Bezieher auch von Leistungen der Altersgrundsicherung wurde erhöht, und bis zu 208 Euro monatlich aus einer freiwilligen zusätzlichen Altersvorsorge werden nicht mehr als Einkommen angerechnet.



6. Februar 2017 | Podiumsdiskussion der SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Thema Rechtsextremismus unter anderem mit Björn Tschöpe, Sarah Ryglewski und David Ittekot.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

24. November 2017 | Politik mal anders: Christian Weber, Björn Tschöpe und Elombo Bolayela als Jurymitglieder beim Kuchenback-Wettbewerb in Blumenthal.

Integration: Die SPD-Fraktion hat sich auch in den vergangenen zwei Jahren für eine humane Flüchtlingspolitik eingesetzt – beispielsweise durch parlamentarische Initiativen für zusätzliche intensivpädagogische und ambulante Betreuungsangebote für geflüchtete Minderjährige sowie für frauenspezifische Unterbringungsangebote. Zudem haben wir parlamentarisch einen Umsetzungsplan für gemeinschaftliches Wohnen eingefordert – um junge Geflüchtete zum Beispiel mit Studierenden oder Auszubildenden unter einen Dach zusammenzubringen und so ihre Integration zu befördern.

Jugend: In der Jugendpolitik haben wir uns erfolgreich für eine bessere finanzielle Ausstattung der stadtteilbezogenen Jugendarbeit eingesetzt. Insbesondere sozial benachteiligte Stadtgebiete haben davon profitiert. Um die öffentlichen Spielflächen attraktiver zu gestalten wird, wie bereits für 2016 und 2017, jeweils gut eine Million Euro zur Verfügung stehen.

Menschen mit Behinderung: Wir haben unter anderem die Einführung des Bundesteilhabegesetz unterstützt und begleitet. Auch eine zielgerichtete Verwendung von „Leichter Sprache“ haben

wir parlamentarisch initiiert: Bescheide und Schreiben von Bremer Behörden sollen künftig für alle Menschen verständlich und nachvollziehbar werden. Ab 2019 soll es darauf einen Rechtsanspruch geben.

Senioren: Mit der Verabschiedung des Wohn- und Betreuungsgesetzes haben wir erhebliche Verbesserungen für Menschen in Pflegeeinrichtungen durchsetzen können. Unter anderem wurden die Rechte der Wohn- und Betreuungsaufsicht ausgeweitet: Auch ambulante Pflegedienste können nun unter bestimmten Voraussetzungen kontrolliert werden. Parlamentarisch konnten wir für die Zukunft eine deutliche Verbesserung des Personalschlüssels im Nachtdienst durchsetzen.

Wir haben uns außerdem aktiv in die Neukonzipierung der Altenbegegnungsstätten und die Ausweitung der aufsuchenden Altenarbeit eingebracht. Das finanzielle Gesamtvolumen der Unterstützung der Begegnungsstätten konnte abgesichert und die Finanzierung so umgestellt werden, dass in Zukunft die Begegnungsstätten mit attraktiven Angeboten und guter Auslastung auch stärker profitieren.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

17. Mai 2017 | 1, 2, 3. - Cheese: Gruppenbild zur Halbzeit. Noch mit unserem jetzigen Bundestagsabgeordneten Uwe Schmidt, für den mittlerweile Frank Schildt nachgerückt ist.

Bau, Stadtentwicklung, Verkehr und Umwelt

Bau und Stadtentwicklung: Bremen erlebt derzeit einen regelrechten Bauboom. Insgesamt konnte Bremen die Zahl der Baugenehmigungen seit 2013 deutlich steigern. Angestrebt waren jährlich mindestens 1.400 Genehmigungen, auch auf Drängen der SPD-Fraktion liegt Bremen mittlerweile bei über 2.000 Genehmigungsverfahren – und wir streben eine Zahl von 2.500 pro Jahr an. Großprojekte wie das kürzlich fertiggestellte Quartier an der Marcuskaje in der Überseestadt (250 Wohneinheiten), zeigen, dass Bremen auf den steigenden Bedarf auf den Wohnungsmarkt deutlich reagiert. Im Wohnpark Oberneuland (bisher fertiggestellt: 200 WE) wird derzeit der zweite Bauabschnitt geplant, und inzwischen ist auch der Spatenstich für die Gartenstadt Werdersee (570 WE) erfolgt.

Die vom „Bündnis für Wohnen“ – einem Zusammenschluss der Akteure aus Politik, Baugewerbe, Immobilienwirtschaft und Verwaltung – auf Initiative der SPD beschlossene und umgesetzte 25-Prozent-Quote für den sozialen Wohnungsbau wurde beibehalten und konnte bei etlichen Pro-

jekten überschritten werden. Neben dem Neubau geht es uns aber auch darum, bestehenden Wohnraum zu schützen. Ein Instrument dafür ist künftig, das von der SPD-Fraktion initiierte Wohnraumschutzgesetz, durch das einerseits leerstehende Immobilien und andererseits – etwa als Ferienwohnungen – zweckentfremdeter Wohnraum wieder dem regulären Markt zur Verfügung gestellt werden sollen.

Das Thema „Bau“ war zudem Schwerpunkt der Haushaltsänderungsanträge der SPD-Fraktion: Neben der darin geforderten Einrichtung von vier neuen Studierendenwohnheimen und eines Azubi-Wohnheims haben wir unter anderem ein Programm zur Eigenheimförderung aufgelegt, das junge Familien unterstützen soll, indem ihnen die finanzielle Last der Grunderwerbssteuer, sowie der Notar- und Baugenehmigungsgebühren genommen wird, wenn sie in einem sozial belasteten Stadtteil kaufen oder bauen. Damit wollen wir einerseits die Abwanderung junger Familien ins Umland vermeiden und andererseits zu einer besseren Durchmischung der Quartiere beitragen, um der sozialen Spaltung unserer Stadtteile etwas entgegenzusetzen.

Bremerhaven widmet sich der Problematik der „Schrottimmobilien“ schon seit Jahren systematisch. Wir wollen dort durch das ebenfalls im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossene Programm „Revitalisierung von aufgegebenen Immobilien“ nun zusätzlich das in Rotterdam mit Erfolg angewandte Klushuizen- Konzept („Bastelhäuser“) erproben.

Darüber hinaus hat sich die SPD-Fraktion sich für ein drittes, mittlerweile beschlossenes und mit 40 Millionen Euro ausgestattetes Wohnraumförderprogramm stark gemacht. Auch das Programm Wohnen in Nachbarschaften (WiN) wird weiterhin das Bund-Länderprogramm „Soziale Stadt“ ergänzen und so zur Quartierentwicklung beitragen.

Einen guten Schritt weitergekommen sind wir zudem, was die umfassenden Planungen für die Bremer Innenstadt angeht: Die Neugestaltung des Sparkassenareals am Brill, das Projekt Jacobshof (inklusive Kontorhaus und Stadtwaage) sowie das Quartier am Parkhaus-Mitte stehen dabei im Fokus. Mit einer Anhörung im April 2018 zum aktuellen Planungsstand mit Fachleuten und Akteuren aus der Bau- und Finanzbranche werden wir diese Entwicklung weiterhin engmaschig begleiten.

Verkehr: Mit der klaren parlamentarischen Unterstützung der SPD-Fraktion wird in Bremen auch in Zukunft ein zukunftsweisender ÖPNV sichergestellt: Gemeinsam mit unserem Koalitionspartner

haben wir den Weg für die Neubeschaffung von 77 neuen Straßenbahnzügen freigemacht. Die ersten neuen Züge werden ab Ende 2019 durch Bremen fahren. Mit dem aufwendigen Umbau und der zeitgemäßen Neuordnung des Depots in Gröpelingen, dem weiter fortschreitenden barrierefreien Aus- und Umbau aller Haltestellen sowie mit Investitionen in die Betriebshöfe schafft Bremen die Voraussetzungen für einen effektiven, umwelt- und bürgerfreundlichen ÖPNV. Um Menschen, die sich im Straßenverkehr nicht mehr sicher fühlen oder einfach auf das Auto verzichten wollen, einen zusätzlichen Anreiz zu bieten auf den ÖPNV umzusteigen hat die SPD-Fraktion ein neues Programm vorgeschlagen. Konkret: Wer seinen Führerschein freiwillig abgibt, soll für sechs Monate ein kostenloses ÖPNV-Ticket erhalten.

Auch die Weiterentwicklung der Straßeninfrastruktur hat die SPD-Fraktion eng begleitet. Den Weiterbau der Autobahn A 2 281 hat Bremen sichergestellt, der Baubeginn des Abschnitts Kattentrum-Arsten steht bevor. Mit der Schließung des Bremer Autobahnringes durch die Anbindung an die Autobahn A 1 (Hamburg, Osnabrück) in Arsten und dem Bau des Wesertunnels zur Verbindung mit der A 27 (Bremerhaven, Hannover) wird die Stadt spürbar vom Individualverkehr entlastet werden. Zudem haben wir uns parlamentarisch für die Einführung von Tempo-30-Zonen im Bereich von Kindergärten und Schulen stark gemacht, um für mehr Sicherheit zu sorgen.



29. Juni 2017 | Klausurtagung und Halbzeitbilanz der Bürgerschaftsfraktion im SPD-Fraktionsbüro.

Mit der Einführung von sogenannten Rad-Premi-umrouten haben wir gemeinsam mit dem Koalitions-Partner in der vergangenen Jahren ein neues Netzelement eingeführt: Auf ausgewählten Routen (z.B. die Verbindung Innenstadt zur Universität) werden Qualitätsstandards gewährleistet, die ein komfortables, zügiges und sicheres Radfahren insbesondere über längere Entfernungen hinweg ermöglicht.

Umwelt: Auf Initiative der SPD erhält Bremen wieder mehr Einfluss auf Abfallwirtschaft, Straßenreinigung und Winterdienst. Unter dem Namen „Die Bremer Stadtreinigung“ hält Bremen 49,9 Prozent der Anteile an der neuen, für diese Dienstleistungen ab 1. Juli zuständigen Anstalt öffentlichen Rechts. Damit ist der Einstieg in die Rekommunalisierung, den sich die rot-grüne Koalition vorgenommen hatte, geschafft: Bremen hat so wieder mehr Einfluss auf die Organisation dieser wichtigen kommunalen Aufgabe und zur Sicherstellung tarifrechtlich gesicherter Arbeitsplätze gewonnen.

Mit Unterstützung der SPD-Fraktion wurde zudem ein neues Handlungskonzept mit dem Titel „Stadtsauberkeit“ entwickelt: Durch regelmäßige Reinigung in den Quartieren, durch zusätzliche Papierkörbe sowie durch die Säuberung von Grünanlagen, Grünstreifen und Badeseen wird eine sichtbare Steigerung der Sauberkeit des öffentlichen Raumes erzielt.

Gesundheit und Sport

Gesundheit: Mit Unterstützung der Fraktion sind der Zukunftsplan 2017 und die Medizinstrategie 2020 als wichtige Strategieprogramme für die Geno beschlossen worden, die eine Leistungs- und Erlössteigerung sowie eine Kostenreduktion und eine standortübergreifende Kompetenzbündelung beinhalten. Um den Klinikverbund zukunftsfähig aufzustellen, haben sich die Koalitionspartner zudem dazu entschlossen, die Geno von Schulden in Höhe von 185 Millionen Euro zu entlasten. Darüber hinaus wurde die Fortschreibung der Krankenhausinvestitionen für die Gesamtheit der Kliniken in Bremen und Bremerhaven in Höhe von rund 72 Millionen Euro sichergestellt.

Ein gesundheitspolitischer Schwerpunkt war und ist das Thema „Armut macht krank“. Die SPD-Fraktion hat dieses Thema nicht nur in öffentlichen Veranstaltungen aufgegriffen, sondern auch mit dem von uns in die Bürgerschaft eingebrachten Antrag „Ärztliche Versorgung besser steuern – soziale Lage in Quartieren berücksichtigen“.

Weitere Themen und Schwerpunktsetzungen in der Gesundheitspolitik waren unter anderem der Einstieg in die Schuldgeldfreiheit für die Ausbildung in den Gesundheitsfachberufen (Physiotherapie, Ergotherapie und Logopädie), die konstruktive Begleitung der Psychiatriereform oder die Anpassung der Zahl der Kreißsäle an die steigenden Geburtenrate.



15. Juni 2017 | Klaus Möhle im Dialog mit Sozialpolitik-Studierenden der Universität Bremen.

FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

14. April 2017 | Girls´Day: Unser bildungspolitischer Sprecher, Mustafa Güngör diskutierte mit den Mädchen über spannende Themen, wie Schule und Arbeitsmarkt.

Sport: Mit unseren Änderungsanträgen für den aktuellen Haushalt konnten wir eine weitere Erhöhung der Pauschale für Übungsleiterinnen und Übungsleiter erreichen. Gleichzeitig machen wir uns in den sportpolitischen Fachgremien für eine Entbürokratisierung der Auszahlung dieser Pauschale stark.

Anlässlich der Beratungen über ein neues Bäderkonzept haben wir uns für den Erhalt und die Attraktivierung der Bäderlandschaft eingesetzt – und Baumaßnahmen in Höhe von bis zu 39 Millionen auf den Weg gebracht. Damit können die Sanierung und der Umbau des Horner Bades im Anschluss an die Freibadsaison 2018 beginnen – und unter günstigen Voraussetzungen bereits im Frühjahr 2021 abgeschlossen werden. Die Bauarbeiten im Waller Westbad sollen nach derzeitigen Planungen in den Sommerferien 2019 beginnen und ebenfalls nach 20 bis 24 Monaten abgeschlossen sein.

Und selbstverständlich stehen wir an der Seite der Vereine. Die weitere Absicherung der Sportförderung in Bremen und Bremerhaven war uns ist uns ein Anliegen. Wir sind dankbar dafür, dass die Sportvereine sich in der Folge des Zuzugs von geflüchteten Menschen nach Bremen solidarisch gezeigt und die Einschränkungen ihres Sportangebotes durch die Belegung der Hallen getragen haben. Wir haben uns im Gegenzug mit parlamentarischen Initiativen dafür eingesetzt, dass Sportvereine, Hilfe und Unterstützung bekommen, falls sie dadurch in finanzielle Schieflagen geraten.

Inneres, Justiz, Bürgerbeteiligung und Internationales

Inneres: Veränderte Anforderungen an die Polizei, erhöhte Einsatzzahlen und die latente Terror-Bedrohung machten eine Überprüfung der polizeilichen Standards und Strukturen sowie eine Konzentration auf die polizeilichen Kernaufgaben (Einsatz und Gefahrenabwehr, Kriminalitätsbekämpfung und bürgernahe Polizeiarbeit) notwendig. Die SPD-Fraktion hat sich zudem mit ihrer Forderung nach einer Erhöhung der Personalzielzahl auf 2.600 bei der Polizei Bremen durchgesetzt. Die wichtige Arbeit der Kontaktpolizisten ist für uns dabei integraler Bestandteil der Reformplanungen bei der Polizei. Insbesondere die Terrorgefahr hat darüber hinaus Anpassungen in der Ausrüstung und Arbeit der Polizei erforderlich gemacht. Die SPD-Fraktion hat sich daher erfolgreich für zusätzliche Haushaltsmittel für den Erwerb von Schutzausrüstung, Waffen und weiterem polizeilichen Gerät stark gemacht. Auch hat sie sich vor dem Hintergrund dieser Gefahr sowie den rechtsradikal motivierten Amoklauf in München für eine bessere Vernetzung der Sicherheitsbehörden auf europäischer Ebene eingesetzt und für ein Verbot großkalibrige, mehrschüssige Kurz- sowie halbautomatische Langwaffenausgesprochen. Um Extremismus gar nicht erst entstehen zu lassen, haben wir die Präventionsangebote finanziell gestärkt.

Mit Unterstützung der SPD-Fraktion wurde mit einer kompletten Neustrukturierung des Stadtmamts begonnen. Durch eine Aufspaltung der Be-

hörde in mehrere kleinere Ämter hat sich der Bürgerservice bereits deutlich verbessert: Lange Schlangen vor dem Amt gehören der Vergangenheit an, und es wird an weiteren Optimierungen der Verwaltungsabläufe gearbeitet. Auf Initiative der SPD-Fraktion wurde zudem der digitale Bürgerservice verbessert: Eine Online-Wache der Polizei wurde eingerichtet und die Internet- und Telefondienstleistungen anderer Behörden verbessert.

Justiz: Grundvoraussetzung für eine bürgerfreundliche und effiziente Justiz ist eine angemessene Personalausstattung in den Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft. Wir haben uns daher erfolgreich dafür eingesetzt, dass es im aktuellen Doppelhaushalt keine Personalkürzungen im Justizhaushalt gibt. Um gerade auch im Bereich der Wirtschaftskriminalität und Vermögensabschöpfung – hier ging es in den vergangenen Jahren um erhebliche Millionenbeiträge – weiterhin gut aufgestellt zu bleiben, sollen weitere Personalverstärkungen in der Staatsanwaltschaft, Richterschaft und für Mitarbeiter im Servicebereich aus diesen Einnahmen finanziert werden. Auch dafür hat sich die SPD-Fraktion stark gemacht.

Wir haben durch die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Mittel für die Einführung der elektronischen Akte gesorgt. Damit sollen die

Abläufe an den Gerichten beschleunigt, modernisiert und vereinfacht werden.

Bürgerbeteiligung: Die Mitbestimmung in den Stadtteilen ist in den vergangenen Jahren bereits deutlich ausgeweitet und verstärkt worden. Dieses Ziel haben wir auch in 2016 und 2017 weiter verfolgt. Parteiintern strebt die SPD-Bürgerschaftsfraktion eine engere Vernetzung mit den Funktionären in den Ortsvereinen und den Beiratsfraktionen an. Deshalb waren wir nicht nur bemüht, unsere Präsenz „vor Ort“ zu erhöhen, sondern informieren die Parteigliederungen fortan detailliert und zeitnah über die Themen und Beschlüsse der Fraktion.

Internationale Politik: Gerade in Zeiten, in denen vielerorts nationalistische und populistische Bewegungen aufkeimen, gilt es, für die europäische Einigung einzustehen. Deshalb hat die SPD-Fraktion auch in den vergangenen zwei Jahren die Arbeit der europapolitischen Verbände und Initiativen, die im Sinne bremischer Traditionen für Weltoffenheit, Solidarität und partnerschaftlichen Austausch eintreten, unterstützt. Einen wichtigen Beitrag leisten dabei aus unserer Sicht auch die unterschiedlichen bremischen Städtepartnerschaften, in denen wir ein wichtiges Forum für wirtschaftlichen und kulturellen Austausch sehen.



13. März 2017 | „Perspektive Digitalisierung“ – zu diesem Thema diskutierte Dieter Reinken gestern Abend mit Vertretern aus Wirtschaft, Politik, Wissenschaft und Gewerkschaften.

FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN



FOTO: SPD-BÜRGERCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

28. Februar 2017 | Unter dem Titel „Strategie Küste“ hat die SPD-Bürgerschaftsfraktion gemeinsam mit ver.di zu einer Konferenz in den Festsaal der Bürgerschaft eingeladen. Moderiert von unserem hafenspolitischen Sprecher Elias Tsartilidis

Darüber hinaus haben wir uns für einen europaweiten Grundrechtsschutz ausgesprochen, die Bedeutung der EU-Grundrechtecharta unterstrichen und uns im Austausch mit unseren internationalen Partnern für Menschenrechte und Grundfreiheiten eingesetzt. Anlässlich des 40. Jahrestages der Gründung der Demokratischen Arabischen Republik Westsahara haben wir unseren Einsatz für die saharischen Flüchtlinge und ihr Recht auf Selbstbestimmung sowie ein UN-geführtes Unabhängigkeitsreferendum bekräftigt.

Kultur-, Medien- und Netzpolitik

Kultur: Insbesondere vor dem Hintergrund der Flüchtlingssituation der vergangenen Jahre hat die SPD-Fraktion unter der Überschrift „Kultur für alle“ eine Diskussion über die Frage angestoßen, welche Rolle Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund in der Bremer Kulturszene spielen. Das Ziel dabei ist klar: Menschen mit Migrationshintergrund sollen sowohl zu Nutzern von als auch zu Akteuren in kulturellen Einrichtungen werden. Denn gemeinsam künstlerisch aktiv zu sein ist gelebte Integration.

Ein weiteres wichtiges Thema für die SPD-Fraktion war der Erhalt und die Förderung des Plattdeutschen. Deshalb haben wir uns für eine Fortbestand des Beirates Platt eingesetzt, der unter anderem ein Auge auf die Erfüllung der bremischen Verpflichtungen aus der Europäischen Charta der Regional- und Minderheitensprachen hat. Außerdem stärken wir die Rolle der Regionalsprache Niederdeutsch in den kommunalen Kultureinrichtungen, im Medienbereich und bei der Benennung von Straßen.

Netzpolitik: Wir haben uns parlamentarisch dafür eingesetzt, dass der freie Zugang zum Internet an möglichst vielen Plätzen und Orten Bremens und Bremerhavens möglich wird. Auch um dieses Ziel zu erreichen, haben wir uns unter anderem mit einem entsprechenden Antrag dafür eingesetzt, ehrenamtliche Freifunk-Initiativen endlich als gemeinnützig anzuerkennen.

Damit Nutzerinnen und Nutzern weiterhin die Möglichkeit haben, sich im Internet vor ungewollter Werbung zu schützen, haben wir einen Antrag eingebracht, auf dessen Basis sich die Bürgerschaft klar gegen ein Verbot von sogenannten Ad-Blockern eingesetzt: Nutzer sollen weiterhin die Freiheit haben, von ihnen als störend empfundene Werbung auszublenden – zumal mit dieser Werbung auch Schadsoftware auf den Computer gelangen kann.

Medien: Auf unsere Initiative hin dürfen neben den Plenarsitzungen der Bürgerschaft inzwischen auch Ausschuss- und Deputationsitzungen aufgezeichnet oder übertragen werden, um somit für noch mehr Transparenz zu sorgen und interessierten Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen, sich über die politische Arbeit der von ihnen gewählten Abgeordneten zu informieren, ohne dass sie der Sitzung selbst beiwohnen müssen. Wir haben im Zuge der Novelle des Radio-Bremen-Gesetzes außerdem für mehr Vielfalt in den Aufsichtsgremien gesorgt, damit diese besser die gesellschaftliche Realität abbilden. Zudem haben wir eine Gesetzesänderung auf den Weg gebracht, um generell das Plattdeutsche im Medienbereich zu stärken.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

9. März 2017 | Gute Arbeitsbedingungen im Gesundheits- und Sozialbereich: Darüber sind unsere Abgeordneten in der Mittagspause bei einer Suppe im Rahmen einer Aktion von ver.di Bezirk Bremen-Nordniedersachsen ins Gespräch gekommen.

Für „Platt“ machen wir uns auch im Zuge der anstehenden Novelle des Landesmediengesetzes stark. So soll es künftig alle zwei Jahre einen Bericht darüber geben, wie Bremen seiner Verpflichtung aus der Europäischen Charta der Regional- oder Minderheitensprachen nachkommt. Zudem

haben wir uns an der fachlichen Diskussion darüber beteiligt, wie im Zuge dieser Gesetzesänderung der Bügerrundfunk weiterentwickelt und zukunftssicher aufgestellt werden kann – insbesondere auch, was die Ausweitung der Bürger- rundfunk-Angebote auf das Internet angeht.



FOTO: SPD-BÜRGERSCHAFTSFRAKTION/LAND BREMEN

7. Juni 2017 | Petra Jäschke und Sybille Bösch mit dem Roten Bus der Bürgerschaftsfraktion vor Ort in Bremerhaven.

BERICHTE DER ARBEITSGEMEINSCHAFTEN UND FOREN

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)	Seite 70
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen (ASF)	Seite 73
Arbeitsgemeinschaft 60 plus (AG 60 plus)	Seite 75
Arbeitsgemeinschaft der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer)	Seite 77
Arbeitsgemeinschaft Selbstständige in der SPD (AGS)	Seite 80
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen (ASG)	Seite 81
Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB)	Seite 83
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)	Seite 85
Arbeitsgemeinschaft Migration und Vielfalt	Seite 86
Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv	Seite 88
Forum Sport	Seite 90
Forum Eine Welt/Ausschuss für internationale Angelegenheiten (AIA)	Seite 92
Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Northwest-Region	Seite 94

Jungsozialistinnen und Jungsozialisten (Jusos)

Die Mitgliederversammlung der Jusos mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 2. April 2016 statt. In den Vorstand wurde gewählt: David Ittekkot als Vorsitzender sowie Sören Böhrnsen, Janina Brünjes, Aftab Chand, Marcel Englisch, Lars Harms-Ensink, Janne Herzog, Hilke Lüschen und Eva Mahlert als stellvertretende Vorsitzende.

Die Jusos engagieren sich als sozialistischer, feministischer und internationalistischer Richtungsverband für den demokratischen Sozialismus und kämpfen in und mit der SPD und gesellschaftlichen Bündnispartner*innen für seine Verwirklichung. Der folgende Bericht gibt einen Überblick über die Schwerpunkte unserer Aktivitäten von Frühjahr 2016 bis Frühjahr 2018:

Politische Schwerpunkte

Die Jusos verstehen sich als inhaltlich eigenständiger linker Verband, der nicht nur jugendpolitische Themen bearbeitet, sondern ein breites politisches Spektrum. In diesem breiten Spektrum agierten die Bremer Jusos auch in den vergangenen zwei Jahren. Großes mediales Interesse brachte dabei der Vorschlag, die Streifenpolizei in Zukunft nicht mehr mit einer Schusswaffe auszustatten, nach Vorbild Großbritanniens.

Doch dies war lediglich ein kleiner Teil der Arbeit, die die Jusos beschäftigte. So setzten wir uns weiterhin für eine bessere Ausstattung der öffentlichen Infrastruktur, z. B. in Bildung, Jugendarbeit und soziale Arbeit, ein. Des Weiteren begleiteten



FOTO: JUSOS LAND BREMEN

Juso-Landesmitgliederversammlung im Oktober 2016 im Bremerhavener Parteibüro



JUSOS LAND BREMEN

Mit unseren Genoss*innen aus Bologna beim „Europe: turn left!“ Kongress in Duisburg im April 2017

wir die Arbeit von Partei, SPD-Bürgerschaftsfraktion und Senat kritisch – insbesondere bei den Themen Innere Sicherheit und Geflüchtete kam es dabei wiederholt zu Konfrontationen.

Viele Juso-Anträge der letzten zwei Jahre führten zu Beschlüssen. So konnten die Bremer Jusos auf den Juso-Bundeskongressen 2016 und 2017 einige Beschlüsse durchsetzen, z. B. zur Einrichtung von Mieter*innenräten, zur Erhöhung des Mindestlohns auf eine Altersarmut verhindernde Höhe, sowie zum Thema Maritime Wirtschaft. Auch auf den Landesparteitagen waren die Jusos mehrfach erfolgreich: Neben einem Beschluss zur Gestaltung der digitalen Revolution konnten Beschlüsse zur hochschulgesetzlichen Abschaffung der Anwesenheitspflicht, zum Bau von Azubiwohnheimen und zur Verbesserung der Jugendbeteiligung durchgesetzt werden.

Bildungsarbeit

Über den zweijährigen Zeitraum konnte eine Vielzahl von Seminaren zur politischen Bildung

durchgeführt werden. So konnte u.a. jährlich ein dreitägiges Seminar zur Grundlagenbildung (Basics-Seminar) gemeinsam mit den Jusos Bezirk Braunschweig durchgeführt werden. Auch konnten wir eine Reihe von Tagesseminaren anbieten, wie z.B. zum Thema Feminismus.

Ebenso fuhren wir z. B. zu Basiskongressen der Jusos, die eine Möglichkeit zum Austausch mit Jusos bundesweit und international boten. Besonderes Highlight war der „Europe: Turn Left“-Kongress im April 2017 in Duisburg, an dem etwa 25 Genoss*innen aus dem Land Bremen teilnahmen.

Internationale Arbeit

Hervorzuheben ist die internationale Arbeit der Jusos Bremen in den letzten beiden Jahren, die einen Schwerpunkt der Arbeit darstellten. Hier nahmen insbesondere Austausche mit internationalen Partnerorganisationen eine wichtige Stellung ein. So konnte das seit Jahren laufende trilaterale Projekt der Jusos mit Partnerorganisationen

in Israel und Palästina durch gegenseitige Besuche fortgeführt werden.

Ebenso besuchten uns im Jahr 2017 Genoss*innen der *Giovani Democratici Bologna*, der Jugendorganisation der *Partito Democratico* in Italien. Eine Vertiefung dieser Zusammenarbeit ist für die kommenden Jahre geplant.

Bundestagswahlkampf 2017 und #SPDerneuern

Die Jusos spielten eine große Rolle im Bundestagswahlkampf 2017. Wir organisierten eine eigene Kampagne mit diversen Veranstaltungen,

Aktionen und eigenem Material und waren wie immer eine tragende Säule des SPD-Wahlkampfes. Seit der Bundestagswahl bringen die Jusos sich intensiv in den Prozess zur Erneuerung der SPD ein, inklusive der #NoGroKo-Kampagne.

David Ittekkot

Juso-Landesvorsitzender

Jean-Jacques Dengler

Juso-Landesgeschäftsführer



FOTO: DAVID ITTEKKOT

Tatkräftige Unterstützung bei der Wahlkampf Vorbereitung im Bundestagswahlkampf 2017

Die Mitgliederversammlung der ASF mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 7. April 2016 statt.

In den Vorstand wurden gewählt: Verena Behrens (Vorsitzende), Elfriede Dieke und Susanne Hild (stellv. Vorsitzende), sowie Susanne Benöhr-Laqueur, Serpil Briese, Nada Brkic, Gudrun Lange-Butenschön, Marina Mollenhauer-Thein und Annette Yildirim (Beisitzerinnen).

Nach der Mitgliederversammlung fand im Berichtszeitraum nur eine Vorstandssitzung am 28. April 2016 statt.

Der Arbeitskreis „Schaffnerinnen“, der das jährliche Schaffnerinnenmahl mit immer 100 Frauen,

die nicht der SPD angehören dürfen, mit einem Vortrag im Plenarsaal der Bremischen Bürgerschaft und dem anschließenden gemeinsamen Essen im Festsaal des Hauses der Bürgerschaft organisiert, hat auch in den Jahren 2016 und 2017 seine erfolgreiche Arbeit fortgesetzt.

Ziel der Schaffnerinnen ist, Themen Raum zu geben, die Frauen in Politik, Wirtschaft, Gesellschaft, Kunst und Kultur bewegen. Zudem sollen gerade im zweiten Teil der jährlichen Veranstaltung, dem Miteinander bei einem traditionellen Essen, Frauen geehrt werden, die nicht ständig in der Öffentlichkeit präsent sind, aber dennoch einen wertvollen Beitrag zum Gelingen unserer Gesellschaft leisten.



Schaffnerinnenmahl 2016: Traditionell empfängt Christian Weber als Präsident der Bürgerschaft die am Schaffnerinnenmahl teilnehmenden Frauen im Haus der Bürgerschaft. Hier mit: 1. Schaffnerin Gabriele Bredow, Referentin Ursula Schele und 2. Schaffnerin Annika Barlach. (v. l. n. r.)



Schafferrinnenmahl 2017: Vortrag der Europaabgeordneten Maria Noichl im Plenarsaal im Haus der Bürgerschaft.

Das Schafferrinnenmahl 2016 zum Thema „Nein heißt Nein – Frauen sind unschlagbar“ fand am 25. November statt. Es referierte Ursula Schele, Leiterin des PETZE-Instituts für Gewaltprävention in Kiel. Am 26. Oktober 2017 war das Thema „Arbeit der Zukunft – eine Frauensicht“. Die SPD-Europaabgeordnete Maria Noichl hielt eine

spannenden und sehr kompetenten Diskussionsimpuls. Verantwortlich für das Schafferrinnenmahl 2016 waren die 1. Schafferrin Gabriele Bredow und die 2. Schafferrin Annika Barlach, 2017 war Annika Barlach als 1. Schafferrin hauptverantwortlich, 2. Schafferrin war Shantha Chaudhuri.



Die Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft 60 plus mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 6. April 2016 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Bernd Grottke (Vorsitzender), Werner Stitz und Holger Störmer (stellv. Vorsitzende) sowie Egon Frerich, Manfred Boeck, Serpil Briese, Peter Busch, Ekkehard Grimm, Wolfgang Helfst, Jutta Riegert, Dieter Schulze, Joachim Schwolow, Dietmar Stadler und Iselin von Ehrenstein (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Im Jahr 2017 hat uns der Genosse Henry Spradau, der als Beisitzer Mitglied des Landesvorstandes war, verlassen. Er ist nach Greifswald verzogen, hält aber immer noch Kontakt zu uns. Eine Nachwahl wurde nicht vorgenommen.

Arbeitsbericht

In den Jahren 2016 und 2017 hat es eine Folge sehr gravierender Ereignisse in Deutschland gegeben. Das politische Leben haben im Wesentlichen folgende Ereignisse bestimmt: Der Zuzug einiger hunderttausender Flüchtlinge hauptsächlich aus dem Nahen Osten und Nordafrika und die damit verbundenen Integrationsprobleme, das Erstarken der AfD, die sehr deutlich verlorene Bundestagswahl und die extrem lange Zeit der Regierungsbildung. Diese Ereignisse haben sich natürlich auch in der Arbeit der AG 60plus niedergeschlagen und haben weitgehend die Diskussionen in Bremen und auch in der Bundes-AG bestimmt. Im Land Bremen haben wir als AG 60plus zwei Mitgliederversammlungen, vier Landesvorstandssitzungen, davon zwei in Bremen Nord durchgeführt. Überregional waren wir an vier Sitzungen des Bundesausschusses, vier Sitzungen der Nordschiene und einer Bundeskonferenz beteiligt. Der Landesvorsitzende der AG 60plus hat als Gast an den Sitzungen des SPD-Landesvorstandes teilgenommen.

Im Mai 2017 haben wir in allen drei Unterbezirken am bundesweiten „Tag der Älteren Generation“ der SPD Infostände aufgestellt, auf denen wir den interessierten Bürgerinnen und Bürgern die Arbeit der

AG 60plus in der SPD vorgestellt haben. Am 1. September 2017 waren wir in der Bremer Innenstadt beim bundesweiten „Tag der älteren Generation“, der von allen Organisationen, die Seniorenarbeit betreiben, gemeinsam durchgeführt wird, ebenfalls mit einem Informationsstand dabei.

Intern arbeiteten wir in einigen Arbeitszusammenhängen zu verschiedenen politischen Themen mit. Auch in der Projektgruppe „Rente“ des Landesvorstandes hat der AG 60plus-Landesvorsitzende mitgearbeitet. Das Ergebnis war der Beschluss „Die Rente muss auch in Zukunft reichen!“ des Landesparteitages vom 25. März 2017, der als Antrag an den außerordentlichen Bundesparteitag zur Verabschiedung des Programms für die Bundestagswahl gerichtet wurde.

Anfang Oktober 2017 nahmen wir mit unseren drei Delegierten – je eine Genossin bzw. ein Genosse aus jedem der drei Unterbezirke im Land Bremen an der AG 60plus-Bundeskonferenz in Wolfsburg teil. Hauptpunkt der zweitägigen Konferenz war die Neuwahl des Bundesvorstandes. Neuer Bundesvorsitzender ist der Bundestagsabgeordnete Lothar Binding.

Die Heimfahrt von dieser Bundeskonferenz war für zwei unserer Delegierten nicht ganz einfach, da die Deutsche Bahn wegen eines sehr schweren Sturmes ihren Betrieb im Norden weitgehend eingestellt hatte. Deshalb mussten sie noch einen Tag länger in Wolfsburg bleiben.

Am Bundestagswahlkampf haben sich in allen drei Unterbezirken viele AG 60plus-Mitglieder in ihren Ortsvereinen beteiligt. An den letzten vier Wochenenden vor der Wahl, jeweils freitags und samstags haben wir auch die Standbesetzung des zentralen SPD-Wahlkampfstandes des Unterbezirks Bremen-Stadt in der Sögestraße ganz wesentlich getragen.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden mehrere Anträge zu verschiedenen in der Hauptsache senio-

renpolitischen Themen in die Landesparteitage und den Landesvorstand eingebracht. Der letzte Antrag des AG 60plus-Landesvorstandes auf einem Landesparteitag befasste sich mit der „Zukunft der Begegnungsstätten“. Die Auswirkung u. a. dieses Antrages war, dass im Arbeitskreis „Soziales“ der Landespartei das umstrittene Thema nochmal diskutiert wurde und dass das vorliegende Konzept in einigen Punkten verbessert wurde. An der Diskussion im Arbeitskreis war die AG 60plus ebenfalls beteiligt. Der Landesvorstand hat dann am 19. Mai 2017 den Beschluss „Die Begegnungsstätten sichern und weiterentwickeln“ gefasst.

Nun zur Stimmungslage der AG 60plus Bremen nach der Bundestagswahl

Das Bundestagswahlergebnis war für uns, wie wohl für alle Genossinnen und Genossen, ein extremer Schock. Die sofortige Absage an eine neue Große Koalition von Martin Schulz wurde von uns ausnahmslos gutgeheißen. Als jedoch eine Am-

pelkoalition nicht zustande kam, gab es auch unter uns heiße Diskussionen. Mit dem Zustandekommen des Koalitionsvertrages zu einer erneuten „GROKO“ nach dem sehr deutlichen parteiinternen Abstimmungsergebnis änderte sich bei den meisten von uns die Meinung, besonders da die meisten Medien auch im Ausland diesen Vertrag als Erfolg für die SPD über den grünen Klee lobten – und der es teilweise ja auch ist, trugen diese Mitglieder das Ergebnis auch mit. Das heißt nicht, dass wir mit der erneuten Großen Koalition richtig zufrieden sind. Das ist für uns immer noch wie die Wahl zwischen Teufel und Beelzebub. Es wird wohl auch sehr auf die Durchsetzungsfähigkeit und das politische Geschick der SPD-Ministerinnen und SPD-Minister ankommen, ob auch in Zukunft die SPD noch eine bedeutende Rolle im politischen Leben in Deutschland haben wird.

Bernd Grottko

AG 60plus-landesvorsitzender

der SPD für Akzeptanz und Gleichstellung (SPDqueer)



Die Gründungsmitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft SPDqueer in der SPD-Landesorganisation Bremen mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 12. Mai 2016 statt.

In den Vorstand wurde gewählt: Nicoletta Witt (Vorsitzende), Jörg Ohlrogge (stellv. Vorsitzender) sowie Marcel Englisch, Dieter Fricke, Udo Schmidt und Wiebke Schumann (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Arbeit des Landesvorstandes

Die erste Landesvorstandssitzung der neuen AG SPDqueer im Land Bremen fand dann am 8. Juni 2016 statt. Weitere Sitzungen folgten in unregelmäßigen Abständen, insgesamt trat der Vorstand zu 13 Sitzungen zusammen.

Alle Sitzungen waren parteiöffentlich, selbstverständlich konnten auch immer Interessierte ohne Parteibuch – als Schnupperangebot – teilnehmen.

Der Vorstand legte sich ein umfangreiches Arbeitsprogramm auf:

- Teilnahme am 1. CSD (Bremer Christopher Street Day)
- Besuch des Rat-&-Tat-Zentrums
- Einladung der Bremer Aidshilfe und des Vorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Jochen Kopelke zu einem speziellen Thema
- Teilnahme am Bundeskongress der AG in Schwerin
- Anträge an den Landesvorstand der Bremer SPD zu aktuellen Arbeitsschwerpunkten. Hier ging es um gesellschaftlich wichtige Themen wie:



Der am 12. Mai 2016 gewählte Vorstand: Hannes Grosch, Nicoletta Witt (Vorsitzende), Jörg Ohlrogge, Wiebke Schumann, Dieter Fricke, Udo Schmidt (von links nach rechts) und Marcel Englisch, der nicht auf dem Foto abgebildet ist.



CSD in Bremen: Wir waren eine muntere, bunt gemischte Gruppe. Auch den nächsten Bremer CSD werden die Genossinnen und Genossen der SPDqueer gerne aktiv mitgestalten und sehr gerne mit einer sicher noch größeren Gruppe wieder teilnehmen.

Personal der Übergangwohnheime adäquat schulen; das des Rat-&-Tat-Zentrum angesichts des – entsprechend gewachsener Aufgaben – enorm gestiegenen Beratungsaufwands, mit mehr Ressourcen auszustatten; queeren Geflüchteten angemessene Unterkünfte zur Verfügung zu stellen, ohne dass die Geflüchteten befürchten müssten, in den Unterkünften geächtet zu werden. In vielen Ländern, mit einer anderen Kultur und wo bestimmte Religionen eine besondere Relevanz haben, wird lesbisch und/oder schwul sein immer noch verfolgt und zum Teil hart bestraft, bis hin zur Todesstrafe.

Der 1. CSD in Bremen – nach fast 25 Jahren – hat vor allem im 2. Amtsjahr des Vorstandes, viel Zeit und Raum in unserer Arbeit eingenommen. Es hat dabei aber sehr viel Freude gemacht, gemeinsam mit den Bremer Jusos zu arbeiten. Wir nahmen mit den Bullis unserer Bremer und Bremerhavener Bundestagskandidaten am Umzug quer durch die Bremer Innenstadt bis hinunter an die Weser teil.

Sarah Ryglewski und Uwe Schmidt haben sich aktiv eingebracht und unsere Teilnahme persönlich und materiell unterstützt.

Der Besuch im Rat-&-Tat-Zentrum war sehr interessant und aufschlussreich darüber, welches Themenspektrum durch das Rat&Tat-Zentrum abgedeckt wird. Die Arbeit des Rat-&-Tat-Zentrums wird in großem Maße auch von Menschen aus dem Bremer Umland sehr geschätzt und in Anspruch genommen. Mit viel Engagement und ehrenamtlicher Arbeit wird hier aktiv für LGBTQ (Lesbian, Gay, Bisexuell, Transgender, Queer), gekämpft, gestritten und aufgeklärt.

Der Besuch hat die AG SPDqueer für Themen des Rat-&-Tat-Zentrums sensibilisiert, alte Kontakte wieder aufgefrischt und dazu geführt, einen Antrag an den Landesvorstand zu stellen, die Ressourcen für das Rat-&-Tat-Zentrums aufzustocken.

Eine sehr interessante Veranstaltung war dann nach den Sommerferien 2017, das Zusammen-

treffen vom GdP-Vorsitzenden Jochen Kopelke mit Thomas Elias und Herr Stara von der Bremer Aids-Hilfe. Es gab wichtige Informationen für die AG-Mitglieder und neue Erkenntnisse zu ansteckende Krankheiten, mit denen unsere Polizistinnen und Polizisten durchaus im Einsatz in Berührung kommen können.

Aus der Versammlung heraus wurde ein Antrag vorformuliert, der dann wiederum an den Bremer Landesvorstand weitergeleitet, dort von unserer Vorsitzenden vorgetragen und nach einer recht kontroversen Diskussion, abschließend befürwortet wurde. Der Innensenator wird darin aufgefordert, den Bremer Polizistinnen und Polizisten ein Fortbildungsangebot zum Thema „Wie begegne ich Menschen mit ansteckenden Krankheiten und wie gehe ich im Einsatz damit um?“ bereitzustellen.

Bundesvorstand

Die Bremer Genossin Andrea Woltmann ist im Oktober 2016 in den Bundesvorstand unserer Arbeitsgemeinschaft gewählt worden.

Das versetzt uns in den Stand, dass wir recht gut informiert sind, was die Genossinnen und Genossen auf der Bundesebene in Berlin aktuell bearbeiten und inwiefern wir von Bremen aus unterstützen können oder auch auf welcher Art und Weise unser Bundesvorstand uns in Bremen unterstützen kann. Andrea Woltmann ist mit ihrer Mitgliedschaft im Bundesvorstand ein wichtiges Bindeglied für unsere noch junge Bremer SPD-queer-AG.

Für die nächste Wahlperiode wünschen wir uns viele neue Gesichter, aktive und kreative Unterstützung bei den vor uns liegenden Aufgaben. Vielen Dank für zwei tolle, spannende Jahre,

Nicoletta Witt

Landesvorsitzende der AG SPDqueer



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Selbständige (AGS)

Die Mitgliederversammlung der AGS mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 7. April 2016 statt. Da der bisherige Landesvorsitzende Peter Zerfowski aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidierte, wurde ein Wechsel an der AG-Spitze erforderlich. In den Vorstand wurden gewählt: Maik Wedemeier (Vorsitzender), Wilhelm Karg (stellv. Vorsitzender) sowie Ferdinand Berghorn, Ronald Gotthelf, Andreas Kottisch, Iris Spiess, Werner Stitz, Julian Thies und Peter Zerfowski (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die Wahlperiode 2016 – 2017 der AGS war so von einer neuen Vorstandskonstellation gekennzeichnet, die einen Querschnitt der Bremer Wirtschaft widerspiegelt. Im aktuellen Vorstand sind Juristen, IT-Unternehmer, Geschäftsführer kleiner und mittelständischer Unternehmen, Freiberufler, selbstständige Ingenieure, etc. vertreten. Der Beginn der Amtszeit war dadurch gekennzeichnet bestehende Arbeitsstrukturen weiterzuentwickeln. So wurde z. B. die Internetseite neu gestaltet. Durch Anschreiben und Kontaktaufnahme zu den Ortsvereinsvorsitzenden wurde der Kontakt zu den „Selbständigen“ in der SPD gestärkt und diese für eine Mitarbeit in der AGS gewonnen. Dadurch ist es gelungen sechs bis sieben neue Interessenten für die AGS zu gewinnen, die regelmäßig an den Vorstandssitzungen teilnehmen.

In den Jahren 2016 und 2017 wurden eine Reihe sehr erfolgreicher Veranstaltungen durchgeführt. Insbesondere der Frühschoppen der AGS in Zusammenarbeit mit den Schaustellerverbänden des Landes Bremens ist hier zu erwähnen. Der Frühschoppen wurde regelmäßig zur Osterwiese und dem Bremer Freimarkt durchgeführt. Die Veranstaltungen wurden im Schnitt von 150 Teilnehmerinnen und Teilnehmer besucht, vorwiegend durch die Schausteller selber und eine interessierte Öffentlichkeit. Auf dem Podium konnte die AGS Senatoren wie Ulrich Mäurer oder Staatsräte wie Ekkehart Siering begrüßen. Vertreten waren auch Bürgerschaftsabgeordnete, u. a. Dieter Reinken,

Andreas Kottisch, Sükrü Senkal. Unterstützt wurde das Podium durch weitere Vertreter aus den Behörden, der Polizei oder der WFB (Wirtschaftsförderung Bremen). So konnten Themen, die für die Schausteller Relevanz haben, diskutiert werden und etwaige Probleme oft schnell und unkompliziert durch den direkten Austausch gelöst werden. Über die Veranstaltungen wurde regelmäßig in den lokalen Medien berichtet.

Zudem brachten sich Vorstandsmitglieder der AGS in Arbeitsgruppen zu Themen wie „Private Equity Aktivitäten in Bremen“, „Auswirkungen möglicher Fahrverbote auf Gewerbetreibende wie Taxiunternehmen und Handwerksbetriebe“, „Innenstadtentwicklung“ und viele andere ein. In einigen Stadtteilen ist es auch gelungen, in und mit den Ortsvereinen im Straßenwahlkampf deutlich zu machen, dass Selbständige und Unternehmer ihre Heimat in der SPD haben.

Es wurden Firmenbesuche durchgeführt, u. a. bei der Firma Reimers Logistic, um in engeren Kontakt mit Bremer Unternehmen zu treten, zwecks Austauschs über die Standortbedingungen, die Arbeitskräftesituation etc. Des Weiteren haben Vertreterinnen und Vertreter der AGS als Gäste an der Hafensrunde der Landespartei und den Arbeitskreisen der Landesorganisation „Wirtschaft und Finanzen“ sowie „Inneres/Innere Sicherheit/Polizei“ teilgenommen.

Die AGS Land Bremen ist mit einer Vertreterin im AGS-Bundesvorstand vertreten und wirkt so an den bundepolitischen Arbeit der AGS mit. Weitere Kontakte auf europäischer Ebene wurden dadurch auch geknüpft.

Der AGS-Vorstand tagt parteiöffentlich in vierwöchigem Rhythmus.

Maik Wedemeier
AGS-Landesvorsitzender



Die Mitgliederversammlung der ASG mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 25. Februar 2016 statt. In den Vorstand wurden gewählt: Wilfried Bolles (Vorsitzender), Regina Carstens (stellv. Vorsitzende) sowie Winfried Brumma, Michael Buggisch, Malte Philipp Duy, Susanne Fleckinger, Rolf Intemann, Peter Kruckenberg, Marina Mollenhauer-Thein, Wolfram Seibert und Uwe Zimmer (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die Gesundheit ist für alle Menschen sehr wichtig. Die Gesundheitspolitik sollte deshalb in der SPD einen hohen Stellenwert haben, was sie aber immer noch nicht hat, obwohl sie wichtige Beiträge für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt leistet. Das Arbeitsfeld der ASG umfasst die gesamte Gesundheitspolitik; die qualifizierte ambulante und stationäre Versorgung von kranken Menschen und auch gesetzliche Veränderungen in allen Bereichen der Gesundheitsversorgung, der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV).

Die Mitglieder der ASG Bremen haben sich in ihren monatlichen Sitzungen fachkompetent und intensiv mit vielen komplexen Problemen in der Gesundheitspolitik beschäftigt. Die ASG als Forum für sozialdemokratische Gesundheitspolitik, hat auch Anstöße für parteiinterne Diskussionen gegeben.

Oft standen auf der Tagesordnung: Die schwierige wirtschaftliche und finanzielle Lage der Krankenhäuser, die dadurch wachsende Gefährdung der Behandlungsqualität und die sich verschärfende Überbelastung des Personal sowie die immer noch unvollständige Finanzierung der Personalkosten. Die besonderen Schwierigkeiten der GesundheitNord (GeNo) wurden regelmäßig diskutiert.

Um wirtschaftlich arbeiten zu können und um ihre Leistungsfähigkeit dauerhaft zu verbessern, brauchen Krankenhäuser eine bedarfsgerechte Finanzierung ihrer notwendigen Investitionen. Die

ASG musste sich häufig mit Folgen der nicht bedarfsdeckenden Investitionen, besonders bei Häusern der GeNo, beschäftigen; Schwierigkeiten bei der Durchführung des Teil-Ersatzbaus (TEN) im Klinikum Bremen-Mitte (KBM) waren häufig Thema. Begrüßt hat die ASG, dass der Senat beschlossen hat, das Zentrum für Risikoschwangere und extrem Frühgeborene zu finanzieren.

Qualifizierte Patientenpflege erfordert gut ausgebildetes und vollkostenfinanziertes Personal, das ist aber in der Pflege nicht gesichert. Die Arbeitsbelastung und die fachliche Weiterentwicklung der Pflegeberufe waren deshalb Schwerpunkte der ASG. Das Pflegeberufereformgesetz und die generalisierte Pflegeausbildung standen mehrfach im Vordergrund von Sitzungen: Im Mai 2016 hatte die ASG Frau Prof. Darmann-Finck von der Universität Bremen und Vertreter von Bremer Pflegeorganisationen eingeladen. Intensiv wurden die Bedeutung des Pflegeberufereformgesetz und die generalisierte Pflegeausbildung für Bremen diskutiert. Das ausführliche Gespräch hat gezeigt, dass die Generalistik Chancen bieten kann, um die Lage der Pflege zu verbessern. Um diese Aspekte zu klären, hat die ASG im November 2016 zu einer öffentlichen Veranstaltung zum Thema „Zur Bedeutung des Pflegeberufegesetz und der Generalistik für die Pflege in Bremen und Bremerhaven“ eingeladen. Die Veranstaltung war sehr gut besucht und wurde sehr positiv beurteilt.

Die Weiterentwicklung der Psychiatrieversorgung in Bremen und Bremerhaven und die Kritik an der psychiatrischen Versorgung im Klinikum Bremen-Ost (KBO) waren mehrfach Thema von Sitzungen. Über die notwendige Verbesserung der psychiatrischen ambulanten und stationären Versorgung haben wir konstruktive Gespräche mit der Gesundheitssenatorin Eva Quante-Brandt geführt. Die ASG hat die neuen Modellvorhaben und weitere Maßnahmen zur Weiterentwicklung der psychiatrischen Versorgung begrüßt. Besprochen worden ist auch, dass noch Etlliches zu tun ist.

Fragen der kostenträchtigen Arzneimittelversorgung standen mehrfach auf der Tagesordnung: Nach intensiver Vorbereitung und Unterstützung von Experten hat die ASG einen „Homöopathie-Antrag“ für den Landesparteitag gestellt. Ziel des Antrages war es: Eine gesetzliche Kennzeichnungspflicht für homöopathische Präparate einzuführen, die zeigt, dass kein wissenschaftlicher Nachweis für die Wirksamkeit der Präparate vorliegt. Deshalb soll auch die freiwillige Finanzierung entsprechender Homöopathie-Präparate durch Kassen nicht mehr zugelassen werden. Dieser ASG-Antrag ist auf dem Landesparteitag am 2. Mai 2017 beschlossen und als Antrag an den Bundesparteitag gerichtet worden. Geplante Änderungen im Arzneimittelgesetz zur Zulassung von Arzneimittelstudien an Demenzkranken, haben die Mitglieder der ASG nach intensiver Diskussion abgelehnt. Die ASG hat sehr begrüßt, dass die Gesundheitssenatorin einen ablehnenden Antrag im Bundesrat gestellt hat.

Weitere gesundheitspolitische Themen, die die ASG beschäftigt haben

Die wachsenden Probleme der Notfallversorgung in Krankenhäusern, wie die Wiederherstellung der solidarischen Beitragsparität, die Beendigung der unsolidarische Zuzahlungen und auch die Bedeutung der Prävention waren für die ASG wichtige Themen. Besprochen wurden auch ein Werbeverbot von Alkohol für Jugendliche bei Sportveranstaltungen. Erste Gespräche zur Verbesserung der Zusammenarbeit mit den ASG Niedersachsen Hamburg.

Die gute Arbeit der ASG auf dem komplexen Feld der Gesundheitspolitik hat auch bewirkt, dass neun neue Mitglieder in der Arbeitsgemeinschaft mitarbeiten.

Wilfried Bolles
ASG-Landesvorsitzender



Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD-Landesorganisation Bremen

Die Mitgliederversammlung der AfB mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 17. Februar 2016 statt. In den Vorstand wurde gewählt: Norbert Rüppell (Vorsitzender), Susanne Martens (stellv. Vorsitzende) sowie Meike Baasen, Werner Eisenach, Börje Horn, Jürgen Jaracewski, Ali Kaya und Sabine Langhorst (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Grundsätzliches zur bildungspolitischen Arbeit

Die Wahlperiode war geprägt durch die Einrichtung eines neuen Zuschnitts des Bildungsressorts, nun mit der Zuständigkeit für Kinder und Bildung. Diese Strukturveränderung war ein bedeutender Schritt, den wir begrüßen und dessen Möglichkeiten für die Ausgestaltung von Vorschul- und Primarbereich wir inhaltlich begleiten wollen.

Schwerpunktthemen waren zunächst die Entscheidungen auf dem Weg zur flächendeckenden Einführung der verbindlichen Ganztagschule. Die Umsetzung der Inklusion in den verschiedenen Schulstufen und die daraus resultierenden Probleme für das zweigliedrige Sekundarstufensystem blieben wichtige Diskussionspunkte. Genauso wie die notwendigen Konsequenzen einer steigenden Zahl an Schülerinnen und Schülern in verschiedenen Gebieten Bremens.

Weitere Themen

Bei zahlreichen Detailfragen in unseren politischen Auseinandersetzungen ist das wirkliche Thema die personelle und materielle Ausstattung der Bildungseinrichtungen. Fast immer wären durch eine angemessene materielle Basis Lösungen erzeugbar. Dies und die strukturelle Entwicklung der Schulen haben somit in allen Diskussionen eine große Rolle gespielt. Das wichtigste Ziel auf dem Weg zu einer besser finanzierten Schule

ist nach unserer Meinung die Abschaffung des Kooperationsverbotes.

Zu vielen Aspekten der schulischen Arbeit hat sich die AfB detailliert geäußert. Hier sind Papiere zur frühkindlichen Bildung, ein grundlegender Beschluss zur Digitalen Bildung und eine umfassende Arbeit zur Aufnahmeverordnung zu nennen. Schwierigkeiten Bremens bei bundesweiten Leistungsvergleichen waren ein weiteres aktuelles Thema.

Wir weisen hier erneut darauf hin, dass die weitgehende Akzeptanz der bremischen Schulstruktur in der Sek. I nicht darüber hinwegtäuschen darf, dass weiterhin wichtige Fragen offen sind. Der Schulkompromiss in Bremen führte zur Oberschule, die de facto eine Gesamtschule ist. Daneben gibt es weiter das Gymnasium. Eigentlich sollen Oberschulen in Ausstattung und Organisation eine gleichwertige Alternative zum Gymnasium sein. Durch die zügige Einführung der Inklusion sind aber deutliche Akzeptanzprobleme und Ausstattungsmängel entstanden. Außerdem ist die Entwicklung einiger Oberschulen durch die Oberstufenfrage (Schulen mit und ohne Sek. II) erschwert worden. Auch die Schulstandortplanung muss an einigen Stellen neu – die Bauentwicklung berücksichtigend – an die Situation der Stadtteile angepasst werden.

Die Arbeit der AfB im Land Bremen

Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung hat die sozialdemokratische Bildungspolitik in Bremen begleitet. Monatliche parteiöffentliche Vorstandssitzungen und mindestens halbjährliche Mitgliederversammlungen boten Beteiligungsmöglichkeiten. Es gab die regelmäßige Teilnahme des AfB-Vorsitzenden an den SPD-Vorbesprechungen zu den Sitzungen der Deputation. Der Kontakt zu unseren Abgeordneten bei der Vorbereitung bildungspolitischer Entscheidungen wies noch Mängel auf und sollte weiter verbessert werden.

Die Arbeit in der Partei funktionierte gut: Mit Meike Baasen ist zurzeit eine aktive AfBlerin Mitglied im Landesvorstand, weiterhin nahm die AfB zu bildungspolitischen Themen ihren Gaststatus im Landesvorstand wahr. Der Kontakt zur politischen Ressortleitung funktionierte sehr gut.

Die AfB hat sich an der Konferenz der AfBen der Norddeutschen Bundesländer beteiligt und ist durch ihre Delegierten im Bund vertreten. Eine Beteiligung des Unterbezirks Bremerhaven an der Arbeit der AfB auf der Landesebene gab es praktisch nicht. Dieses Problem haben auch andere Landesarbeitsgemeinschaften. Hier wären Regelungen des Landesverbandes zum Wahlverfahren sinnvoll.

Abschließend bleibt erneut festzustellen: Bremen hat nach wie vor die schwierigsten sozialen Bedingungen aller Bundesländer und eben deshalb auch die größten Haushaltsprobleme.

Aber eine sozial gerechte und gut funktionierende Bildungspolitik ist weiterhin eine reine Finanzfrage. Trotz großer finanzieller Verbesserungen liegt Bremen bei schwieriger Bevölkerungsstruktur weiterhin hinter anderen Bundesländern zurück. Für Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ist Bildungspolitik Kern der sozialen und demokratischen Gesellschaftsentwicklung und sie beginnt bei der materiellen und personellen Ausstattung der Einrichtungen, die unsere Kinder betreuen und unterrichten.

Die AfB lädt bildungspolitisch interessierte Genossinnen und Genossen zur Mitarbeit herzlich ein.

Norbert Rüppell

AfB-landesvorsitzender

Sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ)



Die Mitgliederversammlung der ASJ mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 16. Februar 2016 statt. In den Vorstand wurde gewählt: Klaus-Dieter Schromek (Vorsitzender), Kadriye Pile und Andreas Mackeben (stellv. Vorsitzende) sowie Jochen Bachmann, Renate Bartholomäus-Lüthge, Tim Brinkmann, Shirin Dirks, Regina Faber, Wolfgang Grotheer, Marius Loeber, Brigitte Melinkat, Alexander Pallas, Anneke Schmitt-Wenknbach, Simon Sieweke und Timo Utermark (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die ASJ versteht sich in erster Linie als ein offenes, sozialdemokratisches Rechtspolitisches Forum. Unsere Vorstandssitzungen stehen allen Interessierten offen, worauf wir immer wieder hinweisen. Als besonders erfreulich beobachten wir nun schon seit vielen Jahren, dass sich unsere Treffen zu einer beliebten Plattform der rechtspolitischen Diskussion in unserer Partei entwickelt haben. Junge und auch ältere Genossinnen und Genossen aus dem gesamten Spektrum der juristischen Berufe und auch häufig neue Genossinnen und Genossen finden den Weg zu uns für fachlichen und politischen Austausch. Wir begrüßen das sehr und hoffen, die intensiven und manchmal auch kontroversen Gespräche unter uns und mit Gästen fortführen zu können.

Im Jahr 2016 haben wir uns mit dem Thema Sexualstrafrecht und Sexualstraftätern befasst. Die Studie des Instituts für Polizei- und Sicherheitsforschung (IPoS) zur „Untersuchung zu Verfahrensverlauf und Verurteilungsquoten bei Sexualstraftaten in Bremen“ sowie die Presseerklärung der Vereinigung Niedersächsischer und Bremer Strafverteidigerinnen und Strafverteidiger e. V. war Anlass und Gegenstand der Befassung. Hinzu trat der Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches – Verbesserung des Schutzes der sexuellen Selbstbestimmung. Auf Bitten des Landesvorstandes hat die ASJ eine Stellungnahme zur Rechtslage abgegeben.

Diskutiert hat die ASJ weiterhin das „Asylpaket II“ und die Gefährderproblematik in Bremen. Eine mögliche Entkriminalisierung des sogenannten Schwarzfahrens hat die ASJ bislang nur angerissen, wird aber eine weitere Befassung damit vorgesehen.

Eine parteiöffentliche Veranstaltung haben wir zur aktuellen Entwicklung in der Türkei, mit besonderem Blick auf den Rechtsstaat mit Ridvan Ciftci, Jurist, Doktorand und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Universität Bielefeld durchgeführt und dabei uns und die interessierten Gäste unter Rückgriff auf die Entwicklung der Türkei der letzten rund zehn Jahre mit den Fragen befasst: Wie konnte eine solche autoritäre Rechtsentwicklung stattfinden? Gibt es eine Aussicht auf Besserung? Welche Möglichkeiten haben noch kritische Wissenschaftler*innen in der Türkei? Mit diesem Thema wird die ASJ sich weiter befassen und hierzu auch weitere fachliche Stellungnahmen einholen.

Die in der Landesorganisation durchgeführte Parteireform war für die ASJ Anlass, weiterhin mit den anderen Arbeitsgemeinschaften gemeinsam für die Position der Arbeitsgemeinschaften und Foren in der Bremer Landesorganisation zu kämpfen. Wesentliche Ziele konnten dabei erreicht werden.

Mit großer Sorge hat uns seit langem der Spardruck auf das im Bereich Justiz, Polizei und Stadtamt eingesetzte Personal erfüllt. Wir haben uns mit den Lösungsansätzen des Senats zur Reform des Stadtamtes und zur Besetzung weiterer Stellen im Bereich der Justiz befasst und werden die weitere Entwicklung kritisch begleiten.

Dr. Klaus-Dieter Schromek

ASJ-Landesvorsitzender



Die Mitgliederversammlung der AG Migration und Vielfalt mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 2. März 2016 statt. In den Vorstand wurde gewählt: Sabine Uzuner (Vorsitzende), Recai Aytas und Ibrahim Bagarkasi (stellv. Vorsitzende) sowie Mehmet Acar, Elombo Bolayela, Arife Görgün, Aygün Kilincsoy, Udo Schmidt, Alexander Weisenbach und Annette Yildirim (Beisitzerinnen und Beisitzer).

Die AG Migration und Vielfalt trifft sich in regelmäßigen Intervallen zu Sitzungen, die für AG-Mitglieder, Interessierte sowie auch für Nichtmitglieder offen sind. Sie bearbeitet tagesaktuelle und parteipolitische Inhalte, die im weitesten Sinne mit dem Thema Migration und Integration in Zusammenhang stehen.

Themen der AG in den Berichtsjahren 2016 und 2017

1. **Organisation einer Veranstaltung zum Thema „Ausbildungsgarantie für junge Menschen in Bremen – Wie profitieren junge Menschen mit und ohne Migrationshintergrund davon?“ in 01/2016.**
Mit Sybille Böschen, Arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Bürgerschaftsfraktion; Regina Geraedts, Arbeitnehmerkammer und Elisabeth Mahlberg-Wilson, Zentrum für Schule und Beruf. Moderation: Libuse Cerna.
2. **Dialogpapier „Neues Miteinander“ der SPD-Bundestagsfraktion**
Die AG-Vorsitzende war hierzu am 16. März 2016 beim Dialogforum der Bundestagsfraktion in Berlin. Von der AG wurden im Nachgang Anregungen und Anmerkungen zu dem Papier der Bundestagsfraktion erarbeitet und eine Stellungnahme nach Berlin geschickt.
3. **Veranstaltung der SPD-Bürgerschaftsfraktion zum Thema Migrationsberatung am 8. Juni 2016**
Gemeinsame Vorbereitung der Veranstaltung mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion und Moderation der Podiumsdiskussion im Haus der Bürgerschaft durch die AG-Vorsitzende.
4. **Diskussion mit geladenen Gästen über den Antrag eines SPD-Ortsvereins zur Abschaffung des so genannten „Gotteslästerungsparagraphen“ (§ 166 StGB) an den Landespartei-tag.**
Verfassen einer Stellungnahme der AG an den Landesvorstand, in der sich die AG gegen eine Abschaffung des § 166 StGB ausspricht.
5. **Schwerpunktthema der AG Migration und Vielfalt im Jahr 2017 war das Thema „(Pflegerische) Versorgung von alten Menschen mit Migrationshintergrund.“**
Um sich diesem Thema zunächst intern zu nähern lud die AG über das Jahr verteilt diverse Gäste zu ihren Sitzungen ein. U. a. informierte die Dipl. Psychologin Sevim Kabak vom Zentralkrankenhaus Bremen-Ost bei einer Sitzung über die psychotherapeutische Versorgung von Menschen mit Migrationshintergrund bzw. von Geflüchteten. Gudrun Münchmeyer-Elis und Özlem Görmez-Heise vom Zentrum für Migranten und interkulturelle Studien (ZIS) berichtete im März 2017 über die Situation der pflegerischen Versorgung von Menschen mit ausländischen Wurzeln. Im November 2017 besuchte die AG gemeinsam mit dem LO-AK „Soziales“ das Stiftungsdorf Gröpelingen, um sich über die dortige (tagespflegerische) Versorgung von alten Menschen mit Migrationshintergrund zu informieren.

6. AG Migration und Vielfalt (Bundesebene)

Die Bremer AG Migration und Vielfalt befand sich im Berichtszeitraum durch regelmäßige Berichte und Telefonkonferenzen im ständigen Austausch mit der Bundesebene der AG.

7. Landesparteitage

Teilnahme der AG-Vorsitzenden am Landesparteitag am 25. März 2017 in der Messe Bremen.

8. Landesvorstand

Regelmäßige Teilnahme eines Vertreters der AG an den Sitzungen des Landesvorstands.

9. Öffentlichkeitsarbeit

Zur Information über Termine und die Arbeit der AG Migration und Vielfalt unterhält und pflegt die AG die Internetseite www.migration-vielfalt-bremen.de sowie den Facebook-Auftritt „AG Migration und Vielfalt in der SPD Bremen“.

Sabine Uzuner

Landesvorsitzende

AG Migration und Vielfalt



ARBEITSGEMEINSCHAFT

Selbst Aktiv – Menschen mit Behinderungen

Die Mitgliederversammlung der AG Selbst Aktiv mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 7. März 2016 statt.

Auf dieser Mitgliederversammlung stellte sich die Arbeitsgemeinschaft Selbst Aktiv im Bundesland Bremen neu auf und wählte in den Vorstand: Udo Schmidt (Vorsitzender), Patrick Henning und Margitta Schmidtke (stellv. Vorsitzende), Kai Baumann, Rosemarie Kovac, Alexander Jung, Lennard Türk, Caroline Weisenbach und Stefan Pitsch als Beisitzer.

Als Delegierte für den Landesparteitag wählten wir Kai Baumann und Alexander Jung (Stellvertreter). Als Delegierten zum Bundesausschuss Udo Schmidt, als Stellvertreter Patrick Henning. Die Delegiertenwahl zur Bundeskonferenz wurde zur Mitgliederversammlung 2017 verschoben. Zur Fachveranstaltung am 23. September 2016 „Politik für und mit Menschen mit Behinderung“ haben wir Jürgen Busch delegiert.

Allgemein gab es eine große Unzufriedenheit mit den Räumen zu unseren monatlichen Vorstandssitzungen und somit entschied sich der Vorstand zur Verlegung vom Treffpunkt KWADRAT in die barrierefreien Räume von Selbstbestimmt Leben e.V., Ostertorsteinweg 98 in Bremen. Als festen Termin entschied man sich auf den jeweils dritten Dienstag im Monat. Mit den neuen Räumen sind wir sehr zufrieden und fühlen uns dort sehr gut aufgehoben.

An den Sitzungen nehmen weiterhin zwischen acht bis 20 Mitglieder teil und diskutieren und beschließen Vorgänge rund um Belange der Behindertenpolitik im Land Bremen, aber auch zu nationalen und internationalen Behindertenpolitik.

Kooperationen erfolgen mit anderen Selbst Aktiv-Landes- und Bezirksvorständen in ganz Deutschland und mit Verbänden wie Selbsthilfen und SelbstBestimmt Leben. Teilnahme an

Sitzungen und Aktivitäten des Arbeitskreises Bremer Protest. Ein reger Austausch findet auf Ebene der Norddeutschen Selbst Aktiv Vorstände mit gelegentlichen Treffen, mit dem Bundesvorstand in Form von deutschlandweiten Telefonkonferenzen und Einzelgesprächen mit dem Bundesvorsitzenden Karl Finke statt. Diverse Unterstützer aus Verbänden und aus dem Bundesvorstand halten uns über wichtige Ereignisse oder Sachinformationen auf dem Laufenden.

Zahlreiche Aktivitäten, neben den monatlichen Sitzungen, können wir positiv verbuchen:

18./19. März 2016, Bundesausschuss AG Selbst Aktiv in Berlin.

Juni 2016, Medikamententest an Demenzerkrankten. - interne Diskussionsrunde.

5. Juni 2016, Erstes Treffen der bundesweiten Landes- und Bezirksvorsitzenden in Hannover zum Thema BTHG.

15. Juni 2016, Zweites Treffen der bundesweiten Landes- und Bezirksvorsitzenden in Hannover zum Thema BTHG mit Abschluss eines Positionspapiers für den SPD-Bundesvorstand.

21. Juni 2016, Demonstration „Krisendienst sofort“ mit Überreichung an die Gesundheitssenatorin Dr. Eva Quante-Brandt von über 700 Unterschriften von UnterstützerInnen.

16. August 2016, Besuch der Ausstellung im Rathaus „erfasst, verfolgt, vernichtet; kranke und behinderte Menschen im Nationalsozialismus“.

24./25. September 2016, Klausur der Norddeutschen Selbst Aktiv AG in Stendal.

26. Oktober 2016, Besuch der Werkstatt Bremen, Betriebsstätte Schiffbauerweg.

Oktober 2016, Referat des Vorsitzenden Udo Schmidt für den Landesvorstand Bremen, „Das BTHG – Bundesteilhabegesetz“.

1. Dezember 2016, Teilnahme am 22. Bremer Behindertenparlament mit drei eigenen Anträgen:

- a) Barrierefreiheit in privaten Arzt- und Therapiepraxen herstellen.
- b) Mitnahme von Assistenzhunden beim Besuch kultureller Einrichtungen.
- c) Arbeitgeber bei der Beschäftigung schwerbehinderter Menschen übersichtliche Hilfe darstellen.

Am Dienstag, 7. Februar 2017 fand im Kwadrat in Bremen die Mitgliederversammlung der AG Selbst Aktiv im Land Bremen statt. Nach dem Ausscheiden von Patrick Hennig aus der Partei musste ein neues stellvertretendes Mitglied im Vorstand und die ausstehenden Delegierten für die Bundeskonferenz nachgewählt werden. Der Landesvorstand der AG Selbst Aktiv Bremen besteht seit dem 7. Februar 2017 aus folgenden Mitgliedern: Udo Schmidt (Vorsitzender), Margitta Schmidtke, Rosemarie Kovac und Harald Metzdorf (stellvertretende Vorsitzende). Als Beisitzende wurden gewählt bzw. bestätigt: Kai Baumann, Adelarisa Kedenburg, Alexander Jung, Lennard Türk, Caroline Weisenbach. Stefan Pitsch, Marcel Wölk. Als Delegierte für die Bundeskonferenz wurden gewählt: Stefan Pitsch und Harald Metzdorf, als Ersatzdelegierte, Kai Baumann und Alexander Jung.

31. März/1. April 2017, Selbst Aktiv Bundeskonferenz im WBH in Berlin.

3. Mai 2017, „Tag der Behinderung“. Demonstration durch Bremen und Selbst Aktiv-Infostand auf dem Bremer Marktplatz.

16. Mai 2017, Gast auf unserer Vorstandssitzung war Herr Dr. Joachim Steinbrück (LBB). Schwerpunktthema war die Situation der Inklusion und die Bildung im Land Bremen.

15. August 2017, Dr. med. Peter Borusiak, der neue Institutsdirektor des Sozialpädiatrisches Institutes Kinderzentrum (SPI) referiert auf unserer Sitzung.

19. September 2017, Impulsreferat auf unserer Vorstandssitzung von Arne Frankenstein (Selbstbestimmt Leben e.V.) zum Thema Gesundheitsversorgung in Bremen.

13. Oktober 2017, Bundesausschuss im WBH in Berlin.

7. – 9. November 2017, dank der Einladung von Dr. Joachim Schuster (MdEP) konnte Selbst Aktiv im UB Bremerhaven und Selbst Aktiv im Land Bremen mit 25 Aktivisten an einer Infotour speziell für Menschen mit Behinderungen nach Brüssel teilnehmen. Wir konnten die europäische Politik mal etwas „anders“ kennen lernen. Die Eindrücke bleiben uns erhalten.

28. November 2017, 23. Behindertenparlament in der Bremer Bürgerschaft unter dem Motto „Gesundheitsförderung für Menschen mit Behinderung in Bremen und Bremerhaven“. Unsere AG hat den Beschlussvorschlag eingebracht „Belange behinderter Menschen verstärkt in die Aus-, Fort- und Weiterbildung im Gesundheitswesen aufnehmen“.

Auch 2018/2019 werden wir das Thema „Belange behinderter Menschen im Gesundheitswesen“ als unser Schwerpunktthema für das Land Bremen beibehalten, die Netzwerke mit Verbänden und Organisationen verstärken und uns im Rahmen der Behindertenpolitik weiter einsetzen. Die Herausforderungen für die anstehenden Europawahlen und den Wahlen der bremischen Bürgerschaft im Jahr 2019 werden wir für unsere Behindertenpolitik nutzen.

Udo Schmidt
Landesvorsitzender
AG Selbst Aktiv



Forum Sport

Die Mitgliederversammlung des Forums Sport mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 24. Februar 2016 statt. Hier hat sich das Forum Sport personell neu aufgestellt. Nachdem die bisherige Vorsitzende Ingelore Rosenkötter erklärt hatte, dass sie nicht mehr für das Amt der Vorsitzenden kandidiert, schlägt sie den bisherigen stellvertr. Vorsitzenden Reiner Holsten vor. Als neuer Vorsitzender des Forum Sport der SPD-Landesorganisation Bremen wird Reiner Holsten einstimmig gewählt; stellvertretende Vorsitzende wird Astrid Henriksen, die gleichzeitig die Funktion der Bremerhaven-Beauftragten wahrnimmt und als Landesdelegierte für das Forum Sport fungiert; Heinz-Dieter Ahlers, als Behindertenbeauftragter. Die Beisitzerin im Vorstand Petra Krümpfer, und Beisitzer Werner Müller, Malte Schiemann, Dietmar Stadler und Ernst Steinhoff komplettieren den Vorstand des Forum Sport in der SPD-Landesorganisation Bremen.

Inhaltliche und thematische Festlegungen

Neben der personellen Neuaufstellung stand in der ersten Phase des Berichtszeitraumes die inhaltliche und thematische Festlegung der zukünftigen Vorstandsarbeit im Vordergrund. Der Geschäftsverteilungsplan wird erarbeitet mit entsprechender personeller Zuständigkeit für die Bereiche Terminwahrnehmung – in Abstimmung miteinander (z. B. LO, Deputation, Forum Sport Bund, ...), Vereinsentwicklung, Inklusion, Integration, Schulsport, Behinderte, Sportentwicklung, Fraktionsarbeit, Öffentlichkeitsarbeit, Leistungssport, Breitensport, Homepage, Facebook, Schriftführung etc. .

Inhaltliche Themenschwerpunkte für das Forum Sport werden anhand einer Mindmap und einer Liste zu Sportthemen erarbeitet. Die Themen werden diskutiert und auf den ersten Sitzungen intensiv besprochen und priorisiert:

- 1. Sportentwicklungsplan**
- 2. Schulsport:** 3. Sportstunde, Runder Tisch Dialog Schulsport, Kooperation mit dem Vereinssport, Bewegungs-Kita
- 3. Spitzensport:** Reform; Finanzierung Bund, Land, Kommune; Gesundheit der Sportlerinnen und Sportler
- 4. Breitensport**
- 5. Gesundheitssport:** Präventionsgesetz, Menschen mit Behinderung
- 6. Trendsportarten: unorganisierter Sport**
- 7. Ehrenamtlichkeit und Gesundheit im Sport,** Zusammenarbeit der Arbeitsgemeinschaft und Foren, Schulsport als ständige Aufgabe definiert, Sportförderung durch die EU und was sozialdemokratische Sportpolitik ausmacht, werden intensiv besprochen und diskutiert.

Das Eckpunktepapier für die Arbeit der Arbeitsgemeinschaft und Foren in der Bremer SPD wird kritisch diskutiert und vom Forum Sport angenommen. Wir wollen Nichtmitglieder mit einbinden und ein neues Netzwerk schaffen, auch mit externer Kompetenz: Landessportbund (LSB), Vertretung aus den Ressorts Bildung bzw. Soziales (Sport), Verbände, Vernetzung zu wichtigen Playern im Sport in Bremen (LSB-Vorsitzender LSB, Treffen mit Vereinsvorsitzenden – regional).

Die Sitzungen werden regelmäßig, Vorstand i. d. R. monatlich dienstags, ab 18:30 Uhr stattfinden.

Inhaltliche Schwerpunktthemen 2016 und 2017 (exemplarisch)

Berichte aus den Sitzungen der städtischen/staatlichen Deputation für Sport, Sanierungsbedarfe in Schulsportanlagen, Breitensport/Leistungssport – vor/nach der Olympiade, Bundesteilhabegesetz, Sport und Integration, Bestandsaufnahme Bremer Sportanlagen, Sport/Schule im Ganztage/Kooperation Sportvereine, Sportunterricht an Schulen, Aktueller Stand zur Entwicklung des Rennbahnquartiers, Sitzung zum Thema: „Förde-

„rung des Leistungssports in Bremen“ mit dem Vorsitzenden der „sportstiftung bremen“, Peter Gagelmann. Der Sportentwicklungsplan der Stadtgemeinde Bremen und die Leitziele zur Sportentwicklung in Bremen bis zum Jahr 2030 werden intensiv bearbeitet. Das Forum Sport fordert eine Übernahme der Leitziele der Sportentwicklung in die Finanzplanung ab 2020 und die ressortübergreifende Finanzierung von Teilaufgaben der Zielformulierungen. Mit diesen Zielen und der Schwerpunktsetzung auf diese Leitziele stellt sich zukünftig das Forum Sport bei Besuchen in den Sportvereinen vor und sucht so das direkte Gespräch mit den Vereinen vor Ort.

In dem Konzept zur Qualitätsoffensive für Bildung wird bei den Bildungsdefiziten der Sport und seine Bedeutung nicht explizit erwähnt, das Fach Sport taucht gar nicht mehr auf und wird in den Grundschulen gänzlich aus den Zeugnissen gestrichen. Das halten wir für den falschen Ansatz. Im Gegenteil dazu steht das Forum Sport für 3-Stunden-Sportunterricht unter fachlicher Anleitung von Sportfachlehrkräften.

Wir befürworten die Wiederaufnahme der Ausbildung von Sportlehrkräften an der Bremer Universität. Deshalb haben wir dazu auch einen Antrag auf Wiedereinführung eines Studienganges zur Ausbildung von Sportlehrkräften auf dem letzten Landesparteitag (2. Mai 2017) eingebracht: A 25 „Die Qualität des Sportunterrichts sichern durch Ausbildung qualifizierter Lehrkräfte“.

Bremen ist zurzeit das einzige Bundesland in Deutschland in dem keine Sportlehrkräfte mehr ausgebildet werden. Es fehlen aktuell für den Schulsport qualifiziert ausgebildete Sportlehrkräfte. Die Folgen für den Schulsport, aber auch für den Breiten- und Spitzensport und für die Vereine in Bremen sind fatal.

Das Forum Sport ist der Überzeugung, dass es notwendig ist, die Ausbildung von Sportlehrkräften an der Universität Bremen wieder einzuführen.

Weitere Landesparteitagsanträge des Forum Sport in den Jahren 2016 und 2017: A 07 „Wohnbebauung und Sport im Rennbahnquartier“, es geht uns hier um den Erhalt von Sportflächen, um bei der städtebaulichen Entwicklung des Quartiers Flächen für den Vereins- und Freizeitsport vorzuhalten und zu entwickeln; A 23 „Integrationsgesetz für das Land Bremen schaffen“; A 33 „Schädelhirnverletzungen im Sport“, hier geht es darum, eine Sensibilisierung für die Problematik bei Sportlerinnen und Sportler, aber auch Ärzten zu schaffen und regionale Vorsorgekonzepte zu entwickeln.

Reiner Holsten

Landesvorsitzender
Forum Sport in der SPD



Forum Eine Welt

Ausschuss für Internationale Angelegenheiten

Die Mitgliederversammlung des Forums Eine Welt mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 11. Februar 2016 statt.

In den Vorstand wurde gewählt: Martin Töben als Sprecher, Özden Konuralp als stellvertretender Sprecher und Björn Wehrs als NGO-Beauftragten.

Die Globalisierung und die internationalen Verflechtungen der Welt mit allen Chancen und Risiken ziehen sich wie ein roter Faden durch die Referate, Diskussionen und Beschlüsse des Ausschusses für Internationale Angelegenheiten (AIA). Er ist das internationale Arbeitsgremium, das die entsprechenden Themen zu drängenden außenpolitischen Fragen erarbeitet und befördert. Ziel des Ausschusses ist es, inhaltliche Diskussionen und internationale Themen aus der globalisierten Welt in die Gliederungen der Partei und an die Basis zu bringen.

Zum Thema Transatlantische Freihandelsabkommen (TTIP) und Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) hat der Ausschuss sehr frühzeitig agiert. Insbesondere die Ablehnung, dass es keine Schadenersatzforderungen von Konzernen gegenüber Staaten geben darf. Das Thema Freihandelsabkommen wird uns auch weiterhin beschäftigen und ist immer noch hoch aktuell. Wir brachten 2016 mit Erfolg den Antrag „Keine Hermes-Bürgschaften für Waffen- und Rüstungsexporte“ in den Landesparteitag ein.

Die konstruktive Zusammenarbeit mit unserem Europaabgeordneten, Joachim Schuster, die auch in gemeinsamen Sitzungen mit dem Arbeitskreis Europa mündete, wurde fortgesetzt. Dazu kamen Veranstaltungen im EuropaPunkt, wie zum Beispiel über die „Economic Partnership Agreements“ (EPA).

Wir setzten uns intensiv mit dem Beschlusspapier „Progressive Afrika-Politik“ der SPD-Bundestagsfraktion auseinander und haben Vorschläge für Verbesserungen gemacht und versandt. Zudem

erfolgten Beschlüsse zur Marokko-Politik der Bundesregierung. Dem „Bremer Aufruf“ der Europa-Union sind wir beigetreten.

Der Sekretär der Progressive Alliance, Konstantin Woinoff, war bei uns zu Gast und hat die Nachfolgeorganisation der Sozialistischen Internationale vorgestellt.

Es fand ein regelmäßiger Austausch mit der SPD-Bürgerschaftsfraktion – Antje Grotheer und Elombo Bolayela – über die jeweiligen Arbeitsvorhaben und Planungen statt. Die Zusammenarbeit wird auch über diesen Berichtszeitraum hinaus weitergeführt werden.

Weitere Themen waren unter anderem die Lage in Syrien. Und wir befassten uns wiederholt mit dem Thema Rüstungsproduktion und -export. Die Wahlen in Frankreich waren ebenso Thema wie „Pulse of Europe“. Wir hatten einen Verein zu Besuch, der seine Projektidee zu Straßenkindern in Kamerun vorstellte.

Regelmäßig und mit großer Besorgnis analysierten und besprachen wir die Situation und politische Entwicklung in der Türkei. Die türkischstämmigen Mitglieder berichten regelmäßig. Ein Mitglied der CHP war 2017 beim Landesvorstand zu Gast.

Der Besuch und die Berichterstattung von zwei Togolesen zur politischen Situation und den aufkeimenden Bürgerkrieg in Togo veranlasste uns zu einem Schreiben an den deutschen Außenminister.

Wir haben 2017 unsere jährliche Klausurtagung bereits das 9. Mal durchgeführt. Das jährliche „Jahresabschlussessen“ wurde von vielen Genossen und Genossinnen gerne besucht, um auch einmal nur bei Speis und Trank zusammenzukommen und einen entspannten Abend zu verbringen.



Landesvorsitzende Sascha Aulepp traf am 19. Oktober 2017 den CHP-Abgeordneten Attila Sertel im Parteibüro in der Obernstraße.

Wir wünschen uns eine breitere Verankerung der Entwicklungszusammenarbeit und Sensibilisierung internationaler Themen in der Bevölkerung und auch in der SPD im Denken und im Handeln. Wir werden unseren Beitrag dazu leisten.

Martin Töben
Sprecher des Forums

Wissenschaftsforum der Sozialdemokratie im Land Bremen und der Nordwest-Region

Die Mitgliederversammlung des Wissenschaftsforums mit den Vorstands- und Organisationswahlen fand am 5. April 2016 statt. Gewählt wurden als Vorsitzende Dr. Dagmar Burgdorf, als Stellvertreter Dr. Mario Domann-Käse und Arno Gottschalk (MdBB) und als Beisitzer und Beisitzerinnen Prof. Dr. Hilke Brockmann, Prof. Dr. Rainer Malaka, Dr. Klaus von Freyhold, Dr. Burghard Wittig, Patrik Henning, Ronald Gotthelf, Dr. Iris Spies, Dr. Angela Stoklosinski.

Das Forum beschäftigte sich im Wesentlichen mit Arbeitsbedingungen in der Wissenschaft (Grundfinanzierung der Hochschulen, Ausbau der Tenure Track-Stellen, Förderung für den wissenschaftlichen Nachwuchs), Exzellenzuniversität Bremen und Perspektiven nach dem Wegfall der Förderung, es fanden regelmäßig Gespräche mit der Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Verbraucherschutz, Eva Quante-Brandt, und Besuche von wissenschaftlichen Einrichtungen/Instituten statt. Neue Mitglieder und Interessierte wurden jeweils in den E-Mail-Verteiler aufgenommen und zu den Terminen eingeladen. Anträge der JUSOS für die Landesparteitage wurden mit ihnen diskutiert und Änderungen vorgeschlagen.

Am 2. Mai 2016 hat Hilke Brockmann ihren Forschungsschwerpunkt an der Jacobs-Universität vorgestellt. Das Thema war: „Glück und seine Bedeutung für jede/n Einzelne/n“. Ein interessantes und auch entspannendes Thema. Anders dagegen die Perspektiven des wissenschaftlichen Personals an der privaten Universität. Hier wurde Kritik laut. Leider verließ Hilke Brockmann das Wissenschaftsforum, um ihr Glück in Italien zu finden, wir wünschen ihr viel Erfolg. Ein Gespräch mit der Senatorin Eva Quante-Brandt über aktuelle Themen im Wissenschaftsbereich fand am 6. Juni 2016 statt.

Am 16./17. Juni 2016 lud das Bundesforum der SPD nach Hamburg ein. Das Hamburger Wissenschaftsforum führte die Tagung: „Wissenschaft und Forschung 2030“ durch, Themen waren u. a.:

Perspektiven für die Wissenschaftsstandort Deutschland. Es waren Teilnehmer*innen aus fast allen Landesverbänden vertreten. So wurde ein persönlicher Austausch möglich. Aus Bremen haben an diesem Treffen der SPD-Wissenschaftsforen Hilke Brockmann und Dagmar Burgdorf teilgenommen.

Eine für den 19. Oktober 2016 geplante größere Veranstaltung über Arbeitsbedingungen im Hochschulbetrieb fiel leider aus organisatorischen Gründen aus. Am 7. November 2016 und 16. November 2016 traf der Vorstand zusammen, um neue Ideen zu entwickeln. Die Vorstandssitzung am 5. Januar 2017 wurde genutzt zur Vorbereitung des nachfolgenden Termins mit der Senatorin. Am 10. Januar 2017 folgte die Diskussion mit Senatorin Eva Quante-Brandt zu den Themen: Zeitgesetz, Spenden für die Forschung, Situation der Lehrbeauftragten, Anträge für den Landesparteitag und am 9. März 2017 wurden diskutiert: Zukunftspapier und Hochschulreformgesetz.

25. April 2017: Planung einer Veranstaltung mit Hubertus Heil, die leider ins Wasser fiel, weil der vorgesehene Referent kurz davor Generalsekretär der Partei wurde.

Im Oktober 2017 Besuch des FabLab in der Universität (Studiengang Digitale Medien/ Medieninformatik), Themen: Präsentation des Bildungsangebots, Projekt Kaliopé, Erläuterung der wissenschaftlichen und finanziellen Grundlagen, praktische Beispiele (Laserverfahren, 3D-Drucke etc.).

23. November 2017: Diskussion mit der Senatorin/ resp. dem Staatsrat, Themen: Zukünftige Förderung der exzellenten Forschungsbereiche an der Universität, Zukunftskommission Bremen 2035 von Bürgermeister Dr. Carsten Sieling, Schwerpunkte der Bremer Wissenschaftspolitik bis zur nächsten Bürgerschaftswahl. Am 30. November 2017 Besuch beim Alfred-Wegener-Institut in Bremerhaven.

Dr. Dagmar Burgdorf
Vorsitzende des Forums

ANHANG

Wahlergebnisse	Seite 97
Statistiken zur Mitgliederentwicklung	Seite 101

WAHLERGEBNISSE

Bundestagswahl 2017 – Erststimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2017 zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	335.919	70,85	333.022	68,8	2.897	2,05
SPD	105.119	31,75	133.437	40,6	-28.318	-8,85
CDU	81.275	24,55	97.265	29,6	-15.990	-5,05
Grüne	33.386	10,09	37.667	11,5	-4.281	-1,41
FDP	30.457	9,2	6.360	1,9	24.097	7,3
Die Linke	39.405	11,9	28.521	8,7	10.884	3,2
NPD	487	0,15	3.796	1,2	-3.309	-1,05
AfD	30.935	9,34	10.764	3,3	20.171	6,04

Bundestagswahl 2017 – Erststimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2017 zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	284.098	72,24	279.906	69,87	4.192	2,37
SPD	86.886	31,02	109.939	39,75	-23.053	-8,73
CDU	68.444	24,44	81.373	29,24	-12.929	-4,8
Grüne	30.031	10,72	33.857	12,24	-3.826	-1,52
FDP	27.001	9,64	5.504	1,99	21.497	7,65
Die Linke	33.861	12,09	24.491	8,86	9.370	3,23
NPD	246	0,09	2.991	1,08	-2.745	-0,99
AfD	25.035	8,94	8.893	3,22	16.142	5,72

Bundestagswahl 2017 – Erststimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2017 zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	51.821	64,08	53.116	63,8	-1.295	0,28
SPD	18.233	35,77	23.498	45	-5.265	-9,23
CDU	12.831	25,18	15.892	30,5	-3.061	-5,32
Grüne	3.355	6,58	3.810	7,3	-455	-0,72
FDP	3.456	6,78	856	1,6	2.600	5,18
Die Linke	5.544	10,88	4.030	0,7	1.514	10,18
NPD	241	0,47	805	1,5	-564	-1,03
AfD	5.900	11,58	1.871	3,6	4.029	7,98

Bundestagswahl 2017 – Erststimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	188064	74,48	147.855	66,71	335.919	70,9
SPD	Sarah Ryglewski		Uwe Schmidt			
	55656	30,01	49463	33,97	105.119	31,8
CDU	Elisabeth Motschmann		Bettina Hornhues			
	44912	24,22	36363	24,97	81275	24,6
Grüne	Dr. Kirsten Kappert-Gonther		Maurice Müller			
	22117	11,93	11269	7,74	33386	10,1
FDP	Lencke Steiner		Hauke Hiltz			
	20702	11,16	9755	6,7	30457	9,2
Die Linke	Sebastian Rave		Nelson Janßen			
	22666	12,22	16739	11,5	39405	11,9
NPD	-		Horst Görmann			
			487	0,33	487	0,3
MLPD	Wolfgang Lange		Joachim Niegisch			
	350	0,19	150	0,1	500	0,2
AfD	Silvia Brock		Frank Magnitz			
	14290	7,71	16645	11,43	30935	9,3
Die PARTEI	Fabian Tobias Siggelkow		Ralf Peter Balke			
	4744	2,56	3009	2,07	7753	2,3

Bundestagswahl 2017 – Zweitstimmen: Wahlkreise

	Wahlkreis 54 Bremen I		Wahlkreis 55 Bremen II - Bremerhaven		Land Bremen	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	188064	74,48	147855	66,7	335919	70,9
SPD	45729	24,54	43215	29,61	88944	26,76
CDU	48548	26	34951	23,95	83409	25,10
Grüne	23568	12,65	13165	9,02	36733	11,05
Die Linke	26425	14,18	18204	12,47	44629	13,43
FDP	19138	10,27	11918	8,17	31056	9,35
NPD	264	0,14	599	0,41	863	0,26
AfD	15539	8,4	17705	12,13	33244	10,00
MLPD	154	0,08	119	0,08	273	0,08
Freie Wähler	488	0,26	706	0,48	1194	0,36
BGE	1124	0,6	680	0,47	1804	0,54
Menschliche Welt	392	0,21	513	0,35	905	0,27
Die PARTEI	3093	1,66	2418	1,66	5511	1,66
V-Partei	589	0,32	430	0,29	1019	0,31

Bundestagswahl 2017 – Zweitstimmen: Land Bremen

Land Bremen	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2013 zu 2009	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	335.919	70,85	333.022	68,8	2.897	2,1
SPD	88.944	26,76	117.204	35,6	-28.260	-8,8
CDU	83.409	25,1	96.459	29,3	-13.050	-4,2
Grüne	36.733	11,05	40.014	12,1	-3.281	-1,1
Die Linke	44.629	13,43	33.284	10,1	11.345	3,3
FDP	31.056	9,35	11.204	3,4	19.852	6,0
NPD	863	0,26	3.640	1,1	-2.777	-0,8
Piratenpartei	1.958	0,59	8.455	2,6	-6.497	-2,0
AfD	33.244	10	12.307	3,7	20.937	6,3

Bundestagswahl 2017 – Zweitstimmen: Stadt Bremen

Stadt Bremen	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2017 zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	284.098	72,24	279.906	69,9	4.192	2,3
SPD	73.173	26,01	96.795	34,9	-23.622	-8,9
CDU	70.450	25,05	80.535	29,1	-10.085	-4,1
Grüne	32.731	11,64	35.565	12,8	-2.834	-1,2
Die Linke	38.787	13,79	28.444	10,3	10.343	3,5
FDP	27.189	9,55	9.701	3,5	17.488	6,1
NPD	585	9,67	2.849	1,0	-2.264	8,7
Piratenpartei	1.594	0,57	7.332	2,6	-5.738	-2,0
AfD	26.851	9,55	10.129	3,7	16.722	5,9

Bundestagswahl 2017 – Zweitstimmen: Stadt Bremerhaven

Stadt Bremerhaven	Bundestagswahl 2017		Bundestagswahl 2013		Veränderungen 2017 zu 2013	
	absolut	%	absolut	%	absolut	%
Wähler/ Wahlbeteiligung	51.821	64,08	53.116	63,85	-1.295	0,2
SPD	15.771	30,9	20.409	38,96	-4.638	-8,1
CDU	12.959	25,39	15.924	30,40	-2.965	-5,0
Grüne	4.002	7,84	4.449	8,49	-447	-0,7
Die Linke	5.842	11,45	4.840	9,24	1.002	2,2
FDP	3.867	7,58	1.503	2,87	2.364	4,7
NPD	278	0,54	791	1,51	-513	-1,0
Piratenpartei	364	0,71	1.123	2,14	-759	-1,4
AfD	6.393	12,53	2.178	4,16	4.215	8,4

STATISTIKEN ZUR MITGLIEDERENTWICKLUNG

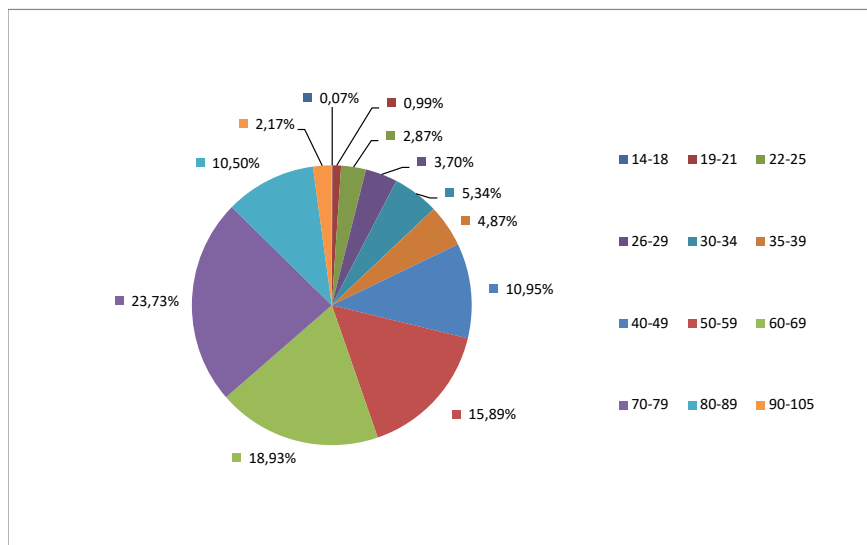
Mitgliederbestand nach Geschlecht; Stichtag: 31.12.2017

Gliederung	Name	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	4.248	2.793	65,75	1.455	34,25
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.910	1.890	64,95	1.020	35,05
13001000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	139	91	65,47	48	34,53
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	68	53	77,94	15	22,06
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	125	75	60,00	50	40,00
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	141	84	59,57	57	40,43
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	11	8	72,73	3	27,27
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	72	43	59,72	29	40,28
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	16	12	75,00	4	25,00
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	143	97	67,83	46	32,17
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	112	75	66,96	37	33,04
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	36	18	50,00	18	50,00
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	127	82	64,57	45	35,43
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	50	29	58,00	21	42,00
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	98	62	63,27	36	36,73
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	149	98	65,77	51	34,23
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	247	160	64,78	87	35,22
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	105	66	62,86	39	37,14
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehedeich	103	62	60,19	41	39,81
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	76	53	69,74	23	30,26
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	50	38	76,00	12	24,00
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	125	77	61,60	48	38,40
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	106	73	68,87	33	31,13
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	45	29	64,44	16	35,56
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	63	47	74,60	16	25,40
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	45	28	62,22	17	37,78
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	80	51	63,75	29	36,25
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	41	28	68,29	13	31,71
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	158	100	63,29	58	36,71
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	192	131	68,23	61	31,77
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	187	120	64,17	67	35,83
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	816	556	68,14	260	31,86
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	81	55	67,90	26	32,10
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	69	53	76,81	16	23,19
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	121	81	66,94	40	33,06
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	112	74	66,07	38	33,93
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	139	99	71,22	40	28,78
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	166	113	68,07	53	31,93
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	128	81	63,28	47	36,72
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	522	347	66,48	175	33,52
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	100	66	66,00	34	34,00
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	58	36	62,07	22	37,93
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	41	26	63,41	15	36,59
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	66	43	65,15	23	34,85
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	34	25	73,53	9	26,47
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	30	61,22	19	38,78
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	33	20	60,61	13	39,39
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	141	101	71,63	40	28,37

Mitgliederbestand nach Alter; Stichtag: 31.12.2017

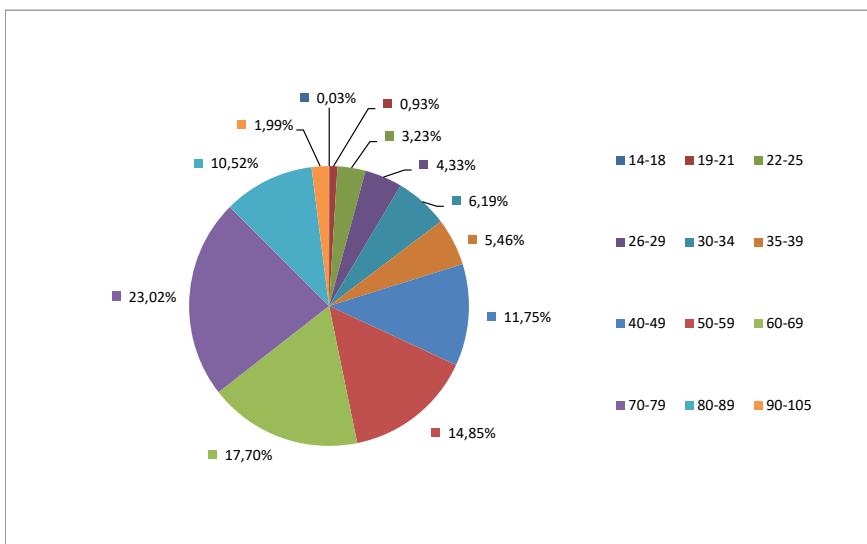
Landesorganisation Bremen

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	3	0,07	1	0,04	2	0,14
19-21	42	0,99	34	1,22	8	0,55
22-25	122	2,87	89	3,19	33	2,27
26-29	157	3,70	110	3,94	47	3,23
30-34	227	5,34	151	5,41	76	5,22
35-39	207	4,87	145	5,19	62	4,26
40-49	465	10,95	326	11,67	139	9,55
50-59	675	15,89	429	15,36	246	16,91
60-69	804	18,93	507	18,15	297	20,41
70-79	1.008	23,73	666	23,85	342	23,51
80-89	446	10,50	284	10,17	162	11,13
90-105	92	2,17	51	1,83	41	2,82
Gesamt	4.248	100,00	2.793	100,00	1.455	100,00



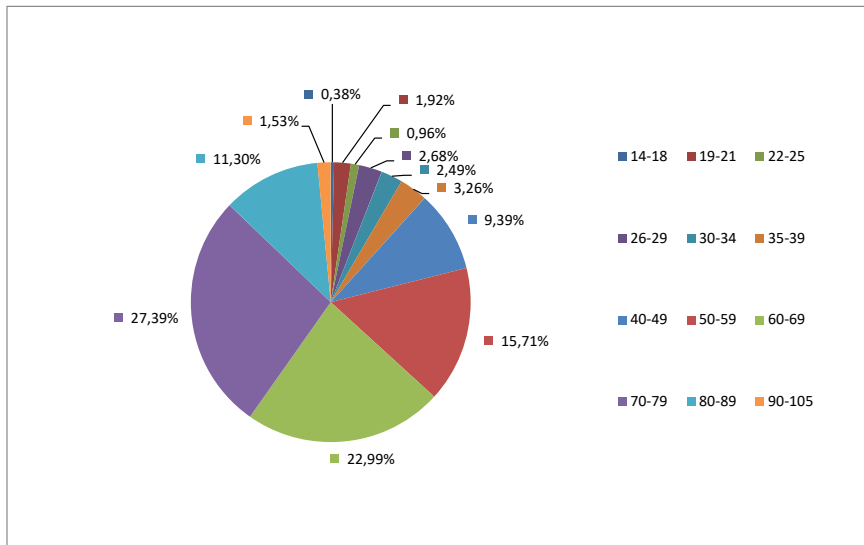
Unterbezirk Bremen-Stadt

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	1	0,03	0	0,00	1	0,10
19-21	27	0,93	19	1,01	8	0,78
22-25	94	3,23	68	3,60	26	2,55
26-29	126	4,33	88	4,66	38	3,73
30-34	180	6,19	123	6,51	57	5,59
35-39	159	5,46	110	5,82	49	4,80
40-49	342	11,75	238	12,59	104	10,20
50-59	432	14,85	267	14,13	165	16,18
60-69	515	17,70	319	16,88	196	19,22
70-79	670	23,02	438	23,17	232	22,75
80-89	306	10,52	192	10,16	114	11,18
90-105	58	1,99	28	1,48	30	2,94
Gesamt	2.910	100,00	1.890	100,00	1.020	100,00



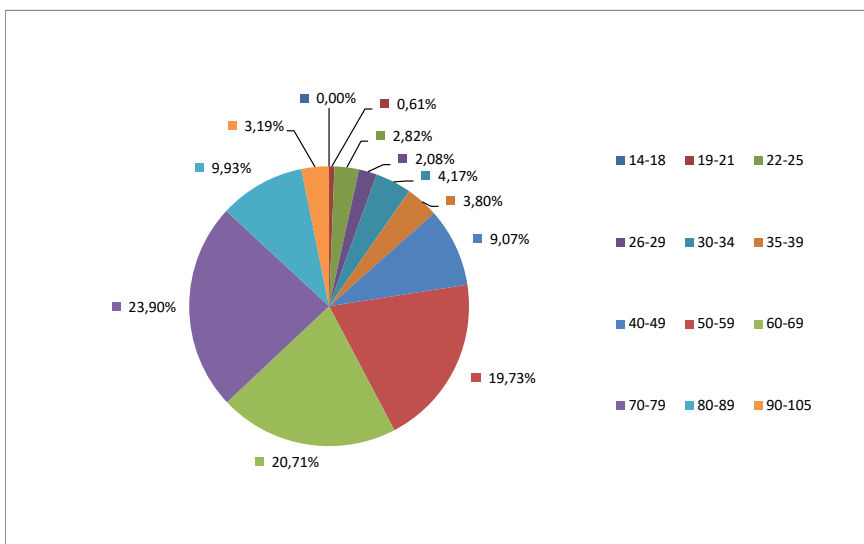
Unterbezirk Bremen-Nord

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	2	0,38	1	0,29	1	0,57
19-21	10	1,92	10	2,88	0	0,00
22-25	5	0,96	3	0,86	2	1,14
26-29	14	2,68	8	2,31	6	3,43
30-34	13	2,49	6	1,73	7	4,00
35-39	17	3,26	13	3,75	4	2,29
40-49	49	9,39	37	10,66	12	6,86
50-59	82	15,71	55	15,85	27	15,43
60-69	120	22,99	75	21,61	45	25,71
70-79	143	27,39	94	27,09	49	28,00
80-89	59	11,30	40	11,53	19	10,86
90-105	8	1,53	5	1,44	3	1,71
Gesamt	522	100,00	347	100,00	175	100,00



Unterbezirk Bremerhaven

Alter	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
14-18	0	0,00	0	0,00	0	0,00
19-21	5	0,61	5	0,90	0	0,00
22-25	23	2,82	18	3,24	5	1,92
26-29	17	2,08	14	2,52	3	1,15
30-34	34	4,17	22	3,96	12	4,62
35-39	31	3,80	22	3,96	9	3,46
40-49	74	9,07	51	9,17	23	8,85
50-59	161	19,73	107	19,24	54	20,77
60-69	169	20,71	113	20,32	56	21,54
70-79	195	23,90	134	24,10	61	23,46
80-89	81	9,93	52	9,35	29	11,15
90-105	26	3,19	18	3,24	8	3,08
Gesamt	816	100,00	556	100,00	260	100,00



Mitgliederbestand Durchschnittsalter nach Geschlecht: Stichtag 31.12.2017

Gliederung	Name	Mitglieder gesamt	Mitglieder gesamt Alter	männlich	männlich Alter	weiblich	weiblich Alter
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	4.248	60	2.793	59	1.455	61
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.910	59	1.890	58	1.020	60
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	139	66	91	66	48	66
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	158	66	100	66	58	65
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	192	59	131	59	61	59
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattensch	68	63	53	64	15	59
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	125	58	75	55	50	63
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	141	58	84	56	57	61
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	11	65	8	67	3	60
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	72	62	43	59	29	65
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	16	67	12	67	4	69
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	143	48	97	48	46	47
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	112	65	75	66	37	63
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	36	60	18	64	18	57
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	127	54	82	53	45	55
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	50	58	29	58	21	59
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	98	61	62	59	36	65
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	149	54	98	55	51	54
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	247	55	160	53	87	59
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	105	53	66	53	39	53
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	103	61	62	61	41	61
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	76	64	53	65	23	63
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	50	57	38	56	12	60
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	125	57	77	56	48	59
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	106	59	73	58	33	62
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	45	65	29	62	16	71
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	63	62	47	60	16	69
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	45	59	28	56	17	64
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	80	57	51	56	29	59
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	41	61	28	62	13	58
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	187	57	120	55	67	60
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	816	61	556	61	260	62
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	166	62	113	61	53	62
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	81	60	55	59	26	62
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	69	62	53	62	16	61
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	121	59	81	58	40	61
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	112	54	74	53	38	56
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	139	65	99	65	40	63
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	128	67	81	66	47	68
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	522	62	347	62	175	63
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	141	64	101	63	40	65
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	58	59	36	58	22	60
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	41	62	26	64	15	60
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	66	61	43	59	23	65
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	34	62	25	61	9	64
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	66	30	65	19	68
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	33	60	20	63	13	56
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	100	61	66	61	34	63

Mitgliederentwicklung

Stichtage: 31.12.2016, 30.3.2017, 30.6.2017, 30.9.2017, 31.12.2017

Gliederung	Name	Mitglieder zum 31.12.2016	Mitglieder zum 31.03.2017	Mitglieder zum 30.06.2017	Mitglieder zum 30.09.2017	Mitglieder zum 31.12.2017	Differenz 31.12.2016 zu 31.12.2017	Diff. in %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	4.140	4.243	4.240	4.260	4.248	108	2,61
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	2.796	2.876	2.888	2.916	2.910	114	4,08
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	42	42	41	42	41	-1	-2,38
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	72	76	75	77	80	8	11,11
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	45	46	44	44	45	0	0,00
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	133	136	137	139	139	6	4,51
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	60	63	64	64	63	3	5,00
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	42	45	45	46	45	3	7,14
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	105	105	105	110	106	1	0,95
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	120	126	125	124	125	5	4,17
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	46	47	48	50	50	4	8,70
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	77	76	74	76	76	-1	-1,30
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	103	99	100	102	103	0	0,00
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	97	103	103	103	105	8	8,25
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	220	239	246	251	247	27	12,27
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	136	140	143	147	149	13	9,56
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	99	95	97	99	98	-1	-1,01
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	55	53	50	50	50	-5	-9,09
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	122	128	131	131	127	5	4,10
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	33	35	36	37	36	3	9,09
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	114	114	113	114	112	-2	-1,75
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	119	131	135	137	143	24	20,17
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	16	16	16	16	16	0	0,00
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	68	72	72	74	72	4	5,88
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	12	11	11	11	11	-1	-8,33
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	138	141	142	141	141	3	2,17
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	120	124	126	125	125	5	4,17
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	69	70	68	68	68	-1	-1,45
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	182	188	187	184	187	5	2,75
130010004900	SPD-OV Altstadt-Mitte	184	188	188	191	192	8	4,35
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	167	167	166	163	158	-9	-5,39

Gliederung	Name	Mitglieder zum 31.12.2016	Mitglieder zum 31.03.2017	Mitglieder zum 30.06.2017	Mitglieder zum 30.09.2017	Mitglieder zum 31.12.2017	Differenz 31.12.2016 zu 31.12.2017	Diff. in %
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	834	840	827	819	816	-18	-2,16
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	143	140	138	138	139	-4	-2,80
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	107	109	109	108	112	5	4,67
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	131	130	120	122	121	-10	-7,63
130020001000	SPD-OV Bremerhaven Schiffdorfer Damm - Surheide	76	75	75	73	69	-7	-9,21
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	83	83	83	80	81	-2	-2,41
130020001200	SPD-OV Bremerhaven Leherheide	127	130	128	128	128	1	0,79
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	167	173	174	170	166	-1	-0,60
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	510	527	525	525	522	12	2,35
130030000200	SPD-OV Bremen-Blumenthal	61	66	66	67	66	5	8,20
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	49	51	49	49	49	0	0,00
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	32	32	32	32	34	2	6,25
130030001000	SPD-OV Bremen-Burghamm	33	35	34	33	33	0	0,00
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	40	42	43	43	41	1	2,50
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	61	62	61	61	58	-3	-4,92
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	143	145	145	143	141	-2	-1,40
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	91	94	95	97	100	9	9,89

Mitgliederentwicklung jährlich; Zeitraum 2007 bis 31.12.2017

Landesorganisation Bremen

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	4.952	3.267	65,97	1.685	34,03
2009	4.841	3.200	66,10	1.641	33,90
2010	4.763	3.141	65,95	1.622	34,05
2011	4.787	3.162	66,05	1.625	33,95
2012	4.605	3.034	65,88	1.571	34,12
2013	4.557	3.032	66,24	1.545	33,76
2014	4.437	2.927	65,97	1.510	34,03
2015	4.308	2.847	66,09	1.461	33,91
2016	4.140	2.728	65,89	1.412	34,11
31.12.2017	4.248	2.793	65,75	1.455	34,25

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	3.261	2.129	65,29	1.132	34,71
2009	3.213	2.105	65,52	1.108	34,48
2010	3.162	2.062	65,21	1.100	34,79
2011	3.189	2.079	65,19	1.110	34,81
2012	3.099	2.014	64,99	1.085	35,01
2013	3.104	2.031	65,43	1.073	34,57
2014	2.985	1.949	65,29	1.036	34,71
2015	2.912	1.901	65,28	1.011	34,72
2016	2.796	1.820	65,09	976	34,91
31.12.2017	2.910	1.890	64,95	1.020	35,05

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	689	463	67,20	226	32,80
2009	674	457	67,80	217	32,20
2010	655	442	67,48	213	32,52
2011	644	433	67,24	211	32,76
2012	594	397	66,84	197	33,16
2013	556	371	66,73	185	33,27
2014	546	367	67,22	179	32,78
2015	528	355	67,23	173	32,77
2016	510	344	67,45	166	32,55
31.12.2017	522	347	66,48	175	33,52

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Mitglieder gesamt	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2007	1.036	708	68,34	328	31,66
2008	1.002	675	67,37	327	32,63
2009	954	638	66,88	316	33,12
2010	945	636	67,30	309	32,70
2011	954	650	68,13	304	31,87
2012	912	623	68,31	289	31,69
2013	917	630	68,70	287	31,30
2014	906	611	67,44	295	32,56
2015	868	591	68,09	277	31,91
2016	834	564	67,63	270	32,37
31.12.2017	816	556	68,14	260	31,86

Mitgliedereintritte nach Geschlecht; Zeitraum: 01.01.2016 bis 31.12.2016

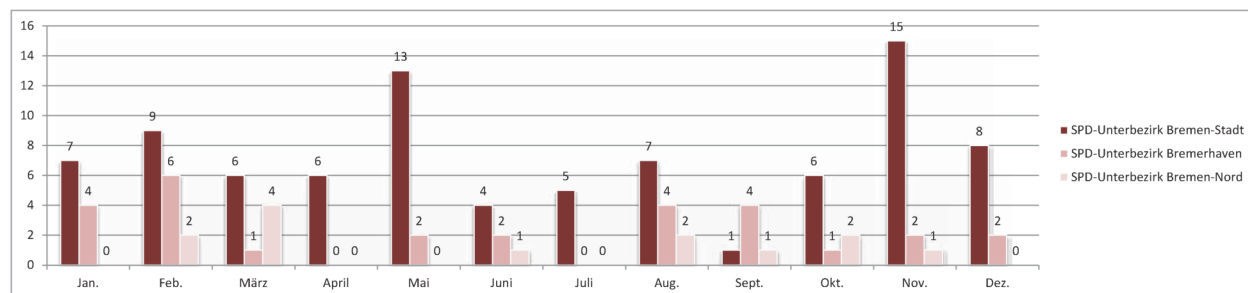
Gliederung	Name	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	128	90	70,31	38	29,69
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	87	61	70,11	26	29,89
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	1	1	100,00	0	0,00
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	4	4	100,00	0	0,00
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	5	5	100,00	0	0,00
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	1	1	100,00	0	0,00
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	4	2	50,00	2	50,00
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	1	1	100,00	0	0,00
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	5	4	80,00	1	20,00
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	0	0	0,00	0	0,00
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	0	0	0,00	0	0,00
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	6	4	66,67	2	33,33
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	0	0	0,00	0	0,00
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	2	2	100,00	0	0,00
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	8	5	62,50	3	37,50
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	7	6	85,71	1	14,29
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	6	5	83,33	1	16,67
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	5	2	40,00	3	60,00
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	3	1	33,33	2	66,67
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	3	3	100,00	0	0,00
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	4	2	50,00	2	50,00
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	1	1	100,00	0	0,00
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	1	1	100,00	0	0,00
130010000900	SPD-OV Bremen-Arborgen/Mahndorf	1	1	100,00	0	0,00
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	1	1	100,00	0	0,00
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	1	1	100,00	0	0,00
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemeligen	5	2	40,00	3	60,00
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	1	1	100,00	0	0,00
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	9	5	55,56	4	44,44
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	1	0	0,00	1	100,00
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	1	0	0,00	1	100,00
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	28	18	64,29	10	35,71
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	3	3	100,00	0	0,00
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	1	1	100,00	0	0,00
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	9	8	88,89	1	11,11
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	6	2	33,33	4	66,67
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	1	0	0,00	1	100,00
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	6	3	50,00	3	50,00
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	2	1	50,00	1	50,00
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	13	11	84,62	2	15,38
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	0	0	0,00	0	0,00
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	0	0	0,00	0	0,00
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	4	2	50,00	2	50,00
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	3	3	100,00	0	0,00
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	2	2	100,00	0	0,00
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	1	1	100,00	0	0,00
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	1	1	100,00	0	0,00
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	2	2	100,00	0	0,00

Mitgliedereintritte nach Geschlecht; Zeitraum: 01.01.2017 bis 31.12.2017

Gliederung	Name	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	337	219	64,99	118	35,01
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	254	161	63,39	93	36,61
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	4	3	75,00	1	25,00
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	9	7	77,78	2	22,22
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	10	5	50,00	5	50,00
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	0	0	0,00	0	0,00
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	6	4	66,67	2	33,33
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	0	0	0,00	0	0,00
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	26	17	65,38	9	34,62
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	4	2	50,00	2	50,00
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	3	0	0,00	3	100,00
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	13	8	61,54	5	38,46
130010002500	SPD-OV Bremen-Osebshausen	2	1	50,00	1	50,00
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	8	6	75,00	2	25,00
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	18	14	77,78	4	22,22
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	30	19	63,33	11	36,67
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	9	6	66,67	3	33,33
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	7	4	57,14	3	42,86
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	5	4	80,00	1	20,00
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	7	6	85,71	1	14,29
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	13	10	76,92	3	23,08
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	10	9	90,00	1	10,00
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	5	4	80,00	1	20,00
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	3	3	100,00	0	0,00
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	2	1	50,00	1	50,00
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	9	4	44,44	5	55,56
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	3	1	33,33	2	66,67
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	7	4	57,14	3	42,86
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	17	11	64,71	6	35,29
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	8	4	50,00	4	50,00
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	16	4	25,00	12	75,00
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	38	30	78,95	8	21,05
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	8	7	87,50	1	12,50
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	2	2	100,00	0	0,00
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	1	1	100,00	0	0,00
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	6	4	66,67	2	33,33
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	10	7	70,00	3	30,00
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	7	5	71,43	2	28,57
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	4	4	100,00	0	0,00
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	45	28	62,22	17	37,78
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	6	2	33,33	4	66,67
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	5	4	80,00	1	20,00
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	4	1	25,00	3	75,00
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	10	7	70,00	3	30,00
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	4	2	50,00	2	50,00
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	3	3	100,00	0	0,00
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	2	1	50,00	1	50,00
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	11	8	72,73	3	27,27

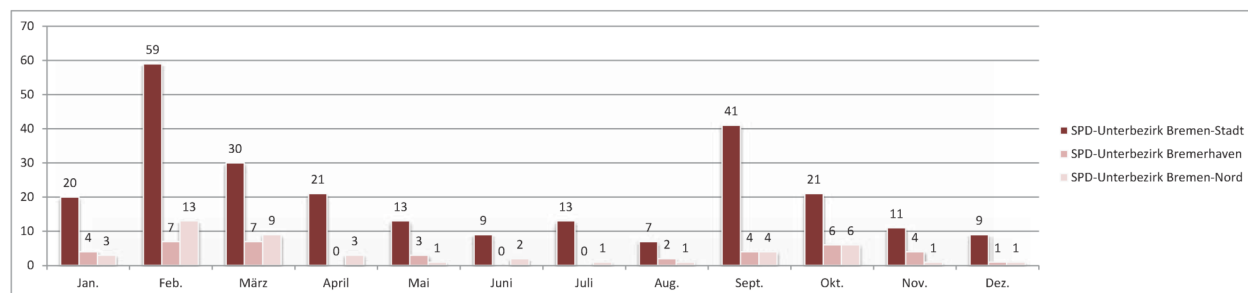
Mitgliedereintritte pro Monat im Jahresverlauf 2016

Gliederung	Name	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
130000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	11	17	11	6	15	7	5	13	6	9	18	10	128
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	7	9	6	6	13	4	5	7	1	6	15	8	87
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	4	6	1	0	2	2	0	4	4	1	2	2	28
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	0	2	4	0	0	1	0	2	1	2	1	0	13



Mitgliedereintritte pro Monat im Jahresverlauf 2017

Gliederung	Name	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
130000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	27	79	46	24	17	11	14	10	49	33	16	11	337
130010000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	20	59	30	21	13	9	13	7	41	21	11	9	254
130020000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	4	7	7	0	3	0	0	2	4	6	4	1	38
130030000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	3	13	9	3	1	2	1	1	4	6	1	1	45



Entwicklung der Mitgliedereintritte jährlich; Zeitraum 2008 bis 31.12.2018

Landesorganisation Bremen

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	141	94	66,67	47	33,33
2009	170	109	64,12	61	35,88
2010	235	156	66,38	79	33,62
2011	231	158	68,40	73	31,60
2012	127	84	66,14	43	33,86
2013	238	168	70,59	70	29,41
2014	198	130	65,66	68	34,34
2015	130	89	68,46	41	31,54
2016	128	90	70,31	38	29,69
31.12.2017	337	219	64,99	118	35,01

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	88	61	69,32	27	30,68
2009	117	78	66,67	39	33,33
2010	148	95	64,19	53	35,81
2011	140	88	62,86	52	37,14
2012	87	55	63,22	32	36,78
2013	170	115	67,65	55	32,35
2014	126	85	67,46	41	32,54
2015	91	62	68,13	29	31,87
2016	87	61	70,11	26	29,89
31.12.2017	254	161	63,39	93	36,61

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	15	9	60,00	6	40,00
2009	24	18	75,00	6	25,00
2010	26	17	65,38	9	34,62
2011	26	16	61,54	10	38,46
2012	14	6	42,86	8	57,14
2013	18	14	77,78	4	22,22
2014	21	14	66,67	7	33,33
2015	10	7	70,00	3	30,00
2016	13	11	84,62	2	15,38
31.12.2017	45	28	62,22	17	37,78

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Eintritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	38	24	63,16	14	36,84
2009	29	13	44,83	16	55,17
2010	61	44	72,13	17	27,87
2011	65	54	83,08	11	16,92
2012	26	23	88,46	3	11,54
2013	50	39	78,00	11	22,00
2014	51	31	60,78	20	39,22
2015	29	20	68,97	9	31,03
2016	28	18	64,29	10	35,71
31.12.2017	38	30	78,95	8	21,05

Mitgliederaustritte nach Geschlecht; Zeitraum: 01.01.2016 bis 31.12.2016

Gliederung	Name	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	209	149	71,29	60	28,71
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	125	90	72,00	35	28,00
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	4	4	100,00	0	0,00
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	2	2	100,00	0	0,00
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	4	4	100,00	0	0,00
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	0	0	0,00	0	0,00
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	3	3	100,00	0	0,00
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	2	1	50,00	1	50,00
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	4	1	25,00	3	75,00
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	4	2	50,00	2	50,00
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	1	1	100,00	0	0,00
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	4	4	100,00	0	0,00
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	9	6	66,67	3	33,33
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	3	3	100,00	0	0,00
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	1	1	100,00	0	0,00
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	11	10	90,91	1	9,09
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	5	4	80,00	1	20,00
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	3	2	66,67	1	33,33
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	5	3	60,00	2	40,00
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	4	2	50,00	2	50,00
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	3	1	33,33	2	66,67
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	10	5	50,00	5	50,00
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	2	1	50,00	1	50,00
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	3	3	100,00	0	0,00
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	3	2	66,67	1	33,33
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	6	5	83,33	1	16,67
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	0	0	0,00	0	0,00
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	6	3	50,00	3	50,00
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	8	7	87,50	1	12,50
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	7	5	71,43	2	28,57
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	8	5	62,50	3	37,50
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	53	38	71,70	15	28,30
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	5	3	60,00	2	40,00
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	0	0	0,00	0	0,00
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	8	7	87,50	1	12,50
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	20	15	75,00	5	25,00
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	8	6	75,00	2	25,00
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	9	5	55,56	4	44,44
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	3	2	66,67	1	33,33
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	31	21	67,74	10	32,26
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	5	4	80,00	1	20,00
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	7	5	71,43	2	28,57
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	6	2	33,33	4	66,67
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	3	1	33,33	2	66,67
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	0	0	0,00	0	0,00
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	2	2	100,00	0	0,00
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	3	2	66,67	1	33,33
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	5	5	100,00	0	0,00

Mitgliederaustritte nach Geschlecht; Zeitraum: 01.01.2017 bis 31.12.2017

Gliederung	Name	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	190	140	73,68	50	26,32
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	127	89	70,08	38	29,92
130010005000	SPD-OV Bremen-Huchting-Grolland	13	6	46,15	7	53,85
130010004900	SPD-OV Bremen-Altstadt-Mitte	4	4	100,00	0	0,00
130010004600	SPD-OV Bremen-Kattenturm-Kattenesch	6	3	50,00	3	50,00
130010004100	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Süd/Ost	4	3	75,00	1	25,00
130010004000	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-West	7	6	85,71	1	14,29
130010003800	SPD-OV Bremen-Seehausen	0	0	0,00	0	0,00
130010003700	SPD-OV Bremen-Woltmershausen/Rablinghausen	3	2	66,67	1	33,33
130010003300	SPD-OV Bremen-Strom	0	0	0,00	0	0,00
130010003100	SPD-OV Bremen-Neustadt	8	5	62,50	3	37,50
130010003000	SPD-OV Bremen-Habenhausen-Arsten	5	2	40,00	3	60,00
130010002800	SPD-OV Bremen-Huckelriede	3	3	100,00	0	0,00
130010002700	SPD-OV Bremen-Buntentor	5	5	100,00	0	0,00
130010002500	SPD-OV Bremen-Oslebshausen	5	3	60,00	2	40,00
130010002200	SPD-OV Bremen-Gröpelingen	6	4	66,67	2	33,33
130010002100	SPD-OV Bremen-Walle	4	3	75,00	1	25,00
130010001800	SPD-OV Bremen-Peterswerder/Steintor	8	5	62,50	3	37,50
130010001700	SPD-OV Bremen-Horn-Achterdiek	5	4	80,00	1	20,00
130010001600	SPD-OV Bremen-Horn-Lehesterdeich	4	3	75,00	1	25,00
130010001500	SPD-OV Bremen-Oberneuland	6	4	66,67	2	33,33
130010001400	SPD-OV Bremen-Borgfeld	5	5	100,00	0	0,00
130010001300	SPD-OV Bremen-Schwachhausen-Nord	6	2	33,33	4	66,67
130010001200	SPD-OV Bremen-Neue Vahr	7	4	57,14	3	42,86
130010001000	SPD-OV Bremen-Gartenstadt-Vahr	2	2	100,00	0	0,00
130010000900	SPD-OV Bremen-Arbergen/Mahndorf	1	1	100,00	0	0,00
130010000400	SPD-OV Bremen-Sebaldsbrück	1	1	100,00	0	0,00
130010000200	SPD-OV Bremen-Hastedt	1	1	100,00	0	0,00
130010000100	SPD-OV Bremen-Hemelingen	1	1	100,00	0	0,00
130010000600	SPD-OV Bremen-Osterholz	1	1	100,00	0	0,00
130010004700	SPD-OV Bremen-Findorff	6	6	100,00	0	0,00
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	42	35	83,33	7	16,67
130020001300	SPD-OV Bremerhaven-Geestemünde	5	4	80,00	1	20,00
130020001100	SPD-OV Bremerhaven-Wulsdorf/Fischereihafen	1	1	100,00	0	0,00
130020001000	SPD-OV Bremerhaven-Schiffdorfer Damm - Surheide	6	6	100,00	0	0,00
130020000700	SPD-OV Bremerhaven-Mitte	11	9	81,82	2	18,18
130020000500	SPD-OV Bremerhaven-Lehe	8	5	62,50	3	37,50
130020000400	SPD-OV Bremerhaven-Lehe-Nord	9	9	100,00	0	0,00
130020001200	SPD-OV Bremerhaven-Leherheide	2	1	50,00	1	50,00
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	21	16	76,19	5	23,81
130030001400	SPD-OV Bremen-Burglesum	6	4	66,67	2	33,33
130030001200	SPD-OV Bremen-Farge-Rekum	3	1	33,33	2	66,67
130030001100	SPD-OV Bremen-Rönnebeck	2	2	100,00	0	0,00
130030001000	SPD-OV Bremen-Blumenthal	1	1	100,00	0	0,00
130030000700	SPD-OV Bremen-Hammersbeck	0	0	0,00	0	0,00
130030000600	SPD-OV Bremen-Schönebeck	3	2	66,67	1	33,33
130030000200	SPD-OV Bremen-Burgdamm	2	2	100,00	0	0,00
130030001500	SPD-OV Bremen-Vegesack	4	4	100,00	0	0,00

Mitgliederabgänge nach Abgangsgrund; Zeitraum 01.01.2016 bis 31.12.2016

Landesorganisation Bremen

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
allgem. Politikverdrossenheit	3	1,14	3	100,00	0	0,00
Beitrag zu hoch	1	0,38	1	100,00	0	0,00
Finanzielle Gründe	4	1,52	3	75,00	1	25,00
kein Austrittsgrund bekannt	112	42,59	79	70,54	33	29,46
Parteiverdrossenheit	9	3,42	7	77,78	2	22,22
persönliche Gründe	19	7,22	14	73,68	5	26,32
Streichung wegen Nichtzahlung	34	12,93	27	79,41	7	20,59
Unzufrieden/Bundespolitik	2	0,76	1	50,00	1	50,00
Unzufrieden/Landespolitik	6	2,28	5	83,33	1	16,67
Verstorben	73	27,76	48	65,75	25	34,25
Gesamt	263	100,00	188	71,48	75	28,52

Unterbezirk Bremen-Stadt

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
allgem. Politikverdrossenheit	3	1,74	3	100,00	0	0,00
Beitrag zu hoch	1	0,58	1	100,00	0	0,00
Finanzielle Gründe	3	1,74	2	66,67	1	33,33
kein Austrittsgrund bekannt	74	43,02	48	64,86	26	35,14
Parteiverdrossenheit	8	4,65	6	75,00	2	25,00
persönliche Gründe	15	8,72	11	73,33	4	26,67
Streichung wegen Nichtzahlung	17	9,88	13	76,47	4	23,53
Unzufrieden/Landespolitik	6	3,49	5	83,33	1	16,67
Verstorben	45	26,16	30	66,67	15	33,33
Gesamt	172	100,00	119	69,19	53	30,81

Unterbezirk Bremen-Nord

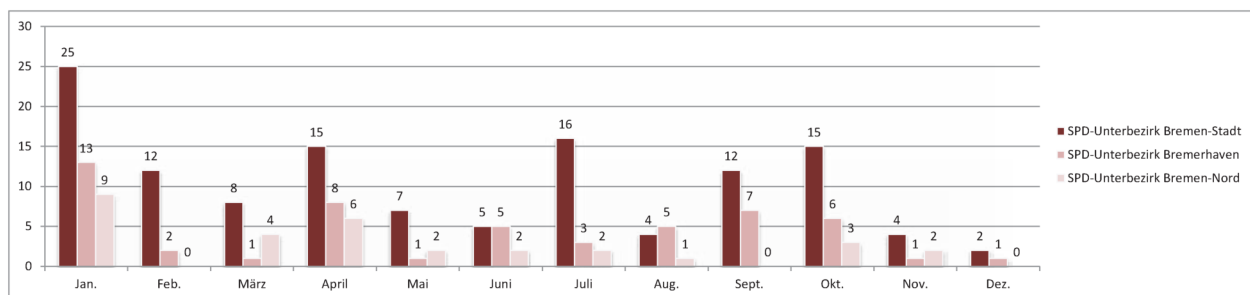
Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
kein Austrittsgrund bekannt	12	36,36	9	75,00	3	25,00
Parteiverdrossenheit	1	3,03	1	100,00	0	0,00
persönliche Gründe	1	3,03	1	100,00	0	0,00
Streichung wegen Nichtzahlung	6	18,18	4	66,67	2	33,33
Unzufrieden/Bundespolitik	1	3,03	1	100,00	0	0,00
Verstorben	12	36,36	10	83,33	2	16,67
Gesamt	33	100,00	26	78,79	7	21,21

Unterbezirk Bremerhaven

Abgangsgrund	Mitglieder	Mitglieder %	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Finanzielle Gründe	1	1,72	1	100,00	0	
kein Austrittsgrund bekannt	26	44,83	22	84,62	4	15,38
persönliche Gründe	3	5,17	2	66,67	1	33,33
Streichung wegen Nichtzahlung	11	18,97	10	90,91	1	9,09
Unzufrieden/Bundespolitik	1	1,72	0		1	100,00
Verstorben	16	27,59	8	50,00	8	50,00
Gesamt	58	100,00	43	74,14	15	25,86

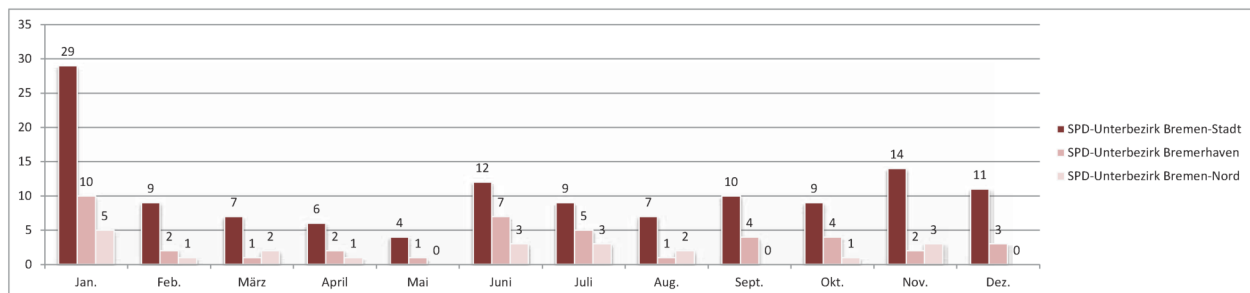
Mitgliederaustritte pro Monat im Jahresverlauf 2016

Gliederung	Name	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	47	14	13	29	10	12	21	10	19	24	7	3	209
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	25	12	8	15	7	5	16	4	12	15	4	2	125
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	13	2	1	8	1	5	3	5	7	6	1	1	53
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	9	0	4	6	2	2	2	1	0	3	2	0	31



Mitgliederaustritte pro Monat im Jahresverlauf 2017

Gliederung	Name	Jan.	Feb.	März	April	Mai	Juni	Juli	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	Summe
13000000000	SPD-Landesorganisation Bremen	44	12	10	9	5	22	17	10	14	14	19	14	190
13001000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Stadt	29	9	7	6	4	12	9	7	10	9	14	11	127
13002000000	SPD-Unterbezirk Bremerhaven	10	2	1	2	1	7	5	1	4	4	2	3	42
13003000000	SPD-Unterbezirk Bremen-Nord	5	1	2	1	0	3	3	2	0	1	3	0	21



Entwicklung der Mitgliederaustritte jährlich; Zeitraum 2008 bis 31.12.2018

Landesorganisation Bremen

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	289	191	66,09	98	33,91
2009	231	147	63,64	84	36,36
2010	199	133	66,83	66	33,17
2011	216	154	71,30	62	28,70
2012	192	135	70,31	57	29,69
2013	182	122	67,03	60	32,97
2014	268	182	67,91	86	32,09
2015	209	138	66,03	71	33,97
2016	209	149	71,29	60	28,71
31.12.2017	190	140	73,68	50	26,32

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	196	123	62,76	73	37,24
2009	140	91	65,00	49	35,00
2010	124	81	65,32	43	34,68
2011	131	90	68,70	41	31,30
2012	96	71	73,96	25	26,04
2013	121	79	65,29	42	34,71
2014	195	132	67,69	63	32,31
2015	134	93	69,40	41	30,60
2016	125	90	72,00	35	28,00
31.12.2017	127	89	70,08	38	29,92

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	43	28	65,12	15	34,88
2009	31	18	58,06	13	41,94
2010	38	24	65,12	14	34,88
2011	30	23	76,67	7	23,33
2012	51	33	64,71	18	35,29
2013	30	23	76,67	7	23,33
2014	26	14	53,85	12	46,15
2015	24	17	70,83	7	29,17
2016	31	21	67,74	10	32,26
31.12.2017	21	16	76,19	5	23,81

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Austritte	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	50	40	80,00	10	20,00
2009	60	38	63,33	22	36,67
2010	37	28	75,67	9	24,33
2011	55	41	74,55	14	25,45
2012	44	30	68,18	14	31,82
2013	31	20	64,52	11	35,48
2014	47	36	76,60	11	23,40
2015	51	28	54,90	23	45,10
2016	53	38	71,70	15	28,30
31.12.2017	42	35	83,33	7	16,67

Entwicklung der Todesfälle in der Mitgliedschaft; Zeitraum 2008 bis 31.12.2018

Landesorganisation Bremen

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	103	67	65,05	36	34,95
2009	93	64	68,82	29	31,18
2010	89	58	65,17	31	34,83
2011	69	48	69,57	21	30,43
2012	95	69	72,63	26	27,37
2013	92	57	61,96	35	38,04
2014	69	52	75,36	17	24,64
2015	66	49	74,24	17	25,76
2016	76	51	67,11	25	32,89
31.12.2017	73	48	65,75	25	34,25

Unterbezirk Bremen-Stadt

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	69	43	62,32	26	37,68
2009	49	32	65,31	17	34,69
2010	49	30	61,22	19	38,78
2011	44	32	72,73	12	27,27
2012	61	42	68,85	19	31,15
2013	59	31	52,54	28	47,46
2014	46	36	78,26	10	21,74
2015	49	35	71,43	14	28,57
2016	50	34	68,00	16	32,00
31.12.2017	45	30	66,67	15	33,33

Unterbezirk Bremen-Nord

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2008	14	10	71,43	4	28,57
2009	15	11	73,33	4	26,67
2010	19	16	84,21	3	15,79
2011	10	6	60,00	4	40,00
2012	12	8	66,67	4	33,33
2013	17	13	76,47	4	23,53
2014	7	5	71,43	2	28,57
2015	4	3	75,00	1	25,00
2016	14	9	64,29	5	35,71
31.12.2017	12	10	83,33	2	16,67

Unterbezirk Bremerhaven

Jahr	Verstorbene	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
2007	24	17	70,83	7	29,17
2008	20	14	70,00	6	30,00
2009	29	21	72,41	8	27,59
2010	21	12	57,14	9	42,86
2011	15	10	66,67	5	33,33
2012	22	19	86,36	3	13,64
2013	16	13	81,25	3	18,75
2014	16	11	68,75	5	31,25
2015	13	11	84,62	2	15,38
2016	12	8	66,67	4	33,33
31.12.2017	16	8	50,00	8	50,00

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 01.01.2016 bis 31.12.2016

Landesorganisation Bremen

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	209	149	71,29	60	28,71
Verstorben	76	51	67,11	25	32,89
Gesamt	285	200	70,18	85	29,82

Unterbezirk Bremen-Stadt

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	125	90	72,00	35	28,00
Verstorben	50	34	68,00	16	32,00
Gesamt	175	124	70,86	51	29,14

Unterbezirk Bremen-Nord

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	31	21	67,74	10	32,26
Verstorben	14	9	64,29	5	35,71
Gesamt	45	30	66,67	15	33,33

Unterbezirk Bremerhaven

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	53	38	71,70	15	28,30
Verstorben	12	8	66,67	4	33,33
Gesamt	65	46	70,77	19	29,23

Mitgliederabgänge nach Abgangsart; Zeitraum: 01.01.2017 bis 31.12.2017

Landesorganisation Bremen

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	190	140	73,68	50	26,32
Verstorben	73	48	65,75	25	34,25
Gesamt	263	188	71,48	75	28,52

Unterbezirk Bremen-Stadt

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	127	89	70,08	38	29,92
Verstorben	45	30	66,67	15	33,33
Gesamt	172	119	69,19	53	30,81

Unterbezirk Bremen-Nord

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	21	16	76,19	5	23,81
Verstorben	12	10	83,33	2	16,67
Gesamt	33	26	78,79	7	21,21

Unterbezirk Bremerhaven

Abgangsgrund	Mitglieder	männlich	männlich %	weiblich	weiblich %
Austritt	42	35	83,33	7	16,67
Verstorben	16	8	50,00	8	50,00
Gesamt	58	43	74,14	15	25,86



SPD

SPD-Landesorganisation Bremen

Obernstraße 39 – 43 ■ 28195 Bremen ■ Fon: 04 21/3 50 18-0 ■ Fax: 04 21/3 50 18-37
E-Mail: info-land-bremen@spd.de ■ Internet: www.spd-land-bremen.de ■ Facebook: [spd-land-bremen](https://www.facebook.com/spd-land-bremen)